Nr. 74. Mittwoch den 2. April 1902. 9. Jahrg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die **Leipziger Volkszeitung** erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Centrumspolitik.

* Leipzig, 2. April.

Als Windthorst vor zehn Jahren starb, konnte die Frage diskutiert werden, ob sein Tod den Zerfall des Centrums verursachen oder wenigstens beschleunigen werde. Bei der Nachricht vom Hinscheiden seines Nachfolgers in der Führung des Centrums wird nicht einmal der liberale Kannegießer diese Frage aufgeworfen haben. Politisch ist es vollkommen gleichgültig, ob der im Osterfeste verstorbene Doktor Lieber oder sonst ein gerissener Handelsmann die politischen Schachergeschäfte des Centrums besorgt.

Es liegt uns durchaus fern, den toten Mann eine üble Nachrede zu halten; seiner ganzen Persönlichkeit nach war er nicht dazu angethan, politischen Haß zu erregen. Speciell auch in der Bekämpfung der Arbeiterklasse hat er sich nicht mehr hervorgethan, als andere seines Gleichen. Aber es liegt auch kein Grund vor, an seinem Grabe mit der Trivialität zu krebsen, daß man von Toten nur Gutes sprechen dürfe. Lieber mag ein vortrefflicher Staatsbürger gewesen, musterhaft in jeder Beziehung seines Privatlebens, aber als politischer Typus — denn eine politische Individualität war er kaum — fordert er das schärfste Urteil heraus, und es hieße seinen lebenden Erben das Geschäft erleichtern, wenn man dieses Urteil beschönigen wollte.

Es war kein Zufall, daß zwei „Mutzpreußen" hintereinander die Führung des Centrums gehabt haben, erst der ehemalige Hannoveraner Windthorst, dann der ehemalige Nassauer Lieber. Seiner historischen Entstehung und seinem inneren Wesen nach ist das Centrum keine religiöse Partei, wie die liberale Seichtheit so oft deklamiert hat, sondern eine durchaus politische Partei. Im Centrum sammelte sich alles, was in den Jahren 1866 und 1870 der Verpreußung Deutschlands vom partikularistisch-reaktionären Standpunkt aus widerstrebte, vom feudalen Junker bis zum demokratischen Kantönlipolitiker. Es war ein Konglomerat aller möglichen politischen und sozialen Schattierungen, das im Ultramontanismus ein ideologisches Banner und in der immer noch mächtigen Organisation der katholischen Kirche die Cadres fand, in denen es sich zu einer geschlossenen, marsch- und schlagfertigen Kolonne formieren konnte.

Dieser Zusammenhang stellte sich ganz von selbst dadurch her, daß in den katholischen Gegenden Deutschlands der Partikularismus seinen Hauptherd besaß. In dem ersten Programm des Centrums, das im Frühjahr 1870 erschien, stand der „föderalistische" Gedanke dem „religiösen" voran. Gleichwohl verkannte Bismarck, wie dieser böse Geist zu bannen war. Verglichen mit dem weiland Deutschen Bund war selbst die Verpreußung Deutschlands ein historischer Fortschritt, und Bismarck hätte nur eine halbwegs verständige Politik im Sinne der bürgerlichen Entwicklung verfolgen brauchen, um das Centrum von innen heraus zu zersetzen. Statt dessen verbiß er sich in einen Kampf mit der katholischen Kirche, die er durch Gendarmen lahmlegen zu können glaubte, obgleich er es selbst in seinen jungen Jahren mit erlebt hatte, wie schlecht der preußische Staat mit dieser albernen Politik schon einmal gefahren war. Dem Centrum aber konnte kein größeres Glück passieren, als der sinnlose „Kulturkampf", der es gewaltsam in eine Helden- und Märtyrerrolle drängte und einem vormärzlichen Historiker und Politiker wie Windthorst gestattete, sich gegenüber dem „Herkules des Jahrhunderts" als eine Art Freiheitsheld aufzuspielen.

Als dann die kapitalistische Entwicklung, die mit der Gründung des deutschen Reichs einen mächtigen Aufschwung genommen hatte, einerseits das ostelbische Junkertum ins Hintertreffen drängte, andererseits eine immer mächtiger anschwellende Arbeiterbewegung hervorrief, erwachte in Bismarck der alte feudale Junker, und er fand nun für seine reaktionäre Politik, die selbst dem gesinnungslosen Nationalliberalismus zu schäbig war, einen willkommenen Bundesgenossen in dem Centrum. Der Geniale marschierte wohlgemut nach Kanossa, und die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht" hing alle Ideale an den Nagel, um sich einem politischen Schacher zu ergeben, wie er so raffiniert selbst nicht einmal von den Geschäftspolitikern des großen Kapitalismus getrieben worden war. Sie zehrte jetzt an der Helden- und Märtyrerrolle, die sie, für eine bürgerliche Partei nicht ohne Geschick und Konsequenz, unter Bismarcks Verfolgungen durchgeführt hatte, und es ist bekannt genug, daß der „Turm des Centrums", so viele Risse er schon zeigen mag, noch immer nicht in seinen Grundmauern erschüttert ist.

Zum Teil wurzelt diese politische Langlebigkeit des Centrums gerade darin, daß es absolut gesinnungslos ist. Die Liberalen entwickeln schließlich doch immer noch ein gewisses Princip, wenigstens sobald es den kapitalistischen Geschäften an Herz und Nieren geht; die Centrumsleute aber machen alles mit, was ihnen ihre „maßgebende" Stellung zu sichern vermag, sie haben schlechterdings kein politisches Rückgrat und kriechen vor jedem reaktionären Gelüste der Regierung, um dadurch im Parlamente zu „herrschen". Insoweit wird das Urteil der Geschichte über die Centrumspolitik der neunziger Jahre noch viel härter lauten, als über die nationalliberale Politik der siebziger Jahre. Diese Politik hat viel gesündigt, aber sie hat auch ein wenig mit rückständigen Trümmern auf ökonomischem und selbst politischem Gebiete aufgeräumt; die Centrumspolitik der Gegenwart ist durchaus reaktionärer Schatten, ohne eine Spur von Licht.

Wie die nationalliberale Parlamentswirtschaft der siebziger Jahre in Lasker, so hat die ultramontane Parlamentswirtschaft der neunziger Jahre in Lieber ihren klassischen Typus gehabt. Beide besaßen in hohem Maße die breite, leere, triviale Geschwätzigkeit, die ein „maßgebender" Führer einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit in erster Reihe besitzen muß, aber in Laskers Reden fand man eher noch einmal so etwas wie einen Gedanken, während in Liebers Reden die traurigste Gedankenlosigkeit herrschte, die durch den unerträglich salbungsvollen Vortrag nur um so sinnfälliger hervortrat. In Lasker regte sich mitunter das politische Gewissen, in Lieber niemals. Der gewissenloseste Kuhhandel war das Element, worin er lebte und webte.

Aber es war darin nur der Typus seiner Partei, die unter den Lebensbedingungen, unter denen sie heute existiert, eben darauf angewiesen ist, die politische Gewissenlosigkeit bis zum denkbar höchsten Extrem zu treiben. Lieber mag persönlich der gewissenhafteste Mann gewesen sein, aber als Führer des Centrums mußte er alle die Verrätereien an den Volksinteressen auf sich nehmen, die sein politisches Conto belasten, und wenn der persönlich gewissenloseste Centrumsmann sein Nachfolger würde, so könnte er nicht ärger wirtschaften, als Lieber gewirtschaftet hat.

Sein Tod ist deshalb politisch bedeutungslos, ebenso wie es politisch bedeutungslos ist, wer seine Nachfolge antreten wird. Die entscheidende Frage ist, ob der „Turm des Centrums" in den nächsten Jahren endlich erschüttert werden wird. Unter den praktisch politischen Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie steht diese obenan, und wenn nicht alles täuscht, so geht sie ihrer glücklichen Lösung entgegen.

Politische Uebersicht.

Nach der Extratour.

Aus Italien kommt frohe Kunde: der europäische Friede ist wieder einmal gesichert. Der Dreibund wird abermals verlängert werden; die Aufrechterhaltung des status quo in Europa ist neuerdings garantiert; die leitenden Staatsmänner haben sich über alle schwebenden Fragen rückhalt-

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zum 1. Mai, dem Weltfeiertag des internationalen Proletariats!

Feuilleton.

14] Nachdruck verboten.

Ehepaar Orlow.

Von Maxim Gorjki.
Uebersetzt von Michael Feofanoff.

Matrena geriet außer Atem. Die Worte sprudelten aus ihrem Munde ohne Sinn und ohne Zusammenhang.

Ihr Gesicht wurde ganz fleckig, sie zitterte und kratzte sich am Halse, da ihr das Schluchzen in die Kehle kam. Sich fest am Stuhle haltend, saß Grigorij bleich und niedergedrückt ihr gegenüber und sah mit weitgeöffneten Augen dieses ihm fremde Weib an. Und er fürchtete sich vor ihr . . . fürchtete, daß sie ihn an der Kehle packen und ihn erdrosseln würde. Dieses nämlich verhießen ihm ihre furchtbar vor Wut brennenden Augen. Sie war jetzt doppelt so stark wie er, das fühlte er, und es war ihm bange; er konnte nicht aufstehen und sie schlagen, wie er es gethan hätte, wenn er nicht begriffen hätte, daß sie umgewandelt war, als ob sie irgendwo her in sich eine große Kraft eingesogen hätte.

„Die Seele hast Du mir verwundet . . . Grischa! Deine Sünde gegen mich ist groß! Ich habe geduldet, habe geschwiegen . . . weil ich Dich liebe . . . aber einen solchen Vorwurf kann ich nicht ertragen! . . . Habe schon nicht mehr die Kraft . . . Du Herzgeliebter mein! Sei für Deine Worte dreimal verfl . . ."

„Schweig!" brüllte Grischa, die Zähne fletschend.

„Ihr Skandalmacher! Habt Ihr vergessen, wo ihr seid? Verfluchte Teufel!"

Grigorij schwamm es vor den Augen. Er konnte nicht erkennen, wer in der Thüre stand und mit Baßstimme sprach; er schimpfte mit gemeinen Worten, stieß einen Menschen zur Seite und lief auf das Feld hinaus.

Matrena aber stand einen Augenblick mitten im Zimmer, ging dann wankend und mit nach vorn gestreckten Händen wie eine Blinde zu der Pritsche und fiel stöhnend auf sie nieder.

Es dunkelte und zu den Fenstern des Zimmers herein lugte schon neugierig der goldschimmernde Mond hinter den blauschillernden zerrissenen Wolken hervor und bedeckte die Diele mit Schatten.

Bald darauf rauschte an den Fensterscheiben und den Wänden der Baracke ein feiner, dichter Regen herab — der Vorbote des endlosen, trüben, trostlosen Herbstregens.

Der Perpendikel der Uhr tickte gleichmäßig den Takt der Stunden ab, ununterbrochen schlugen die Regentropfen an die Scheiben. Die Stunden vergingen eine nach der anderen, und es regnete immer weiter; auf der Pritsche aber lag unbeweglich ein Weib und schaute mit brennenden Augen die Decke an. Ihr Gesicht war finster und streng, die Zähne zusammengepreßt, die Backenknochen traten hervor und in den Augen glühten Angst und Gram.

Der Regen aber rauschte immerzu gegen die Wände und die Scheiben; es war, als flüstere er beharrlich irgend etwas ermüdend-Eintöniges, als wolle er jemand von irgend etwas überzeugen, als fehle ihm aber die Leidenschaft, um dies schnell, schön und nachdrücklich zu thun, und als hoffe er, seinen Zweck durch eine endlos lange, fade Predigt ohne aufrichtiges Glaubenspathos zu erreichen.

Es regnete auch noch, als der Tag am Himmel heraufdämmerte, der einen Regentag versprach und eine Farbe hatte wie ein lange im Gebrauch gewesenes Messer, das den Glanz der Politur verloren hat. Matrena aber konnte noch immer nicht einschlafen. In dem eintönigen Geräusch des Regens hörte sie die wehmütige und sie ängstigende Frage:

„Was wird nun werden? Was wird nun werden?"

Diese Frage erklang zudringlich hinter den Fenstern und hallte, ihr ganzes Wesen mit dumpfem Schmerze erfüllend, in ihr wieder:

„Was wird nun werden?"

Das Weib fürchtete sich, die Frage zu beantworten, obwohl die Antwort ihr vor dem inneren Auge beständig als das Bild ihres betrunkenen und viehisch wütenden Mannes aufloderte. Aber es fiel ihr schwer, von dem Traume eines ruhigen Lebens voller Liebe zu scheiden, sie hatte sich in diesen Traum schon eingelebt und jagte deshalb die drohende Ahnung von sich. Und das Bewußtsein dämmerte in ihr auf, daß sie, wenn jenes geschähe — wenn Grigorij anfinge, zu trinken, daß sie dann nicht mehr mit ihm zusammen würde leben können. Sie hatte ihn als einen anderen Menschen gesehen und sie selbst war eine andere geworden, und die Erinnerung an ihr früheres Leben erregte Angst und Widerwillen in ihr — neue Gefühle, die sie früher nicht gekannt hatte. Aber sie war eben ein Weib, und schließlich fing sie an, sich selbst wegen dieses Zerwürfnisses mit dem Manne anzuklagen.

„Und wie ist das alles gekommen? . . . O Gott! Als ob ich mich von der Kette losgerissen hätte . . ."

In solchen widerspruchsvollen, quälenden Gedanken verging noch eine lange Stunde. Es war Tag geworden. Auf dem Felde wirbelte ein schwerer Nebel auf und sein grauer Dunst verhüllte dem Blick den Himmel.

„Orlowa! Zur Dujour!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

los ausgesprochen und dabei hat sich das vollständige Einverständnis der leitenden Kreise in allen Dingen herausgestellt. Zum Schluß wird hochoffiziös vor aller Welt die Thatsache konstatiert, „daß auf beiden Seiten derselbe dringende, aufrichtige Wunsch besteht, die innigen Beziehungen zwischen den verbündeten Staaten voll und ganz aufrecht zu erhalten, und daß dem Abschlusse des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Italien ernste Schwierigkeiten nicht im Wege stehen".

Es sind die üblichen nichtssagenden Stilblüten der Diplomatensprache, mit denen der liebe Zeitungspöbel nach jeder derartigen Zusammenkunft abgespeist wird. Diesmal wurde der diplomatische Mummenschanz in der klassischen Stadt des Karnevals, in Venedig, abgehalten. Die Maskerade braucht aber darum nicht ernster genommen zu werden, als sonst. Für alle diese diplomatischen Nichtigkeiten hat man in der ganzen diplomatischen und nichtdiplomatischen Welt die zutreffende Beurteilung. Nur die Offiziösen halten mit interessierter Wichtigthuerei noch die Fiktion aufrecht, als würde es sich bei diesen Aussprachen um bedeutende staatsmännische Aktionen handeln.

Es scheint aber, als legte die Regierung des Herrn v. Bülow diesmal Wert darauf, auch die naivsten Gemüter von der inneren Unwahrhaftigkeit aller diplomatischen Aktionen zu überzeugen. Herr v. Bülow ist ein Skeptiker, und es macht ihm zuweilen Spaß, den diplomatischen Hokuspokus mit der überlegenen Ironie des Weltmanns zu persiflieren. Zur gleichen Zeit, da er selbst in der alten Lagunenstadt die günstigen Aussichten des Handelsvertrags mit Italien feiern läßt, liegt der Zolltarifkommission ein Regierungsentwurf vor, der seine Unterschrift trägt und der, wenn er zu stande kommen sollte, den Handelsvertrag mit Italien zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Diesmal ist es nicht der Gersten- oder Roggenzoll, der die Einigung erschwert — der Getreideexport Italiens nach Deutschland ist gleich Null — sondern der „Zoll gegen die Sonne", wie die Freisinnigen sagen, der erhöhte Zoll auf Weintrauben, Obst, Apfelsinen und überhaupt die Erzeugnisse der Gärtnerei. Der Vertreter des Herrn v .Bülow, der Staatssekretär v. Richthofen, hat vor der Kommission die Verzollung von Gemüse und Blumen als eine Gefahr für den Handelsvertrag mit Italien bezeichnet. Wer hat nun recht, Herr v. Bülow in Venedig oder Herr v. Richthofen in Berlin?

Herr v. Bülow ist ein toleranter Mann. Eben hat er seine diplomatische Philosophie zum Besten gegeben, daß ein guter Ehemann über Extratouren, die seine Gemahlin tanze, nicht gleich einen roten Kopf zu bekommen brauche. Vermutlich hat er soeben für diese Verträglichkeit in Italien Propaganda gemacht. Dann wird es ihm auch sein Herr Kollege in Italien verzeihen, wenn Herr v. Bülow jetzt eine agrarische Extratour tanzt.

Die Herren Diplomaten pflegen die Politik mit der edlen Leichtherzigkeit der Weltmänner zu behandeln.

Deutsches Reich.

Eine Centrumsversammlung über den Wuchertarif.

Aus Köln wird uns geschrieben: Eine von fast tausend Personen besuchte Versammlung der Kölner Centrumspartei nahm heute den Bericht des Vertreters von Köln-Stadt im Reichstage, Justizrat Carl Trimborn, über die parlamentarische Thätigkeit entgegen. Bemerkenswert war in der Rede zunächst die Erklärung des Centrumsführers, daß für das fernere Verhalten des Centrums zu den verbündeten Regierungen entscheidend sei die Entschließung des Bundesrats in Sachen des Jesuitengesetzes. Aus dieser Drohung darf man vielleicht schließen, daß die Centrumsfraktion der Annahme des Jesuitenantrages durch den Bundesrat sicher ist. Den größten Raum in dem Bericht des Herrn Trimborn nahm natürlich die Zollfrage ein. Abgeordneter Trimborn ist Mitunterzeichner des Antrages Schwerin-Herold, der über die Regierungsvorlage hinausgeht. Aber er hofft, daß sich Regierung und Kommissionsmehrheit in der Mitte finden. Die letzte und gefährlichste Klippe sei die Obstruktion; aber sie zu umsegeln, hält Herr Trimborn nicht für unmöglich. Jedenfalls sei es besser, daß die Vorlage im Plenum statt in der Kommission scheitere, damit die Verantwortlichkeit dafür grell beleuchtet werde.

Als zweiter Redner trat der Arbeitersekretär Giesberts für die landwirtschaftlichen Zölle ein. Nach ihm, in der Diskussion, redete der katholische Arbeiter Hildebrand gegen die Zölle, dann der Abgeordnete Dr. Karl Bachem dafür. Er suchte den Arbeiter lächerlich zu machen. Sodann nahm ein katholischer Arbeiter und Centrumsmann, Herr Wilhelm Müller, das Wort, um sich entschieden gegen die Zollerhöhungen zu wenden. Er bedauerte, daß man nicht schon eher eine Versammlung veranstaltet habe, um die katholischen Arbeiter über die Haltung des Centrums in der Zollfrage aufzuklären. Gegenüber den sozialdemokratischen Fragern sei man in der größten Verlegenheit gewesen. Die schweren Niederlagen der christlichen Gewerkschaften bei den vor mehreren Tagen im benachbarten Kalk und Mülheim gethätigten Gewerbegerichtswahlen seien nur auf die Haltung des Centrums in der Brotzollfrage zurückzuführen. Herr Giesberts habe gemeint, im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit müsse der Arbeiter, um der bedrängten Landwirtschaft zu helfen, die geringe Verteuerung des Lebensunterhaltes in den Kauf nehmen. Die christlichen Arbeiter seien gewiß bereit, Opfer zu bringen; aber es sei ihnen nicht möglich. Bei den geringen Löhnen der Industriearbeiter sei man als Familienvater verpflichtet, sich gegen eine weitere Verteuerung der Lebensmittel durch die Zölle zu wenden. Wenn man unter Hinweis auf die durch den Zoll erfolgte Lebensmittelverteuerung bei dem Unternehmer um eine Lohnerhöhung einkomme, so bekomme man zur Antwort, daß genug Arbeiter zu den bisherigen Löhnen zu haben seien. Wenn man durch die christlichen Gewerkschaften, die ja das Centrum empfehle, etliche Pfennige Lohn mehr erziele, so ginge das durch den Brotzoll groschenweise wieder verloren. Wenn das Centrum auf die Stimmen der katholischen Arbeiter rechne, so müsse es seine Stellung zum Zolltarif wesentlich revidieren; sonst könne es geschehen, daß ein großer Teil der Arbeiter seine Stellung zur Centrumspartei revidiert.

Ein erheblicher Teil der Anwesenden, vielleicht ein Drittel, klatschte diesen Ausführungen lebhaft und anhaltend Beifall. Der Leiter der Versammlung, Abgeordneter Dr. Witt, schwang heftig die Glocke, um den Beifall zum Schweigen zu bringen. Einem dritten als Zollgegner bekannten Arbeiter, einem Centrumsmann und christlichen Gewerkschaftsführer, erteilte er, angeblich wegen der vorgerückten Zeit, das Wort nicht mehr. Er selber redete dann aber noch eine starke Viertelstunde. — Es ist wohl das erste Mal, daß katholische Arbeiter ihren Abgeordneten entgegentreten und den Abfall vom Centrum in Aussicht stellen. Es tagt bei den katholischen Arbeitern.

---

* **Berlin**, 2. April. Zur **Diätenfrage im Reichstage** will ein Berliner Blatt erfahren haben, daß die Entscheidung im Bundesrate über die von der großen Mehrheit des Reichstages beschlossenen allgemeinen Anwesenheitsgelder günstig ausfallen werde. Die Veranlassung dazu hätten mehrere mittelstaatliche Regierungen gegeben. Diese Nachricht muß bei der ablehnenden Haltung an entscheidender Stelle in Preußen mit Vorsicht aufgenommen werden. —

Die Nachricht, daß die Kamerun vorgelagerte Insel **Fernando Po** an den Kongostaat verpachtet sei, wird jetzt vom Wolffschen Telegraphenbureau offiziös dementiert. Nun kann Herr Hasse ruhig weiter schlafen.

Der Friedensengel. Die agrarische Presse bestreut den Weg des Grafen Posadowsky nach den deutschen Höfen mit Hoffnungsblumen und Friedenspalmen. Vor allem die Kreuzzeitung, deren agrarisches Christentum allen Segen von oben erwartet, verfolgt die Bemühungen des Grafen mit einer Feder, an der noch das Salböl klebt, mit dem das fromme Blatt seine Karfreitags- und Osterbetrachtungen geschrieben hat. Sie will es nicht gelten lassen, daß es sich bei der Mission des Grafen um eine simple „Ferienreise" oder um banale „Ferienpolitik" handle. Gewiß, das wäre eine Verkennung des christlichen Festcharakters der jetzigen Ferien; und so gut die Pfingstkonferenz des Ministers im Vorjahr eine einmütige agrarische Erleuchtung des Bundesrats brachte, ebenso gut muß jetzt die Osterreise des agrarischen Vertrauensmannes in der Regierung eine Auferstehung des Sechsmarkzolls aus der Grabesnacht der Zolltarifkommission bringen. Der Gottesfurcht der Kreuzzeitung müssen alle Dinge, auch der christliche Festkalender, zum besten dienen.

Die gläubige Phantasie des Junkerblattes folgert aus allen möglichen Anzeichen, daß „eine Aenderung der politischen Lage wenn nicht schon eingetreten, so doch demnächst zu erwarten ist", daß in den Verhandlungen um den Zolltarif „ein Novum eingetreten ist, zu welchem die Regierungen von neuem Stellung zu nehmen haben". Daß sie damit der Kavaliersparole des Grafen, der den Agrariern eben noch das „Unannehmbar!" zugerufen, das verletzendste Mißtrauensvotum ausstellt, geniert die Kreuzzeitung weiter nicht; sie weiß den Mann von seinem Amt zu scheiden und nimmt Meinungsänderungen von Ministerexcellenzen nur dann auf Ambition, wenn diese gegen das agrarische Interesse verlaufen. Das Blatt giebt sich die Miene, als würde es die im unverfälschten Offiziösenstil gehaltenen Begrüßungsworte, mit denen die Münchener Allgemeine Zeitung den Grafen in der bayerischen Hauptstadt bewillkommt, als tiefsinniges Orakel betrachten, aus dem ein Umschwung innerhalb des Bundesrats herausgelesen werden müsse. Der fromme Wunsch der Kreuzzeitung wärmt sich an der entzückenden Inhaltslosigkeit der offiziös ausgesprochenen Hoffnung, „daß eine beträchtliche Mehrheit des Centrums mit dem Gros der Rechten und der Nationalliberalen fortan geschlossen und zielbewußt eine rasche Verständigung mit der Regierung in den Grenzen des Erreichbaren erstreben werde". Fürwahr, die konservativen Agrarier sind recht bescheiden geworden! Die böse Welt wird bald an die Aufrichtigkeit ihres Christentums glauben müssen.

Viel interessanter wäre es gewesen, wenn die Kreuzzeitung von dem Bouquet Notiz genommen hätte, das das Münchener Offiziösenblatt dem Grafen Posadowsky überreicht hat. Die Münchener Allgemeine Zeitung stellt Betrachtungen an über die Notwendigkeit der Reichsfinanzreform und bezieht sich dabei auf Artikel, welche Georg v. Mayr, der bekannte Monopolmayr, in derselben Zeitung veröffentlicht hat. Diese Artikel laufen in der Hauptsache auf eine erhöhte Tabakbesteuerung aus. Für die Bierbesteuerung hat man in der Münchener Bierhauptstadt erklärlicherweise wenig Sinn; daher die Begeisterung für das Bluten des Tabaks. Auch sonst wird Graf Posadowsky bei der bayerischen Finanzexcellenz nur dem Wunsche begegnen, daß das Reich die Kreise der Einzelstaaten nicht stören möge.

Die „Grenze des Erreichbaren", die Posadowsky im Verein mit den Bundesstaatsregierungen finden soll, ist in Wirklichkeit die Grenze, die das Finanzinteresse des Reichs an den Deficits der Einzelstaatsregierungen und an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volks überhaupt findet. Darüber hilft auch kein wohlmeinender Friedensengel und auch keine so wohlgemeinte Friedenspredigt in der Kreuzzeitung hinweg. Wenn die Osterferienstimmung aus der Redaktion der Kreuzzeitung wieder ausgelüftet ist, wird das Blatt wieder weltlichere Töne finden.

Die sichere Ablehnung des Tarifs stellt Herr Oertel in Aussicht, wenn dieser nicht den Wünschen der Landwirtschaft genüge. In welchen konkreten Zahlen sich die Wünsche der Landwirtschaft in Oertelscher Interpretation ausdrücken, wird nicht verraten, wohl, weil es als bekannt vorausgesetzt wird. Herr Oertel sagt nur so viel, daß er und die Seinen mit allen Mitteln dafür sorgen werde, daß ein „Verständigungstarif" zu Fall komme. Diese Fanfare klingt etwas anders als die Osterchamaden der „Pflaumenweichen" in der Kreuzzeitung. Dafür waren aber auch die Passionsartikel, die Herr Oertel zu den Festtagen gedichtet, viel blutiger empfunden. Es wird sich nun bald zeigen, welches Agrarchristentum die wahren und welches die falschen Propheten hat, das mildere Bekenntnis der Kreuzzeitung oder die ecclesia militans der Deutschen Tageszeitung.

Diäten und Reichstagswahlrecht. Die Diätenforderung des Reichstags hat den Scharfmachern erwünschte Gelegenheit gegeben, die Frage einer „Revision des Reichstagswahlrechts" wieder anzuschneiden. Dabei geht es nicht ohne kleine Geschichtsfälschungen ab. In der Post behauptet ein Politikus, Fürst Bismarck habe im konstituierenden Reichstag das öffentliche statt des geheimen Wahlrechts und die Diätenlosigkeit der Reichstagsmitglieder gefordert. Er habe sich dann überzeugt, daß er die eine dieser beiden Forderungen aufgeben müsse und habe das öffentliche Wahlrecht zu Gunsten des geheimen preisgegeben. Die Freisinnige Zeitung hat das Verdienst, demgegenüber die Unrichtigkeit dieser Darstellung aktenmäßig nachzuweisen. Der Verfassungsartikel über das Wahlrecht in dem Entwurf der Regierungen lautete: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor, welche bis zum Erlaß eines Reichswahlgesetzes nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist. Beamte im Dienste eines der Bundesstaaten sind nicht wählbar." Die Landesgesetze, auf Grund deren der erste Reichstag gewählt worden ist, enthielten bereits das geheime Wahlrecht. Diese Landesgesetze sind bekanntlich nachgebildet dem Wahlgesetz, welches 1849 die Frankfurter Nationalversammlung beschlossen hatte. Fürst Bismarck bekannte sich zu diesem Wahlgesetz schon 1863 den übrigen Bundesstaaten gegenüber. Als der Verfassungsartikel im Reichstag zur Diskussion stand, wurde von konservativer Seite der Antrag gestellt,

---

Mechanisch leistete sie diesem, zu der Thüre ihres Zimmers hereingeworfenen Rufe Folge, stand langsam vom Bette auf, wusch sich eilig und ging in die Baracke. Aber sie fühlte sich kraftlos und halb krank. In der Baracke rief sie durch die Schlaffheit ihrer Bewegungen und durch ihr finsteres Gesicht mit den erloschenen Augen allgemeine Verwunderung hervor.

„Orlowa! Sie scheinen sich unwohl zu fühlen?" fragte die Aerztin.

„Nichts . . ."

„Ja, sagen Sie es nur ruhig! Man kann Sie doch ablösen . . ."

Matrena schämte sich, sie wollte ihren Schmerz und ihre Angst nicht vor diesen guten, ihr aber doch fremden Menschen verraten. Und sie nahm den letzten Rest von Mut in ihrer gequälten Seele zusammen und sagte lächelnd zu der Aerztin:

„Nichts! Hab mich ein bißchen mit meinem Mann gezankt . . . Es wird vorübergehen . . . war nicht das erste Mal . . ."

„Sie Aermste!" seufzte die Aerztin, die um ihre Vergangenheit Bescheid wußte.

Matrena wäre am liebsten vor ihr hingefallen, hätte ihren Kopf auf ihren Schoß gelegt und laut geweint . . . Aber sie faßte sich, preßte nur fest die Lippen zusammen und fuhr sich mit der Hand am Hals hinunter, als ob sie das ausbrechende Schluchzen in die Brust zurückstoßen wolle.

Nach der Ablösung ging sie in ihr Zimmer und schaute zuerst zum Fenster hinaus. Auf dem Felde fuhr der Baracke entgegen ein Wagen — wahrscheinlich brachte er einen Kranken. Ein feiner Regen siebte aus den grauen Wolken. Sonst war nichts zu sehen. Matrena wandte sich vom Fenster und setzte sich mit einem tiefen Seufzer an den Tisch, beschäftigt mit ihrer Frage:

„Was soll nun werden?" Und ihr Herz schlug im Takt zu diesen Worten. So saß sie lange einsam, in schwerem Halbschlummer, und so oft Schritte im Korridor erklangen, fuhr sie auf, erhob sich vom Stuhl und schaute nach der Thüre. Aber als diese Thür sich endlich öffnete und Grigorij hereintrat, fuhr sie nicht zusammen und stand nicht auf; sie hatte ein Gefühl, als ob plötzlich die Herbstwolken sich mit ihrer ganzen Schwere vom Himmel auf sie herabgesenkt hätten.

Grigorij aber blieb auf der Schwelle stehen und schleuderte seine nasse Mütze auf die Diele. Dann ging er, laut mit den Füßen stampfend, auf die Frau zu. Das Wasser floß an ihm herunter. Sein Gesicht war rot, die Augen trübe und die Lippen verzogen sich zu einem breiten, dummen Grinsen. Er kam näher und Matrena hörte das Wasser in seinen Stiefeln klatschen. Er war bedauernswert, und so hatte sie sich ihn nicht gedacht.

„Bist gut!" sagte sie leise.

Grigorij schüttelte dumm den Kopf und fragte sie: „Wenn Du willst, thue ich einen Kniefall vor Dir?"

Sie schwieg.

„Du willst nicht? Nun, das ist Deine Sache . . . Ich aber dachte die ganze Zeit: bin ich schuldig vor Dir oder nicht? Es stellt sich heraus: ich bin schuldig. Und da frage ich Dich: willst Du, so knie—e ich vor Dir?"

Sie schwieg und ihre Seele zerriß ein bitteres Gefühl, als sie den Schnapsgeruch, der von ihm ausströmte, einatmete.

„Du, höre mal — sei nicht eigensinnig! Mach Dir's zu nutze, so lang ich ruhig bin," sagte Grigorij mit erhobener Stimme. „Nun, verzeihst Du?"

„Du bist betrunken," sagte Matrena seufzend. „Geh, leg Dich schlafen . . ."

„Du lügst, ich bin nicht betrunken, aber müde bin ich. Ich bin immerfort gegangen und habe nachgedacht . . . Ich habe viel nachgedacht . . ach! Du, hüte Dich!"

Er drohte ihr mit dem Finger und lächelte verlegen.

„Warum schweigst Du?"

„Ich kann nicht mit Dir reden."

„Du kannst nicht? Weshalb denn?"

Er flammte plötzlich auf und seine Stimme wurde härter.

„Du hast mich gestern hier angeschrieen, angebellt . . . nun, und ich bitte Dich noch um Verzeihung. Verstehst Du?!"

Er sprach sehr unheimlich, seine Lippen zuckten und die Nüstern bebten. Matrena wußte, was das bedeutete, und die Vergangenheit tauchte in scharfen Bildern vor ihr auf: der Keller, die sonnabendlichen Kämpfe, der Gram und die Schwüle des Lebens.

„Ich weiß schon!" sagte sie hart. „Ich sehe, Du wirst jetzt wieder zum Vieh werden . . . ach Du!"

„Wieso zum Vieh werden? Das gehört nicht hierher . . . Ich frage: Willst Du mir verzeihen? Was denkst Du? Hab ich Deine Verzeihung nötig? Ich komme ausgezeichnet auch ohne sie aus . . . aber dennoch, siehst Du, will ich, daß Du mir verzeihst . . . Hast Du verstanden?"

„Geh weg von mir, Grigorij," rief das Weib kummervoll aus und wandte sich von ihm ab.

„Weggehen?" lachte Grigorij böse auf. „Weggehen? Damit Du frei bist? N—nein! Hast Du das mal gesehen?"

Er packte sie an der Schulter, riß sie an sich heran und hielt ihr ein Messer vors Gesicht — ein kurzes, dickes und scharfes Stück verrosteten Eisens.

„N—un?"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

das öffentliche Wahlrecht in den Verfassungsartikel aufzunehmen. Von nationalliberaler Seite wurde umgekehrt beantragt, ausdrücklich das geheime Wahlrecht in dem Verfassungsartikel zu erwähnen. Der Antrag der Konservativen wurde abgelehnt, der Antrag der Nationalliberalen angenommen. Fürst Bismarck beteiligte sich eingehend an der Debatte, befürwortete aber in keiner Weise die öffentliche Abstimmung, sondern sprach nur gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht und für die Ausschließung der Beamten. Zugleich erklärte er ausdrücklich, daß er kein besseres Wahlgesetz kenne, als dasjenige der Frankfurter Nationalversammlung von 1849, und daß er sich dazu schon im Jahre 1863 bekannt habe.

Vorsaure Hygieine. Die Besorgnis der deutschen Gesundheitsfanatiker für die physische Konstitution der deutschen Konsumenten ist wirklich rührend. Nachdem das amerikanische Büchsenfleisch gänzlich verboten worden und auch die amerikanische Invasion der Schildläuse und Koloradokäfer glücklich abgeschlagen ist, hat man auch die Borsäure auf den Index der gesundheitsschädlichen Stoffe gesetzt, die den Magen des deutschen Michels vergiften wollen und daher mit großmütterlicher Fürsorge reichsgesundheitsamtlich fernzuhalten sind. Die Borsäure wird nämlich zur Konservierung amerikanischen Fleisches benutzt und das genügt, um sie zu verbieten. Natürlich lassen sich die Amerikaner die gesundheitsamtlichen Kunststücke nicht so ohne weiteres gefallen und rufen nach Repressalien gegen diese neue Sperrmaßregel. Nun wird die Norddeutsche Allgemeine Zeitung aufgeboten, um die Reinheit der deutschen Absichten zu beteuern:

Neuere Mitteilungen über wirtschaftliche Maßregeln, welche angeblich in Amerika wegen des künftigen Ausschlusses Borsäure enthaltenden Fleisches von der Einfuhr nach Deutschland vorbereitet werden, lassen die Meinung aufkommen, als ob das auf Grund des Fleischbeschau-Gesetzes erlassene Borsäure-Verbot wirtschaftspolitischen Rücksichten seine Entstehung verdanke und einseitig gegen Amerika gerichtet sei. Eine solche Annahme wäre völlig unzutreffend. Aus der im Reichs-Anzeiger vor einiger Zeit veröffentlichten Begründung zu dem in Frage stehenden Verbot geht klar hervor, daß einzig und allein gesundheitspolizeiliche Rücksichten dazu geführt haben, Borsäure und die anderen, in dem Verbot aufgeführten chemischen Stoffe und Zubereitungen von der Verwendung in der Fleischindustrie auszuschließen. Insbesondere hat auch der Reichsgesundheitsrat, zu dessen Mitgliedern hervorragende Hygieniker aus den verschiedenen Teilen des Reiches gehören, sich für ein solches Verbot ausgesprochen. Noch weiter ist der im Jahre 1900 in Paris abgehaltene internationale Hygieine-Kongreß gegangen, der den Ausschluß aller antiseptischen Stoffe bei der Behandlung frischer Nahrungsmittel befürwortete. Die Borsäure hat im Laufe der Zeit auch seitens der inländischen Fleischindustrie in größerem Umfange Verwendung gefunden, und es hat nicht an Stimmen aus den beteiligten einheimischen Interessentenkreisen gefehlt, welche ihre fernere Zulassung lebhaft befürworteten. Trotzdem hat sich die Regierung aus schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen entschlossen, die Verwendung bei der gewerbsmäßigen Fleischzubereitung und den Vertrieb von Fleisch, welches einen der verbotenen Zusatzstoffe erhalten hat, allgemein, also auch im Inlande, zu untersagen. Hieraus hat sich selbstverständlich auch die Notwendigkeit ergeben, die Einfuhr von Fleisch, das im Auslande mit verbotenen Konservierungsmitteln behandelt worden ist, zu untersagen. Andernfalls würde die Auslandsware geradezu eine Bevorzugung gegenüber den einheimischen Erzeugnissen erfahren haben. Von einer im besonderen gegen Amerika gerichteten Maßregel kann bei dem Borsäureverbot vollends keine Rede sein; es gilt gleichmäßig für Fleisch inländischer wie jeder ausländischen Herkunft. Außerdem ist Deutschland keineswegs der erste Staat, der ein solches Verbot erlassen hat. Aehnliche Bestimmungen sind bereits vor längerer Zeit in Frankreich, Belgien und der Schweiz ergangen. Im übrigen liegen die Verhältnisse keineswegs so, daß etwa brauchbare Dauer- und Exportware in der Fleischindustrie nur unter Zuhilfenahme der Borsäure hergestellt werden könnte. Bekanntlich ist es auch früher, als Borsäure noch nicht zur Haltbarmachung des Fleisches verwendet wurde, möglich gewesen, gute und marktfähige Fleischdauerware herzustellen, und es wird zweifellos die Fleischindustrie sowohl im Inlande als auch im Auslande Ersatz für die Borsäure, deren fernere Zulassung vom gesundheitlichen Standpunkte aus nicht mehr verantwortet werden konnte, zu finden wissen.

Man muß es dem Reichsgesundheitsamte lassen, daß es die Heimatpolitik des Grafen Bülow begriffen hat. Diese Politik ist auch darin durchaus „national" gesinnt, daß sie die Vergiftung des Volks durch agrarischen Fusel mit Prämien belohnt und den Reinigungszwang für Branntwein ablehnt. Der „Schutz der nationalen Arbeit" geht eben vor dieser Sorte von Gesundheitspolitik.

Schweiz.

Einweihung des Parlamentsgebäudes.

Bern, 1. April. Heute fand die feierliche Einweihung des neuen Parlamentsgebäudes durch den Schweizer Bundesrat und die Bundesversammlung statt. Die Feierlichkeit trug einen gleichzeitig offiziellen und volkstümlichen Charakter. Die Mitglieder der beiden Kammern begaben sich in geschlossenem Zuge unter Vorantritt der Behörden des Kantons und der Stadt von dem alten Saale des Nationalrats in das neue Haus. Nach der feierlichen Eröffnung fand die außerordentliche Frühjahrssitzung statt; beide Kammern erledigten die Tagesordnung. Um 2 Uhr wurde das Haus dem Publikum geöffnet. Die Ausführung des Baues hat 8 Jahre gedauert und 8 Millionen Franken gekostet.

Rußland.

Attentat auf einen Oberpolizeimeister. — Gefängnisrevolte.

Moskau, 1. April. Gestern nachmittag wollte eine Dame den Oberpolizeimeister Trepow, als derselbe in seinem Amtszimmer Bittsteller empfing, mit einem Revolver erschießen. Die Waffe versagte jedoch. Die Thäterin wurde verhaftet, sie ist eine Lehrerin Namens Allart.

Trepow war auch der Name des Generals, der von Wera Sassulitsch 1878 schwer verwundet wurde, die nachher wegen dieser That von den Geschworenen freigesprochen wurde. Auch diese That dürfte mit der allgemeinen Gährung in Rußland zusammenhängen.

Aus dem Bezirksgefängnis zu Wladikawkas wird von einer Revolte der Inhaftierten berichtet, die sich über schlechte Behandlung beklagten. Die Revolte wurde durch Einschreiten von Militär unterdrückt; es kamen dabei viele Verwundungen vor. So melden mit Befriedigung bürgerliche Preßbureaus.

Argentinien.

Marinismus überall!

Buenos Aires, 1. April. Die Regierung beschloß in dem heute abgehaltenen Ministerrate einstimmig die Beschaffung zweier großer Panzerschiffe, die den Panzerschiffen überlegen sein sollen, deren Bau jüngst von Chile in Auftrag gegeben worden ist. Die Regierung ist entschlossen, die Suprematie Argentiniens auf dem Gebiete des Marine- und Militärwesens in ganz Südamerika zu behaupten. Sie hat erklärt, daß für die Beschaffung der neuen Schiffe neue Steuern nicht eingeführt werden sollen.

Bei den bekannten Finanzverhältnissen der südamerikanischen Republiken klingt das wie ein Aprilscherz. Trotzdem wird es wohl seine Richtigkeit damit haben.

China.

Um die Mandschurei.

Peking, 1. April. Der Mandschurei-Vertrag enthält die Bestimmung, daß das Land in einzelnen Etappen von 6, 12 und 18 Monaten, im Süden beginnend, von den Russen geräumt werden soll. China darf dort nach der Räumung so viel Truppen halten, als es für notwendig erachtet.

Nach amtlichen Berichten aus Niutschwang entfalten die Russen dort eine rege Thätigkeit auf militärischem Gebiete. 10 000 Mann sind kürzlich aus dem Innern des Landes nach Port Arthur geschafft worden. Viele Rekruten treffen in Niutschwang und anderen Orten ein, und es werden ausgedehnte, für ein weiteres Fortbestehen berechnete Telegraphenanlagen in der Umgegend von Niutschwang errichtet.

Das deutet gewiß nicht auf die ehrliche Absicht der Russen, die Mandschurei zu räumen. Nach dem Abschluß des ostasiatischen Zweibunds wird das freilich auch niemand erwartet haben.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie, die gestern in Meißen begann, wohnt im Auftrag des Ministeriums des Innern ein höherer Ministerialbeamter bei, um sich über die Verhandlungen zu informieren, also zu Studienzwecken. Es ist das erste Mal, daß in Sachsen die höchste Behörde ihr Interesse in dieser Weise bekundet. Sollte sie dabei einen bestimmten Zweck verfolgen?

* * *

Zur sächsischen Polizeipraxis. Der Arbeiterverein für Brunndöbra und Umgegend hatte ein Gesuch um Genehmigung eines Tanzvergnügens an die Amtshauptmannschaft Auerbach gerichtet. Diese lehnte aber das Gesuch ab, weil „nach den angestellten Erörterungen dem Verein noch eine große Anzahl Steuerrestanten angehören, Vereinen aber, in denen Mitglieder mit ihren Steuern rückständig sind, Erlaubnis zur Abhaltung von Vergnügen grundsätzlich nicht gegeben wird."

Da die Abhaltung von Vergnügungen von der Erlaubnis der Behörden abhängt, so verfügen dieselben schon über eine Reihe von Gründen zur Ablehnung. Ist es dieser nicht, so ist es ein anderer. Daß jedoch Arbeitervereine für Dinge gestraft werden sollen, von denen sie keine Ahnung haben, geht über die Hutschnur. Seit wann ist es ferner Sitte, daß sich Vorstände von politischen Vereinen zu vergewissern haben, ob sich Steuerrestanten unter den Mitgliedern befinden? Und sollen diese etwa von Vorstands wegen zur Erfüllung ihrer Steuerpflichten angehalten werden? Der Arbeiterverein hat natürlich gegen die Verfügung der Amtshauptmannschaft Beschwerde eingereicht.

* * *

Avis für die Mittelstandsretter. Dieser Tage fand in Essen eine Sitzung der Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks statt, die auch über die Wirkungen des Warenhaussteuergesetzes verhandelte. Der Referent, Generalsekretär Stumpf-Osnabrück, bezeichnete dieses Gesetz als eine durchaus verfehlte Maßregel, die besser unterblieben wäre. Den Kleinbetrieben sei durch das Gesetz keinerlei Nutzen geschaffen worden. Die Entwicklung der Warenhäuser sei nicht gehindert, dagegen hätten die Warenhäuser in sehr vielen Fällen es verstanden, die ihnen auferlegte Steuer auf die Fabrikanten der von den Warenhäusern vertriebenen Artikel abzuwälzen. Die Vereinigung stimmte den Ausführungen des Referenten zu. — In Sachsen aber rufen die Retter des Mittelstandes nur um so lauter nach der zwecklosen und schikanösen Steuer.

* * *

Nossen, 29. März. Eine Schlägerei im hiesigen Schützenhause, bei welcher der diensthuende Schutzmann schwer verletzt wurde (die Beteiligten sind inzwischen vom Landgericht Freiberg zu empfindlichen Strafen verurteilt worden), gab dem Stadtrat Veranlassung, die Anstellung eines dritten Schutzmanns ins Auge zu fassen. Die Stadtverordneten lehnten die Ratsvorlage jedoch ab mit der Begründung, daß hierfür bei dem friedlichen Charakter der Einwohnerschaft kein Bedürfnis vorliege. Das Einigungsverfahren zwischen Rat und Stadtverordneten verlief ergebnislos; deshalb wird die Entscheidung der Kreishauptmannschaft angerufen.

ee. **Mylau i. V.**, 1. April. Kurz vor dem Osterfeste erhielten 4 hiesige junge Leute Strafverfügungen, weil sie als Minderjährige einer öffentlichen Volksversammlung beigewohnt hatten. Die Strafmandate lauten auf je 5 Mk. nebst 40 Pfg. Kosten. Als eine gewisse Strafe wird es von einigen der jungen Leute noch empfunden, daß sie vor dem Empfang der Strafverfügungen von einem Gendarmen in der Fabrik aufgesucht wurden, um sie zu „befragen". Ein Betroffener hat gerichtliche Entscheidung beantragt, weil er der an ihn ergangenen Aufforderung, das Lokal zu verlassen, sofort gefolgt ist.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus Meißen wird berichtet: Der heftige Sturm am ersten Osterfeiertage hat auch den zur Zeit hier weilenden Cirkus (Sarrasani) in Mitleidenschaft gezogen. In der Eröffnungsvorstellung am Sonntag abend senkte sich plötzlich auf einer Seite des Cirkus die dichtbesetzte Galerie zur Erde. Die tragenden Teile der Galerie waren mit der Zeltleinewand verbunden gewesen, um dem Sturm das Ausheben des Zeltes unmöglich zu machen, und durch den Druck des Sturmes war eine seitliche Verschiebung dieser tragenden Teile eingetreten, so daß sie sich schließlich mit ihrer Last zu Boden senkte. Obwohl Hunderte von Besuchern mit in die Tiefe glitten, ist doch, dank der geringen Höhe (1 Meter) und der glücklichen Konstruktion, nicht der geringste Unfall zu verzeichnen. — Am ersten Osterfeiertag gegen 10 Uhr abends versuchte in Dresden eine geistesgestörte Frau aus dem ersten Stockwerk einer Privatklinik auf der Melanchthonstraße hinab auf die Straße zu springen. Zwei Wärterinnen waren nicht im stande, die nur mit einem Hemd bekleidete Frau festzuhalten. Auf deren Hilfegeschrei stellten sich unten eine Anzahl Männer zusammen, denen es denn auch gelang, die endlich Herabstürzende so aufzufangen, daß sie beinahe unverletzt blieb. — Im Eisenwerk Riesa zerriß beim Aufwinden eines Schlangenrohres mittels Flaschenzuges die Kette, infolge dessen das Eisenstück abstürzte und den bei der Arbeit beschäftigten 18 Jahre alten Büttner so unglücklich traf, daß er noch abends den erhaltenen Verletzungen erlag. Ein anderer Arbeiter erlitt ebenfalls schwerere, aber nicht tödliche, ein dritter leichtere Verletzungen. — Der Bauunternehmer Herrmann in Hirschfelde war am Sonnabend auf dem dortigen Bahnhofe damit beschäftigt, Telegraphenstangen abzuladen. Da lösten sich plötzlich die Verbindungsketten, wodurch die Ladung auseinanderging, so daß die Stangen Herrmann über die Brust rollten und ihm den Brustkasten eindrückten, was den sofortigen Tod zur Folge hatte. — Aus Verzweiflung über eine langwierige Krankheit hat am 30. März der 55jährige Stepper Strobel aus Oelsnitz i. V. den Versuch gemacht, sich zu erhängen. Da der hierzu benutzte Riemen zerriß, feuerte Strobel einen Revolverschuß auf sich ab. Die Kugel blieb im Stirnknochen stecken, ohne tödlich zu wirken. Da Strobel bei der Auffindung völlig durchnäßt war, muß angenommen werden, daß ein dritter Selbstmordversuch durch Ertränken im Elsterflusse gleichfalls mißlungen ist. — Die wegen Verdachts des Viehschmuggels verhafteten Rittergutsbesitzer Roßbach auf Bergen bei Adorf und Handarbeiter Haueis von dort wurden kurz vor dem Osterfeste einstweilen auf freien Fuß gesetzt.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Wurzen, 1. April.

r. **Bürgerrechtserwerbung.** Im Herbst dieses Jahres gehen die Bürger wieder zur Stadtverordnetenwahl. Eine dringende Pflicht der minder bemittelten Einwohnerschaft ist es, mit allen Mitteln bei der nächsten Wahl eine Aenderung des konservativen Regiments herbeizuführen. Seit einigen Jahren bestehen die städtischen Kollegien aus lauter Reaktionären. Kein einziger Arbeitervertreter ist Mitglied der hiesigen Gemeindevertretung. Diesen Zustand haben zum großen Teil die Arbeiter selbst dadurch mit verschuldet, daß sie das Bürgerrecht nicht erwerben und der städtischen Frage indifferent gegenüber stehen. Man hört so oft: Laßt nur die Ordnungsbrüder wirtschaften, wie sie wollen. Arbeiter, das ist falsch. Die gesamte Einwohnerschaft hat unter dem konservativen Regime zu leiden und ihr am meisten. Die Arbeiter sollen nicht nur zahlen, sondern auch mit raten und thaten. Das Wahlrecht könnt ihr aber nur dann ausüben, wenn ihr Wurzener Bürger seid. Arbeiter! Alle, die ihr noch nicht Bürger Wurzens seid, leitet so bald als möglich Schritte ein, um das Bürgerrecht zu erwerben. Jeder Arbeiter, der das Wahlrecht besitzen kann, muß sich das Wahlrecht sichern. Nur ein kleiner Bruchteil der hiesigen Arbeiter sind Bürger bis jetzt, daher ist es Pflicht, in allen Kreisen dahin zu wirken, daß die Arbeiter sich nun mehr aufrütteln und durch das Wahlrecht ihren Einfluß geltend machen. Das Bürgerrecht kann erwerben, wer Sachse ist, zwei Jahre mindestens im Orte wohnt und 3 Mk. Staatssteuer bezahlt. Um den Arbeitern und Minderbemittelten die nötigen Schritte zu erleichtern, sind folgende Auskunftsstellen errichtet: Restaurant Stadt Wien — Max Mucker, Crostigall 10 — Ernst Möckel, Barbaragasse 6 — Franz Geppert, Kaiser Wilhelm-Straße 12 — August Fleischer, Schweizergartenstr. 14 — Paul Sambale, Querstr. 31 — Julius Künzel, Schrothstraße 7 — Robert Hofmann, Schuhg. 2 — Oswald Pöntzsch, Querstraße 10 — Karl Ulrich, Wenzeslaig. 34 — Ernst Engelmann, Nemter Straße 24 — Robert Firl, Lindenstraße 4 — August Diecke, Querstraße 9 — Max Rehnisch, Querstraße 37.

Arbeiter, erwerbt das Bürgerrecht!

Jena, 1. April. In den bürgerlichen Blättern wurden in den letzteren Tagen allerlei Gerüchte verbreitet, nach denen die Arbeiter die Veranlassung zu dem Weggange Prof. Abbes von hier gewesen sein sollen. So solle eine Deputation von Arbeitern Herrn Prof. Abbe Vorstellungen gemacht haben über die Bewilligung von 300 000 Mark für den Universitätsneubau in Jena durch die Karl Zeiß-Stiftung. Dies soll Prof. Abbe gekränkt haben. In der bürgerlichen Presse heißt es, Abbe habe dem Princip, nichts für sich, sondern alles für gemeinnützige und wissenschaftliche Zwecke, Leben und Vermögen geopfert; die Arbeiter sind am Reingewinn beteiligt worden. Das sei den Arbeitern aber nicht genug gewesen, denn man hätte ihnen ja die ganzen Erträge des großartigen Werkes geben können. Der Tribüne in Erfurt geht nun zur Sache eine sehr bemerkenswerte Zuschrift von dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses der Firma Zeiß, H. Leber, zu, in der alle die Behauptungen zurückgewiesen werden. In der Zuschrift heißt es: Vorigen Herbst wurde von den Arbeitern das Verlangen gestellt, dem Arbeiterausschuß größere Rechte einzuräumen. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit wurden von beiden Seiten mit großer Sorgfalt und Sachlichkeit geführt, ohne auch nur irgendwie in Differenzen zu geraten. Professor Abbe bezw. die Geschäftsleitung freute sich sogar, daß die Kommission als Vertreter der Arbeiterschaft solch regen Anteil am Geschäftsleben zeigte. Es wurde ferner gewünscht, daß die Kommission, wo sie irgend Fehler und Mängel erblickte, jederzeit mit der Geschäftsleitung darüber verhandeln könne. Und was nun die Bewilligung der Gelder zum Universitätsneubau 2c. anlangt, ist kein Wort von dem wahr, was die Jenaer Zeitung schreibt. Gewiß hat die Arbeiterschaft verlangt, bei Bewilligung von Geldern, die außerhalb des Geschäfts verwendet, auch ihre Wünsche geltend zu machen, dies wurde aber bereitwillig von der Geschäftsleitung zugegeben. Außerdem erklärte die Geschäftsleitung noch auf Wunsch der Arbeiterschaft, eine Zusammenstellung der in den letzten fünf Jahren außerhalb des Geschäfts verwendeten Gelder der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Kurzum, es gab keine Differenzen. Und wenn nun gar die Jenaer Zeitung schreibt, Professor Abbe fühlte sich gekränkt und sei darum von der Leitung zurückgetreten, so weiß man nicht recht, soll man die Verlegenheit oder die Naivität der Jenaer Zeitung mehr bewundern. Prof. Abbe ist drei Tage nach der fraglichen Sitzung abgereist, um sich, wie alle Jahre, im Süden von seinen Strapazen zu erholen, ob er nun dieses Jahr zu seiner Erholung längerer Zeit bedarf, muß dahingestellt sein. Aber Thatsache ist, daß von einem Zurücktreten aus der Geschäftsleitung keine Rede sein kann. Und in letzter Linie ein Zurücktreten wegen Kränkung durch die Arbeiterschaft. Jedenfalls wird Prof. Abbe allen Scharfmachern zum Trotz, so weit es seine Gesundheit erlaubt, zur Weiterentwicklung der K. Zeiß-Stiftung auch in Zukunft beitragen. Ob er in Jena oder Lugano weilt, er bleibt trotzdem in engerer Fühlung mit den anderen Herren der Geschäftsleitung und werden irgendwelche Veränderungen ohne seine Zustimmung niemals erledigt werden."

Die Ausstreuungen der bürgerlichen Presse haben sich danach wieder einmal als niedrige Verdächtigungen der Arbeiter erwiesen.

Hierzu zwei Beilagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt Eisenbahnstrasse 39—43

hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag Reste-Tage.

Krystall-Palast — Alberthalle.

Königl. Rumänischer

Cirkus Cesar Sidoli.

Heute Mittwoch den 2. April abends 8 Uhr

Fasionable Vorstellung

Das Programm enthält 16 Nummern.

16 Russische Rappen, in Freiheit vorgef. vom Dir. **Sidoli.**
The 3 Metheors, die besten Luftgymnastiker der Welt.
Mlle. Adriene, berühmte Schulreiterin.
Das Tagesgespräch
25 Mister **Julius Seeth** mit seinen **Löwen.** 25

Vorverkauf bei Herrn Flatau, Cigarrengeschäft Goethestrasse, sowie von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. im Cirkus. [3056

Naturheilverein Leipzig II. Pilsener Hof Klostergasse.

Donnerstag den 3. April abends ½9 Uhr Vortrag über Massage von Herrn **Dr. Schaarschmidt.** Dienstag den 8. April Beginn des Massagekursus. Donnerstag den 10. April Vortrag von Herrn **Dr. phil. Lohse-Leipzig.** Eintritt frei. Gäste willkommen. [3060

Felsenkeller L.-Plagwitz

Donnerstag den 3. April

Konzert der Leipziger Sänger aus dem Krystallpalast

Herren Bischoff, Seidel, Klein u. s. w.

Neu! Grosser Ueberbrettl-Abend. Neu!

Anfang 8 Uhr. Vorzugskarten gültig. Entree 30 Pfg.

Nachdem Ball.

2061] Ergebenst **Wilh. Canitz.**

Automaten-Restaurant

Hainstrasse 26.

Größte Sehenswürdigkeit Leipzigs

Cirka 100 Automaten im Betrieb.

U. a.: Die berühmte Strassburger Uhr.

Vorzügliche Speisen und Getränke.
Weine und Liköre à Glas 10 Pfg.
Belegte Brötchen à 10 Pfg.

Erste Etage

Komfortable einger. Café mit Billard.

Hochachtungsvoll

2858] **Robert Streubel.**

Gohliser Möbelhalle v. Herm. Fontius

Aeuß. Hallesche Str. 106 L.-Gohlis Aeuß. Hallesche Str. 106

anerkannt leistungsfähigste Möbelbezugsquelle, liefert **ganze Wohnungs-Einrichtungen** wie **einzelne Möbelstücke** in dauerhafter, solider Ausführung zu äußerst annehmbaren Preisen **frei 10 Stunden im Umkreis von Leipzig.**

Für Brautleute ganz besonders zu empfehlen.

Preislisten portofrei. [2196] **Preislisten portofrei.**

Möbel

einzelne Gegenstände, als auch **ganze**

Wohnungs-Einrichtungen

auf [2850

Credit

billiger als überall

bei

J. Jttmann

Johannisplatz 4 u. 5, I. Etage.

Mässige Anzahlung u. bequeme Abzahlung.

Lieferung discret.

Wagen ohne Firma.

Für Lehrlinge

vorschriftsmässige Schutz- und Berufs-Bekleidung.

Blaue Sicherheits-Anzüge

für Elektrotechniker, Maschinisten, Schlosser 2c.

vorrätig in allen Größen. **Bildhauer-Mäntel, Buchdrucker-, Maler-, Chemiker-, Mechaniker-, Photographen- u. Schriftsetzer-Kittel. Koch-, Konditor-Jacken und -Mützen.** Alle Sorten Schürzen in weiß, blau, grün.

E. Müller, Schürzen-Fabrik

Tauchaer Straße 2, schräg über dem Krystallpalast. [2852

Lindenauer Möbel-Halle

2508] **Eduard Walther**

L.-Lindenau, Merseburger Strasse 48

empfiehlt sein **großes Lager** in

Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren.

Günstige Gelegenheit für Brautleute und Familien.

Langjährige Garantie. — **Verlangen Sie Preisliste.** — Freier Transport.

Tapetenkonsumenten

*** * * wahret Eure Interessen!**

Wegen **Aufgabe einer Niederlage** kommt ein **großer Posten Tapeten zu weit herabgesetzten Preisen** zum Verkauf. [2711

Fritz Stirnemann, **Petersteinweg No. 1** vis-à-vis dem Amtsgericht Ecke Königsplatz.

Bruno Riedel

Photographische Kunst-Anstalt

Rosenthalgasse nur Nr. 9, pt.

liefert jetzt [2107

12 Stück ff. Visit-Photographien für Mk. 1.80
12 Stück ff. Kabinett-Photographien für Mk. 4.80

in nur hochfeiner haltbarer Ausführung.

***** Grössere Bilder enorm billig. *****

Gelegenheits-Käufe.

Herren-, Damen- und Kinderschuhe

kaufen Sie zu staunend billigen Preisen bei

Tobias Schmul, Nikolaistr. 35.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. [2877

Achtung! Telegramm! Achtung!

Konkurs- und andere Schuhwaren aller Art

offeriert zu noch nie dagewesenen Preisen [2524

20 Nikolaistrasse 20.

Möbel

erhält man solid zu billigsten Preisen bei

H. Dietrich

Tischlermeister [2830

Lindenau, Merseburger Str. 83.

Laufdecken Mk. 6.50
Luftschläuche Mk. 3.75
mit Garantie [2577

Sommerlatte, Pfaffendorfer Str. 13.

Richard Baum

Lange Str. 20

empfiehlt sein reichsortiertes Lager von **Schuhwaren** aller Art vom einfachsten bis zum elegantesten

zu billigsten Preisen.

Gr. Ausw. präm. Kanarienvögel, Heckbauer, Nistk., Nest., Charp., Eierbrot, hochf. Sommerrübsen, 5 Pfd. 1,10 Mk., Ctr. 19 Mk., Ameiseneier, Mehlw., ital. Goldf. 10 Pfg. empf. **Max Kraft,** Poststr. 18.

Billige u. gute Möbel aus erster Hand:

Schränke, 1thürig	16 ℳ
Sekretäre, 1thürig	19 „
do. 2thürig	22 „
Pilastersekretäre, 2thürig	26 „
Muschelschränke	30 „
Säulenschränke (groß)	38 „
Polierte Schränke	45—120 „
Vertiko mit Muschelaufsatz	30 „
Säulen-Vertiko do.	38 „
Polierte Vertikos	60—120 „
Bettstelle mit guter Matratze	26 „
do. halbfranzös. m. Façonmatr.	32 „
do. gr. franz. m. sehr guter Matr.	40 „
Sofa, neu, gutes Polster	30 „
Ottomane, Lehne z. Abklappen	35—60 „
Plüsch-Ottomanen	65 „
Paneel-Sofa	80 „
Plüsch-Garnituren	120—400 „
Waschtische mit Schrank	16 „
Sofatische	16—18 „
Ausziehtische	20—24 „
Küchenschränke mit Glas	24 „
Spiegel	von 3—30 „
Trumeaux	30—120 „
Stühle	3,50—10 „
Vorsaalschränke	30—60 „
Ganze Wirtschaften v. 180—3000	„

stets am Lager.

Musterzimmer in 1., 2., 3. u. 4. Etage.

Bei entsprechender Anzahlung Teilzahlung gestattet.

Nur eigenes Fabrikat.

Garantie für gute Arbeit. Transport frei.

Möbelfabrik

mit Dampfbetrieb [2400

(Central-Möbelhalle)

Leipzig, Bayerische Str. 24.

Fahrrad-Mechaniker Frenzel

Zeitzer Str. 31 — Eisenbahnstr. 31

repariert, vernickelt, emailliert Fahrräder aller Fabrikate u. liefert alle **Ersatzteile** fachgemäß und billigst.

Neue Fahrräder von 110 Mk. an unter Garantie. [2853

Luftschläuche von 3.75 Mk. an,
Laufdecken von 6.25 Mk. an.
Glocken von 80 Pfg.
Lampen von 1.25 Mk. an.
Ausziehbare Luftpumpe „Quintuplum" 1.90 Mk.

Seit 12 Jahren größte, beste u. billigste Reparatur-Werkstatt.

Bringe meine **Schuhmacherei** bestens in Empfehlung. Anfertigung nach Maß. Reparaturen prompt und billig. [3063

Rich. Neubert, Gerberstr. 5.

Naethers Reformwagen

sind unübertroffen und allen voraus, infolge ihrer vielen tonangebenden Neuerungen, welche von **allen** Fabriken, meist wertlos, nachgebildet wurden. Die beispiellosen Erfolge dieses führenden Fabrikats sind durch abermals rapid steigende Umsätze dokumentiert und haben die trotz mustergültiger Herstellung, bekannt billigen Preise selbstredend ihre Wirkung nicht verfehlt, so dass diejenigen im Nachteil sind, welche aus Unkenntnis andere als Naethers Fabrikate erworben haben.

POPP

Panorama Rossplatz neben der Markthalle.

Einfache Kinderwagen	ℳ 8.—
Reform-Kinderwagen	„ 14.—
do. m. Gummirädern	„ 20.—
Sportwagen	„ 6.—
do. m. Gummirädern	„ 10.—
Umlegbare Patent-Kinderstühle	„ 3.—
Leiterwagen	„ 3.—
Reisekörbe	„ 2.—

500 Naethers

Reformwagen u. Sportwagen

zur Auswahl. [3058

Jede sorgsame Mutter weise Kinderwagen mit den übertrieben flachen Korbformen zurück und verlange ausdrücklich nur

Naethers Reformwagen.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. April.

Im Konkurs der Kasseler Trebergesellschaft ist die letzte Gläubigerversammlung für Ende April einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Ablegung der Konkursrechnung durch die Verwaltung.

Die Bibliothek des Volksvereins für Plagwitz-Lindenau erfreute sich im letzten Vierteljahr wiederum einer erheblich gesteigerten Benutzung: Es wurden im Januar 372, im Februar 310 und im März 380 Bände ausgeliehen, zusammen also 1062 Bände, gegen 773 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ende März waren 264 Bände in Umlauf. Die dringend nötige Vergrößerung des Bücherbestandes der Bibliothek kann leider nicht in dem Maße vorgenommen werden, wie es die sich täglich mehrende Benutzung bedingte. Da der Verein für seine vielseitigen anderen Zwecke ebenfalls Mittel braucht, so können solche für die Bibliothek nicht immer in der erforderlichen Höhe flüssig gemacht werden. In einer seiner nächsten Versammlungen wird der Verein über Mittel und Wege beraten, wie eine größere Summe zur Vergrößerung der Bibliothek bereit gestellt werden kann.

Der Verein für öffentliche Lesezimmer hatte sich mit einem Gesuche um Unterstützung an den Rat gewendet. In dem Gesuche war war ausgeführt worden, daß, um Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu erhalten, bei dem steten Anwachsen der letzteren ein Betrag von 1500 Mk. pro Jahr als Zuschuß für die drei vom Verein unterhaltenen Lesezimmer erforderlich wäre, es würde sich jedoch der Verein mit 1000 Mk. jährlich gern bescheiden und die fehlenden 500 Mk. aus den vorhandenen Reserven entnehmen, die dann für die nächsten sieben Jahre ausreichen und den Bestand des Vereins bis dahin sichern würden. Der Rat hat darauf hin beschlossen, im Interesse des gemeinnützigen Zweckes der Lesezimmer den Betrag von 1000 Mk. von diesem Jahre ab bis auf weiteres zu bewilligen und vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten in Conto 7 des städtischen Haushaltplanes einzustellen.

Verein für Arbeitsnachweis in Leipzig: Bei der öffentlichen, unentgeltlichen Vermittlungsstelle des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig, Reichsstraße 8, Männliche Abteilung, und Naschmarkt 2, Weibliche Abteilung, gingen im Monat März zusammen 2428 Gesuche (im Vormonat 2065) ein. Davon entfallen auf die Männliche Abteilung 711 Gesuche und zwar seitens Arbeitgeber (offene Stellen) 382 und seitens Arbeitnehmer 879 (im Vormonat 238 bezw. 263). Uebernommen aus vorigem Monat 312 Arbeitslose. Außerdem fragten 195 (im Vormonat 126) um Arbeit nach, die aber ihr Gesuch zurückzogen, da ihnen zur Zeit der Nachfrage passende Stellen nicht nachgewiesen werden konnten. Darunter befanden sich 63 (im Vormonat 55) von auswärts zugereiste Arbeitsuchende. Durch Vermittlung des Arbeitsnachweises wurden 304 (im Vormonat 216) Stellen besetzt. — Auf die Weibliche Abteilung entfallen 1712 Gesuche und zwar seitens Arbeitgeber (offene Stellen) 927 und seitens Arbeitsuchender 785 (im Vormonat 995 bezw. 569). Durch Vermittlung des Arbeitsnachweises wurden hier 619 (im Vormonat 446) Stellen besetzt, darunter 266 bei Dienstherrschaften.

Arbeiter-Versicherung: Vom 1. April ab sind der Regierungsrat Roch bei der Kreishauptmannschaft Leipzig zum Vorsitzenden und die Regierungsräte bei derselben Behörde Dr. Mehnert und v. Leipziger zu stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung für Leipzig bestimmt worden.

Bei den Leipziger Postanstalten ist durch Einrichtung besonderer Kasten und Einwürfe zur abgesonderten Einlieferung der nach Leipzig und den Vororten bestimmten Briefsendungen Gelegenheit geboten. Es empfiehlt sich im eigenen Interesse der Absender, von dieser Einrichtung fortgesetzt ausgiebigen Gebrauch zu machen, d. h. bei Auflieferung von Briefsendungen in den Schalterräumen die nach Leipzig und den Vororten gerichteten Briefsendungen von den nach auswärts bestimmten zu trennen und nur in die für den Ortsbriefverkehr eingerichteten entsprechend bezeichneten Kasten einzulegen.

Nachbarortsverkehr. Der Geltungsbereich der Ortstaxe von Leipzig und von Paunsdorf ist auf die am 1. April in Wirksamkeit getretene Postagentur in Stünz (Bez. Leipzig) ausgedehnt worden.

Anmeldung zur Fortbildungsschule. Die zu Ostern 1902 aus einer der hiesigen Volksschulen entlassenen, hier wohnhaften Knaben sind verpflichtet, eine Fortbildungsschule zwei Jahre lang zu besuchen. Dasselbe gilt von den hier wohnhaften Knaben, die von einer höheren Schule abgegangen sind, ohne daß sie das 15. Lebensjahr vollendet und die Klasse erreicht haben, die diesem Alter nach dem Lehrplane der Schule entspricht. Befreit vom Besuche der öffentlichen Fortbildungsschule sind nur diejenigen Knaben, die eine höhere Schulanstalt besuchen oder die sich darüber ausweisen können, daß sie in einer solchen gewerblichen Schule oder in einer solchen Vereins- oder Privatfortbildungsschule, deren Unterricht vom Besuche der öffentlichen Fortbildungsschule befreit, Aufnahme gefunden haben. Hier zuziehende Knaben, die Ostern 1900 oder später aus der Volksschule entlassen und noch fortbildungsschulpflichtig sind, haben sich innerhalb 8 Tagen nach dem Zuzuge bei dem Direktor ihres Bezirkes zum Besuche der Fortbildungsschule anzumelden. Bei der Anmeldung ist ein Schulentlassungszeugnis oder, wenn der Anzumeldende bereits eine Fortbildungsschule besucht hat, ein Schulzeugnis der letzteren beizubringen. Bei Nichtanmeldung oder verspäteter Anmeldung fortbildungsschulpflichtiger Knaben haben deren Eltern bezw. Erzieher, Lehrherren, Dienstherrschaften und Arbeitgeber Geldstrafe bis zu 30 Mk., im Falle der Nichterlegung aber Haftstrafe bis zu 14 Tagen zu gewärtigen. Gleiche Strafen verwirken wegen Unterlassung der Anmeldung oder wegen Hinterziehung der Schulpflicht auch die säumigen Schüler selbst.

Mit Rücksicht auf den Quartalwechsel weisen wir darauf hin, daß der jeweilige Zu- und Abgang der Dienstboten, sobald solche das 16. Lebensjahr vollendet haben, binnen 3 Tagen bei der Hauptmeldestelle der Leipziger Ortskrankenkasse, Gellertstraße 7/9, als dem mit den Geschäften der Invaliditäts- und Altersversicherung beauftragten Organ der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen oder bei einer der im Kassenbezirke bestehenden 45 Zweigmeldestellen mittelst des vorgeschriebenen Formulars zu melden ist. Nichtbefolgung dieser Vorschriften zieht in jedem einzelnen Falle Strafe nach sich. Nach Befinden fallen auch den Dienstherrschaften infolge solcher Versäumnis die während der Dienstzeit entstandenen Beiträge zur Last. Die polizeiliche An- und Abmeldepflicht wird hierdurch nicht berührt.

Arbeiterrisiko. In einem größeren Fabriketablissement fiel gestern einem 43 Jahre alten Eisenformer aus Stötteritz während der Arbeit ein zirka 2½ Centner schweres Schwungrad auf den linken Fuß, wobei der Mann derartig schwer verletzt wurde, daß er dem Stadtkrankenhause zugeführt werden mußte.

Mit einem Revolver brachte sich gestern abend in der 8. Stunde im Treppenhause des Grundstücks Sidonienstraße 65 ein junges Mädchen einen Schuß in die Brust bei. Die Lebensmüde, eine aus Altenburg gebürtige 22 Jahre alte Näherin, wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Als Beweggrund zu dem Selbstmordversuch wird unglückliche Liebe angenommen.

Von einem plötzlichen Tode wurde gestern der in Lindenau, Georgstraße 36 wohnende, 43 Jahre alte Gießereiarbeiter Fleischer übereilt. Der Mann fiel auf der Gießerstraße in Lindenau plötzlich bewußtlos um und starb auf dem Transport nach der nächsten Polizeiwache. Der Leichnam wurde nach der Leichenhalle des Lindenauer Friedhofs übergeführt.

Kleine Polizeinachrichten. Im Brühl wurde gestern ein 21 Jahre alter Arbeiter aus Groß-Dölzig dabei abgefaßt, als er ein Fahrrad stahl. Der Dieb wurde der Polizei zugeführt.

Ein 20 Jahre alter Geschirrführer aus Belgern entnahm von einem Uhrmacher auf Kredit zwei Uhren, die er sofort verkaufte. Wegen dieses Betrugs erfolgte die Verhaftung des Geschirrführers.

In einem Hotel der Ostvorstadt machte ein 46 Jahre alter Buchhändler aus Naundorf eine größere Zeche, obgleich er über keine Geldmittel verfügte. Es stellte sich heraus, daß der Mann aus einer Heilanstalt, in der er untergebracht war, entwichen ist.

Einbrecher drangen in der Nacht zum 1. d. Mts. in zwei Geschäftsläden der Ranstschen Gasse ein. Offenbar hatten es die Diebe auf Geld abgesehen; sie fanden solches jedoch nicht vor.

Zusammenstöße zwischen Motorwagen und Lastgeschirren erfolgten gestern nachmittag und gestern abend auf dem Westplatz, am Thomasring und auf der Kreuzung der Jahnstraße und Zschocherschen Straße. Personen sind dabei nicht verletzt worden, auch ist der dadurch entstandene Schaden an Material nicht erheblich.

Auf dem Georgiring wurde gestern ein 75 Jahre alter Lohgerber von einer Droschke umgerissen und leicht verletzt. Der Droschkenkutscher ist, da er den Mann nicht rechtzeitig angerufen hat, zur Anzeige gebracht worden.

In der Vornaischen Straße wurde gestern abend ein sechsjähriges Mädchen von zwei Radfahrern, die ein Tandem fuhren, überfahren und so schwer verletzt, daß das Kind vom Vater in das Kinderkrankenhaus gebracht werden mußte. Nach den Angaben von Augenzeugen trifft die Radfahrer kein Verschulden, da das Kind ihnen direkt in das Rad gelaufen sein soll.

Aus der Partei.

Die Einweihung des Liebknechtdenkmals ging am 1. Osterfeiertage in Berlin unter stürmischem Wetter vor sich. Alles, was in der Berliner Sozialdemokratie einen Namen hat, war morgens 9 Uhr auf dem Friedhof: Parteivorstand, Reichstagsfraktion, die sozialdemokratischen Stadtverordneten, die Männer vom Vorwärts, die Vertrauensleute und andere Parteibeamten Berlins und der Umgebung, sowie auch einige auswärtige Delegationen. Ebenso die Witwe unseres Toten und seine Söhne. Die Feier war kurz. Unter Leitung des Dirigenten Blobel stimmte ein aus Parteigenossen des sechsten Wahlkreises zusammengesetztes Quartett das Lieblingslied des Alten an: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben.“ Bei den ersten Tönen fiel die Hülle vom Denkmal. In einer halbstündigen stimmungsvollen Rede, deren Wirkung leider in dem Unwetter verloren ging, gedachte dann der Reichstagsabgeordnete des sechsten Wahlkreises, Genosse Ledebour, kurz alles dessen, was die Partei Liebknecht zu verdanken hat. Im Namen der Familie übernahm sodann Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht das Denkmal. Noch einmal ertönte Chorgesang und dann war die schlichte Feier zu Ende. Langsamen Schrittes zogen die gut tausend Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Festakts am Grabmal vorüber, das von einem herrlichen, von den sozialdemokratischen Frauen gestifteten Kranz geschmückt war.

Zur Denkmalseinweihung ging dem Vorwärts aus Brüssel folgendes Begrüßungstelegramm zu: „Der Kongreß der belgischen Sozialisten sendet der deutschen Sozialdemokratie zur Feier der Einweihung des Denkmals für den unvergeßlichen Genossen Liebknecht seine herzlichsten Grüße.“

Dem Genossen Zaul Singer ging folgende Zuschrift zu: „Im Namen des Internationalen Sozialistischen Bureaus bitten wir Sie, gelegentlich der Denkmals-Enthüllung der deutschen Sozialdemokratie unsere Teilnahme zu übermitteln. Sagen Sie den Parteigenossen, daß wir uns den Gefühlen der Dankbarkeit, die sie für unseren unvergeßlichen Liebknecht hegen, vollauf anschließen und daß diese Gefühle der Dankbarkeit und der Solidarität durch die Ihrem teuren Toten gewidmete Feier in uns von neuem befestigt werden. Hoch die deutsche Sozialdemokratie, Ehre dem Andenken ihres tapferen Soldaten Liebknecht, hoch die internationale Sozialdemokratie!“ Das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus zu Brüssel.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

j. **Entwicklung der Weltproduktion von Zucker seit 1853/54.** Die Entwicklung der Weltproduktion von Zucker seit der Campagne 1853/54 ist in nachstehender Zusammenstellung ersichtlich gemacht:

Campagne	Weltproduktion Rohrzucker	Rübenzucker	Gesammenge
	in Tons zu 2240 lb.		
1853/54	1 277 000	204 000	1 481 000
1855/56	1 202 000	241 000	1 443 000
1860/61	1 292 000	351 000	1 643 000
1865/66	1 417 000	627 000	2 044 000
1870/71	1 663 000	900 000	2 463 000
1875/76	1 590 000	1 348 000	2 938 000
1880/81	1 911 000	1 748 000	3 659 000
1885/86	2 289 900	2 229 973	4 519 873
1890/91	2 632 000	3 642 000	6 274 000
1895/96	2 969 811	4 285 429	7 255 540
1900/01	3 502 390	6 145 853	9 648 243
1901/02	3 850 000	6 860 000	10 710 000

Hiernach ist die Zuckerproduktion der Welt von 1 481 000 Tons im Jahre 1853/54 auf 10 710 000 Tons im Jahre 1901/02, d. i. um 623 Prozent, gestiegen; die Erzeugung von Rohrzucker hat um 201 Prozent, diejenige von Rübenzucker aber um 3268 Prozent zugenommen.

j. **Ueber den Beschäftigungsgrad in den sächsischen Braunkohlenbezirken** wird der Arbeitsmarkt-Korrespondenz von sachkundiger Seite über die Lage bei Beginn des neuen Vierteljahres geschrieben: Die ersten drei Monate des Jahres 1902 haben im sächsischen Braunkohlenbau ein gänzlich anderes Aussehen gezeigt als das vorangegangene Jahr; während im Jahre 1901 hier noch die volle Förderung innegehalten werden konnte, ist dies in dem verflossenen Teile des Jahres 1902 fast nirgends mehr der Fall gewesen. Es giebt hier Gruben und Brikettwerke, die wochenlang nur 6 Stunden täglich arbeiten ließen. Und wenn seit einiger Zeit die zehnstündige Schicht wieder eingeführt ist, so sind dafür andererseits jetzt Feierschichten allgemein gebräuchlich geworden. Im engeren Zeitzer Revier giebt es Gruben, die im Februar zehn Feierschichten einlegten, der März wird kaum weniger bringen, da der Absatz außerordentlich stockt. Rohkohle, Briketts und Naßpreßsteine liegen in niegesehener Fülle auf Lager, die Werke wissen nicht wohin damit. Daß wöchentlich nur fünf Tage gefördert wird, ist fast allgemeine Regel, im Zeitz-Weißenfels-Meuselwitzer Revier sind aber nicht wenige Gruben wöchentlich nur vier Tage voll im Betrieb. Infolge ihres höheren Brennwertes macht die böhmische Braunkohle der hiesigen scharfe Konkurrenz, besonders jetzt, wo auch die böhmischen Gruben unter starkem Absatzmangel im Inlande leiden, deshalb erheblich billigere Auslandpreise stellen. Am günstigsten ist die Lage noch im Leipziger Braunkohlenbecken, dort sind bisher noch fast alle Gruben ständig im Betrieb gewesen und haben ihre Förderziffer fortgesetzt erhöht. Die Gruben in der Lausitz dagegen befinden sich mit wenigen Ausnahmen in recht trauriger Lage. Feierschichten wechseln ab mit Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen. Diese finden schon auf den größten, bestfundierten Werken statt. So entließen die Zeitzer Solar- und Paraffinwerke etwa 200 Arbeiter; die Merschen-Weißenfelser Braunkohlenwerke kündigten im März namhafte Belegschaftsteile; auch die Riebeckschen Montanwerke nahmen Kündigungen vor. Auf den Gruben im engeren Haller Bezirk stehen dem Vernehmen nach größere Arbeiterentlassungen bevor, wenn nicht bald ein Umschwung zum Besseren eintritt. Vielfach sind die Belegschaften vor die Alternative gestellt worden: entweder Lohnabzüge oder Kündigungen. Die bloße Androhung der Kündigung hat genügt, die Belegschaften zur stillschweigenden

Kleine Chronik.

Leipzig, 2. April.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Donnerstag Es lebe das Leben, im Alten Theater die Operette Jadwiga wiederholt.

Am Freitag gelangt im Neuen Theater die Oper Luise, im Alten Theater Alt-Heidelberg zur Aufführung.

Für Sonnabend ist im Neuen Theater Jadwiga angesetzt, im Alten Theater geht erstmalig das heitere Phantasiespiel in vier Akten Das Ewig-Weibliche von Robert Misch in Scene. Die Besetzung der Hauptrollen ist die folgende: Lysander, Feldherr der Hellenen: Herr Taeger; Manes, sein Waffenknecht: Herr Hänseler; Antiope, Königin der Amazonen: Fräulein Laue; Lampito, ihre Ministerin: Fräulein Dalldorf; Myerho, Palastkommandantin: Fräulein Mancke. Die Regie führt Herr Regisseur Hänseler.

Fräulein Lilli Lehmann-Kaltsch, die berühmte Sängerin, wird nach einer längeren Reihe von Jahren wieder auf unserer Bühne erscheinen und ein zwei Abende umfassendes Gastspiel absolvieren. Die ausgezeichnete Künstlerin wird am Sonnabend den 12. d. M. die Donna Anna im Don Juan und am Dienstag den 15. d. M. die Brünnhilde in der Götterdämmerung singen.

Von Donnerstag bis Sonnabend mittag 1 Uhr können die Abonnenten in den Stunden von 10—1 Uhr in Ausübung ihres Vorkaufsrechts nach Maßgabe der vorhandenen Plätze die Billets für die am Mittwoch den 9. April bei aufgehobenem Abonnement im Neuen Theater stattfindende Studentenaufführung der Räuber (mit Adalbert Matkowsky, Rosa Poppe, Max Grube und anderen hervorragenden Künstlern als Gästen) an der Tageskasse des Neuen Theaters in Empfang nehmen. Am Sonntag beginnt von ½11 bis 3 Uhr der Vorverkauf der Billets (ohne Aufgeld).

= **Eine große Operntruppe**, bestehend aus 75 Personen, Solisten, Chor und Ballett, die zur Zeit in Triest gastiert, kommt, wie ein Dresdener Blatt berichtet, im Mai nach Berlin und für Juni nach Dresden und Leipzig.

kw. **Ueber den schon länger geplanten Umbau des Hoftheaters zu Darmstadt** ist den Landständen eine Regierungsvorlage zugegangen, welche die Zustimmung der Kammern zur Entnahme eines Betrages von 403910 Mk. aus dem Domänenacquisitionsfonds nachsucht. Der ganze Umbau ist auf 756000 Mk. veranschlagt und soll nach den Plänen der Bauräte Fellner und Helmer in Wien vorgenommen werden. Die Stadt Darmstadt soll zu dem Umbau einen Beitrag von 65000 Mk. leisten. Die Zahl der jetzt vorhandenen Zuschauerplätze (1242) soll um 400 vermehrt und die Feuersicherheit der ganzen Anlage bedeutend erhöht werden.

= **Die elektrische Uhr.** Aus der Schweiz wird der Frankfurter Zeitung berichtet: In den Neuenburger Uhrmacherkreisen spricht man von einer Erfindung, die in der Uhrenindustrie Epoche machen dürfte. Sie ist nicht allerneuesten Datums, aber der Erfinder, David Perret in Marin (Neuenburg), der sich in den wichtigsten Staaten Patente verschaffte, wartete bis zur Stunde, um seine neue elektrische Uhr dem Handel zu übergeben. Diese unterscheidet sich von den anderen Uhren dadurch, daß sie jahrelang (man spricht von 15 Jahren) läuft, ohne daß es nötig ist, sie aufzuziehen. Die Uhr soll sich auch durch ihre Genauigkeit auszeichnen. Beobachtungen auf Observatorien sollen ergeben haben, daß sie im Tag höchstens sieben Hundertstel Sekunden variere. Ein neuestes Modell habe in drei Wochen überhaupt keine Veränderung gezeigt.

= **Ein Volk im Urzustand** sind die indischen Yanadis, deren Beschreibung das letzte Bulletin des Museums in Madras gewidmet ist. Auch das Feuer gewinnen sie noch auf die denkbar ursprünglichste Art. Sie nehmen zwei Holzstäbe, einen kurzen und einen langen. In jenen wird ein viereckiges Loch gemacht, dann wird er auf den Boden gelegt und der längere Stock schnell in dem Loch hin- und hergedreht. Zur Herstellung des Feuers wird irgend ein Lumpen oder auch getrocknete Blätter benutzt, denen sich die durch Reibung erzeugte Hitze mitteilt. Die Yanadis haben noch alle Eigenschaften der Dschungelvölker und stehen auf dem Standpunkt des ältesten Steinzeitalters. Sie besitzen keinerlei künstliche Geräte, keine Denkmäler, ihre Religion besteht in einer Tierverehrung, ihre Nahrung erwerben sie durch Jagd und Fischerei, und sie essen das Fleisch des Wildes, das sie erlegen, fast gänzlich roh. Eigentümlich ist die Furchtlosigkeit gegenüber den Giftschlangen. Sie suchen die Brillenschlangen in ihren Verstecken auf und fangen sie, ohne sich vor ihren Giftzähnen in acht zu nehmen. Angeblich schützen sie sich gegen die Folgen der Schlangenbisse dadurch, daß sie den Schlangen die Giftdrüsen auslösen und diese verschlucken.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ertragung der Lohnabzüge gefügig zu machen. Der Heuerlohn ist im sächsischen Braunkohlenrevier durchschnittlich von 4.50 auf 3.20—3.50 Mk. für die zehn- bis elfstündige Schicht herabgedrückt. Tagesarbeiter und weibliche Arbeiter erhalten im allgemeinen heute nur noch 2.50—1 Mk. Vielfach ist es hier üblich, einen „Normallohn", z. B. 3.50 Mk. für Heuer, anzurechnen und ihm eine gewisse Zahl gelieferter Wagen gleich zu setzen. Was mehr geliefert wurde, kam als „Prozent" oder Accordzuschlag zur Auszahlung. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Arbeiter erhalten nur noch den „blanken Schichtlohn", die Förderung mag noch so sehr das Mindestmaß übersteigen. Ueberdies ist das Mindestmaß (an Wagenzahl) hinauf-, der „Normallohn" herabgesetzt. Wie in allen großindustriellen Betrieben, sind auch hier die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen, und es herrscht eine enorme Mietesteigerung. Das wird jetzt bei einem um 30 bis 40 Prozent gesunkenen Einkommen von den Arbeitern und den Geschäftsleuten, deren Kunden sie sind, doppelt schwer empfunden.

Rübenzucker-Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika in der Campagne 1901/02. In der Campagne 1901/02 sind nach einem beim Landwirtschaftsdepartement in Washington eingegangenen Berichte im Gebiete der Vereinigten Staaten von Amerika 185000 Tonnen Rübenzucker gewonnen worden, 140 Proz. mehr als in der vorigen Saison, deren Ertrag sich nur auf 77000 Tonnen gestellt hatte. Während nach dem Censusberichte im Jahre 1900 31 Zuckerfabriken in der Union vorhanden waren, eröffneten elf neue den Betrieb im Jahre 1901. Im Jahre 1902 werden ferner neun jetzt im Bau begriffene Fabriken die Arbeit aufnehmen, und zwar in Sebewang, Carrollton, Mount Clements und Croswell im Staate Michigan, in Shelby (Indiana), in Greely, Eaton und Fort Collins (Colorado) und in Phoenix (Arizona). Die Leistungsfähigkeit dieser neun Anlagen beträgt pro Tag 500 bis 1000 Tonnen; eine tägliche Ausbeute von 1000 Tonnen soll aber nur die Fabrik in Phoenix erzielen. Eine große Reihe neuer Gesellschaften für Rübenzuckerfabrikation hat sich in letzter Zeit mit einem Gesamtkapital von 49 Millionen Dollars gebildet. Diese, namentlich in Michigan, Wisconsin, Colorado, Californien und Iowa zu erbauenden Fabriken sollen jährlich für 14700000 Dollars Rüben zu verarbeiten im stande sein.

Sozialpolitisches.

Genossenschaftswesen in Rußland. Eine Großeinkaufsgesellschaft der russischen Konsumvereine ist kürzlich in Petersburg nach dem Muster der englischen Grosseinkaufsgesellschaft gegründet worden. Die Konsumvereine, die Mitglieder des Verbandes werden wollen, sind verpflichtet, für je 20 Mitglieder einen Anteil von 100 Rubel (zirka 215 Mk.) einzubezahlen. Auch in Finnland beginnt das Genossenschaftswesen Fortschritte zu machen. Außer in Helsingfors hat sich jetzt auch in Malm ein Konsumverein gegründet, welcher dieser Tage sein eigenes Haus bezogen und am 3. Februar d. J. eröffnet hat. Die Geschichte dieser Genossenschaft erstreckt sich erst über ein Jahr. Das Gebäude enthält einen großen Laden, einen Lagerraum, zwei Zimmer und Küche für den Vorsteher und ein Gastzimmer. Dazu vier große Keller. Der Handel erstreckt sich auf Kolonialwaren, Fleisch, Fisch, Delikatessen, Eßwaren, Kraftfutter, Eisenwaren und Mehl. Außerdem ist man daran, eine Wurstfabrik einzurichten.

Gewerkschaftliches.

W. Beuthen, O.-S. Der absolute Mangel eines Versammlungslokales hat die Führer der oberschlesischen Arbeiterbewegung bewogen, einen Saalbauverein als Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu gründen. Diese Gründung trifft zusammen mit neuem frischem Leben in der Gewerkschaftsbewegung, das sich insbesondere in der Gründung eines Gewerkschaftskartells in Kattowitz zeigte, des ersten Gewerkschaftskartells in Oberschlesien.

100 Textilarbeiter in Crimmitschau ausgesperrt! Die Spinnereiarbeiter der Firma H. Schönfeld versuchten vorige Woche eine Lohnzulage von sage und schreibe 50 Pfg. pro Woche zu erhalten. Eine Deputation von Arbeitern jedoch, die sich zum Chef begab, um mit ihm zu verhandeln, wurde im wahren Sinne des Wortes zur Thür hinausgeworfen! Als ihm dann ein Schriftstück, das von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unterschrieben war, überreicht wurde, riß dieser „humane" Arbeitgeber die Thüre auf und warf das Schreiben hinunter in den Hof. Richtig bewertet wird dieses unerhörte Verhalten jedoch erst durch folgendes: Bisher betrugen die von dieser Firma gezahlten Löhne für Andreher pro Woche 8.75 Mk. (!) und für Ausleger 9.25 Mk. Weil also die Arbeiter die Kunst, mit solchen Löhnen zu leben, nicht mehr verstanden oder verstehen wollten, wurden sie am Sonnabend, früh 10 Uhr, sämtlich aufs Pflaster geworfen! Bemerkt sei noch, daß es dieselbe Firma Schönfeld ist, die vor einigen Wochen dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Jäckel wegen angeblicher Beleidigung 14 Tage Gefängnis zudiktieren ließ und ihn so um sein Mandat brachte. Zuzug nach Crimmitschau ist streng zu vermeiden.

Kanonenkönig Krupp und seine Arbeiter. Unter den Arbeitern Krupps herrschte seit einiger Zeit eine große Erregung. In der Schmiede SS war eine neue Arbeitsordnung eingeführt worden, durch welche die Arbeiter beschränkt wurden, ihr Mittagessen einzunehmen. Man wandte sich telegraphisch und dann in einer längeren Eingabe an den in Capri weilenden Geheimrat Krupp, um eine Abänderung der Arbeitsordnung herbeizuführen; die Antwort lautete ablehnend. Nun wurden Massenversammlungen in Essen, Altendorf und Rüttenscheid einberufen und übereinstimmend eine Resolution angenommen, in welcher bedauert wird, daß die Eingabe nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe. Es folgte eine Aufforderung zu gewerkschaftlicher Organisation, um den Uebergriffen einzelner Werkführer einen Damm entgegenzusetzen. Endlich wurde erklärt, daß die Zahlung der Beiträge zu den sogen. Wohlfahrtseinrichtungen einer gesetzlichen Regelung unterworfen werden müßten. — Jetzt nach seiner Rückkehr hat Krupp mit fünf seiner Arbeiter über drei Stunden lang konferiert, um die Ursachen der Unzufriedenheit zu erfahren. Die Anordnung betreffs der Schichtdauer ist bereits rückgängig gemacht. Auch unter den Kruppschen Arbeitern beginnt es zu tagen!

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Urabstimmung über Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die in den letzten Tagen in der Gewerkschaft vorgenommen wurde, ergab die Annahme derselben mit etwa 800 Stimmen Majorität. An der Abstimmung beteiligten sich von 70000 Mitgliedern nahezu 49000.

Ein Generalausstand der Hafenarbeiter, dem sich auch die Heizer der ungarischen Schiffahrtsgesellschaft Adria angeschlossen haben, ist in Fiume ausgebrochen. Bei den Hafenbauarbeiten wird infolge der Bewilligung einer Lohnerhöhung die Arbeit fortgesetzt. Der Personenverkehr zwischen Fiume und Abbazia wird aufrecht erhalten. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen; die Mehrzahl der Arbeiter hat sich, um solche zu vermeiden, in die benachbarten Ortschaften zurückgezogen. Nachmittags wurde von kleineren Gruppen versucht, Ausgleichsverhandlungen anzubahnen.

Frieden in der belgischen Diamantenindustrie. Aus Amsterdam wird unterm 2. d. M. gemeldet: Dem Komitee, das sich am 14. März gebildet hat, um den Frieden in der Diamantenindustrie wieder herzustellen, ist es gelungen, die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Zwistigkeiten beizulegen. Ein entsprechendes Protokoll ist gestern abend abgefaßt und von beiden Teilen unterzeichnet worden. Die Aussperrung der Arbeiter ist damit aufgehoben und die Arbeit kann heute wieder aufgenommen werden.

Bauhandwerkeraussperrung in Halberstadt. Am Sonnabend abend wurden laut gedruckter schwarzer Liste 233 Maurer, 119 Zimmerer und 119 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt. Interessant ist, daß die Verfasser der schwarzen Liste, auf diese sogar Leute geschrieben haben, welche seit zwei Monaten an anderen Orten arbeiten. Die Aussperrung erfolgte nur bei Arbeitgebern, welche dem Arbeitgeber-Verbande angehören. Beschäftigt sind noch bei den nicht organisierten Unternehmern 60 Maurer, 2 Zimmerer und 20 Bauhilfsarbeiter.

Kopenhagen, 1. April. Der hiesige Dampfschiffs-Rhederverein, der die Uebereinkunft mit dem Seemannsverband zum 1. April gekündigt hatte, teilte heute den Seeleuten mit, die Rheder wünschten keine neue Uebereinkunft, sondern hätten von heute ab gültige Verheuerungsregeln festgesetzt. Der Transportarbeiterverband, zu dem Seeleute, Schiffsheizer und Hafenarbeiter Kopenhagens, sowie mehrerer anderer Städte gehören, wird heute abend eine Versammlung abhalten, um über die Stellung der Arbeiter zu den Rhedereien zu beraten.

Von Nah und Fern.

Sportsunfälle.

Berlin, 2. April. Das gestrige Rennen in Carlshorst ist äußerst tragisch verlaufen. Schon beim ersten Rennen stürzte auf dem vom Regen vollkommen aufgeweichten Boden Lieutenant Suermondt zweimal kopfüber, und Graf Königsmarck brach das Schlüsselbein. Beim 5. Rennen stürzte der Jockey Jerabek so unglücklich mit seiner Stute Harpune, daß Pferd und Reiter beide mit gebrochenem Genick liegen blieben; Jerabek war durch die Hufe des über ihm weggaloppierenden Rudels furchtbar zugerichtet; er hatte erst tags zuvor einen Fall gethan und sich dabei ein steifes Genick geholt.

Eine Ehetragödie.

Magdeburg, 1. April. Der Arbeiter Hinkeldei feuerte auf seine Frau vier Schüsse ab, verletzte sie lebensgefährlich und erschoß sich dann selbst. Den Grund zur That bildete die Ablehnung der Ehescheidung seitens des Gerichts. Die Frau war 28mal vorbestraft.

Eine Geistersitzung in — München.

)(**München,** 31. März. In einer hiesigen Vorstadt versammeln sich wöchentlich dreimal, meistens Sonntags, Dienstags und Donnerstags nachmittags von 2—6 Uhr in einer Privatwohnung ca. 18—20 „wissende" Damen aus verschiedenen Ständen, um gegen freiwillige Gaben durch das anwesende Medium auf spiritistischem Wege die Geister ihrer verstorbenen Lieben erscheinen, sie nach ihrem Befinden und Wünschen zu befragen und ihnen kurze Mitteilungen zukommen zu lassen. Der Cirkel der zu diesen Sitzungen Zugelassenen ist ein sehr beschränkter und wird als Mitglied hierin nur jemand aufgenommen, dessen Verhältnisse durch die Vermittlungsperson dem Medium auf das genaueste bekannt sind, und dessen Stillschweigen und Gläubigkeit an der spiritistischen Kunst des Mediums für letzteres außer allem Zweifel steht. So verlangte jüngst in einer Sitzung die Witwe eines hier verstorbenen Baumeisters den Geist ihres „Seligen" zu sprechen. Die Gläubige hatte nämlich begründeten Anlaß, daß der Herr Gemahl infolge eines etwas weltlichen Lebenswandels nicht direkt in die Seligkeit eingezogen sein könnte, sondern seine zeitlichen Verfehlungen vorerst noch im Fegefeuer zu büßen habe, weshalb sie auch für ihr dahingegangenes Ehegespons fleißig betete, Ablässe erwarb und auch Messen lesen ließ. Mit der Zeit nun wollte die Witwe doch auch wissen, wie weit eigentlich der Herr Gemahl noch bis zur Seligkeit habe, weshalb sie ihn auch durch das Medium auf die Erde, das heißt direkt in die „Sitzung", citieren ließ. Der Mann war noch im Tode, wie er es schon im Leben gewohnt gewesen, dem Worte seines Ehegesponstes folgsam und er — erschien sofort! Die zitternde Witwe ließ den Geist nun befragen, wie lange er noch zur „Seligkeit gebrauche", worauf die Stimme des Mannes antwortete, er sei bereits „in der Nähe der Lobpreisung angekommen!!" — Viel reservierter dagegen verhalten sich die Geister, wenn es sich um sogenannte „weltliche Dinge" handelt — das mußte die Frau eines hiesigen Geschäftsmannes zu ihrem Leide erfahren: dem Geschäftsmanne war vor geraumer Zeit eine größere Summe Geldes durch Diebstahl auf rätselhafte Manier abhanden gekommen und bis heute ist es noch nicht gelungen, irgend ein Anzeichen über den Verbleib des gestohlenen Gutes oder des Diebes zu erhalten. Dagegen war Frau Fama aufs eifrigste damit beschäftigt, alle möglichen und unmöglichen Kombinationen über die geheimnisvolle Affaire in die Welt zu setzen und sich nicht zu scheuen, bald laut, bald leise, die eigene Ehefrau oder die Kinder des Bestohlenen des Einbruches zu bezichtigen. Die Verdächtigte setzte alle Hebel in Bewegung, der Verleumdung auf den Grund zu gehen und die bösen Zungen gerichtlich zu belangen; allein, wo sie auch anpochte, mochte niemand etwas davon wissen, und die Frau blieb dem grundlosen Geschwätze schutzlos preisgegeben. In ihrer Herzensangst kam sie nun an eine „Wissende", welche ihr unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit ihren Verkehr mit den Geistern mitteilte. In diesem Momente war es für die Geschäftsfrau klar, daß nur die „Geister" den Dieb fangen könnten — koste es, was es wolle. Ein Versuch, sich gegen Geld und gute Worte in den „Geistercirkel" aufnehmen zu lassen, mißlang, da das Medium die Frau für nicht gläubig und zuverlässig genug erachtete; allein die „wissende" Freundin ließ in der nächsten Sitzung durch das Medium die Geister nach dem Diebe befragen. Diese teilten jedoch durch das Medium mit, daß sie auf weltliche Dinge grundsätzlich keine Antwort erteilten; allein, da Zureden auch bei Geistern hilft, ertönte auf eine neuerliche Anfrage die Antwort: „Nur Geduld, — die Sache wird sich bald aufklären!" Noch ein letzter Versuch, den Geist zur Antwort zu bewegen, ob der Dieb im Hause zu suchen sei, mißlang; denn der „Ueberirdische" ließ hierauf ein ärgerliches und energisches — — „Schluß" ertönen!!! — So geschehen zu München im Jahre des Heiles 1902.

Selbstmord aus Not.

Insterburg, 1. April. Rechtsanwalt Lackner und seine Gattin sind vergangene Nacht infolge einer Vergiftung durch Kohlendunst erstickt.

Minenexplosion.

Dayton (Ohio), 1. April. Durch eine Entzündung von Kohlenstaub infolge Gasausströmung erfolgte in einer Mine eine Explosion, durch welche 22 Personen getötet wurden.

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung.

s. **Meißen,** 2. April. Die Landesversammlung beschloß, das Centralkomitee in Dresden zu belassen. Die nächste Landesversammlung findet in Mittweida statt.

Wolffs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Bern, 2. April. Der Nationalrat hat Oberst Meister in Zürich zum Präsidenten gewählt.

Moskau, 2. April. Nach Mitteilungen der Blätter war die Hauslehrerin Allart, die dem Oberpolizeimeister Trepon in dessen Arbeitszimmer erschießen wollte, wegen Teilnahme an den Februarunruhen in Haft genommen. Vor drei Tagen war sie auf Veranlassung des Oberpolizeimeisters ihres krankhaften Zustandes wegen auf die Bitte ihrer Mutter aus der Haft entlassen worden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der Gasthof Goldener Stern zu Sommerfeld steht den Arbeitern auch nach dem kürzlich eingetretenen Besitzwechsel zur Verfügung. Die Arbeiter wollen dies bei eventl. Ausflügen berücksichtigen. Mehrere Arbeiter.

Briefkasten der Redaktion.

F. B. 25. Wir geben Auskunft in Rechtsfragen. Leider mangelt es uns aber noch an einem Universalgenie, das rein geschäftliche Fragen, wie Sie sie stellen, zu beantworten im stande wäre. Wir verstehen weder etwas von der Herstellung noch von dem Handel des „Hühnereier-Albumins". Auch die Preise, die Gerbereien für Eigelb zahlen, sind uns unbekannt.

R. M., Oetzsch. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. Unentgeltlichen Rechtsbeistand zur Führung Ihres Prozesses können wir Ihnen aber auch nicht nachweisen.

Auskunft in Rechtsfragen.

Streitköpfe 100. Schon einmal beantwortet. Das richtet sich nach der dort bestehenden Instruktion, die wir nicht kennen, die Sie aber von Ihrem Gemeindevorstand oder einem Mitglied des dortigen Gemeinderates erfahren können.

B. J., Merseburger Straße. Wenden Sie sich schriftlich an Stadtrat Hentschel, Armenamt, Rathausring.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch den 2. April: 85. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün):

Der Freischütz.

Romantische Oper in 4 Akten von Friedr. Kind.
Musik von C. M. v. Weber.

Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Porter.

Ottokar, böhmischer Fürst	Hr. K. Groß
Kuno, fürstlicher Erbförster	Hr. Fricke
Agathe, seine Tochter	Frl. Weidt
Aennchen, seine Verwandte	Frl. Gardini
Kaspar } Jäger	Hr. Schelper
Max } Jäger	Hr. Moers
Kilian, ein reicher Bauer	Hr. Marion
Samiel, der schwarze Jäger	Hr. Henning
Ein Eremit	Hr. Schütz
Brautjungfer	Frl. Untracht, Sarty
Erster } Jäger	Hr. Benger
Zweiter } Jäger	Hr. Schumm

Fürstliche Jäger und Gefolge. Bauern und Bäuerinnen. Musikanten. Brautjungfern.

Zeit der Handlung: Kurz vor Beendigung des dreißigjährigen Krieges. Pausen nach dem 2. und 3. Akt.

Einlaß ¼7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach ¼10 Uhr. Opern-Preise.

Spielplan: Donnerstag: Es lebe das Leben. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Luise. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Jadwiga. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Mittwoch den 2. April:

Das süße Mädel.

Operette in 3 Akten von Alexander Landesberg und Leo Stein.
Musik von Heinrich Reinhardt.

Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Meyer.

Graf Balduin Liebenburg	Hr. Franz Groß
Lizzi, seine Nichte	Frl. Kießling
Graf Hans Liebenburg, sein Neffe	Hr. Sturmfels
Lola Winter	Fr. Stegmann-Wolf
Florian Lieblich, Maler	Hr. Gutzall
Fritzi Weiringer	Frl. Linda
Prosp. Plewny, Sekretär des Grafen Liebenburg	Hr. Heine
Anatole, Max, Felix } Maler, Freunde des Hans	Hr. Bärwinkel, Hr. Scholz, Hr. Mehlhorn
Mizzi, Kitty } Modelle	Frl. Pohle, Frl. Sarta
Klapper, Diener des Grafen Liebenburg	Hr. Greiner

Zeit: Gegenwart. — Ort der Handlung: 1. Akt bei Graf Hans in Wien. 2. u. 3. Akt auf dem Gute des Grafen Liebenburg in Oberösterreich.

Einlaß ¾7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende nach ¼11 Uhr. Gew. Preise.

Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billet-Vorverkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr an der Tageskasse (mit Aufgeld von 30 Pfg. pro Billet).

Spielplan: Donnerstag: Jadwiga. Anfang ½8 Uhr. — Freitag: Alt-Heidelberg. Anfang ½8 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal: Das Ewig-Weibliche. Anfang ½8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Grüne Erbsen mit Schwarzfleisch.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Möhren u. Kartoffeln mit Schöpsenfl.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 1. April 1902.
(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto still	inländischer	171—177 bez. Brf.
	ausländischer	175—180 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto still	inländischer	144—148 bez. Brf.
	ausländischer	150—154 Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Braugerste hiesige	145—160 bez. Brf.
	Mahl-u. Futterware	132—142 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto still	inländischer	158—166 bez. Brf.
	ausländischer	— —
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	— —
	runder	126—130 bez. Brf.
	Cinquantin	134—142 bez. Brf.
Oelsaat per 1000 kg netto	Raps	— —
Rapskuchen p. 100 kg netto		— —
Rüböl rohes p. 100 kg netto frei Haus hier ohne Fass geschäftslos	flüssiges	55,75 nominell

Ausseramtlich:

Malz per 100 kg netto	loco	26—28	
Wicken per 1000 kg netto	loco	190—200	
Erbsen per 1000 kg netto	loco grosse	220—230	
	„ kleine	190—200	
	„ Futter	170—190	
Bohnen per 100 kg netto	loco	18—20	
Kleesaat per 100 kg netto	rot nach Qualität	60—100	feinste Qualität höher
	weiss nach Qualität	60—200	
	gelb nach Qualität	40—46	
	schwed. n. Qualität	120—160	

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:

Weizenmehl Nr. 00 24,50		Roggenmehl per 100 kg exkl. Sack	Nr. 0 } 20,50 „ I }
per 100 kg exkl. Sack	„ 0 22,00—23,00		„ II 14,00—14,50
	„ I 19,00—19,50		
	„ II 17—17,50 M.		Roggenkleie Mk. 10.25—10.75 per 100 kg. exkl. Sack
Weizenschalen 9,50—9,75 M.			

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsens.

s. **Meißen**, 1. April 1902.

Auf dem kleinen Bahnhofe der Stadt Meißen trafen in den ersten Vormittagsstunden mit den aus Leipzig und Dresden eintreffenden Zügen die Delegierten aus allen Teilen des Landes ein. Meißener Genossen und die am Tage vorher eingetroffenen auswärtigen Delegierten begrüßten die Ankommenden, worauf man sich in Trupps durch enge Gassen nach dem im Stadtteil Cölln gelegenen Kongreßlokale, dem Gasthof zur Weintraube, begab. Hier entwickelte sich bald ein reges Leben. Alte Genossen begrüßten sich einander mit sichtlicher Freude; jüngere wurden den alten vorgestellt und bald war man im lebhaften Meinungsaustausch über die mannigfachen Erlebnisse im letzten Kampfesjahre.

Der kleine einfache Saal zur Weintraube war von den Genossen Meißens in geschmackvoller Weise dekoriert worden. Grüne Guirlanden und rote Draperien schmückten die Wände. Der Orchesterraum, wo das Bureau Platz nahm, war ebenfalls rot ausgeschlagen worden. Zu beiden Seiten dieses Raumes grüßten über Büsche grüner Pflanzen die Büsten von Liebknecht und Marx; daneben hing lang von der Decke herab ein rotes Banner mit der Inschrift: „Unser die Zukunft. Unser der Sieg." An der einen Wand schaute aus dunklem Rahmen ein lebensgroßes Porträt Lassalles auf die Versammlung herab. Daneben sind die bekannten zu Schlagworten verdichteten Geistesblitze auf geschmackvollen Plakaten zu sehen. „Wissen ist Macht, Durch Kampf zum Sieg, Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben steigt hervor aus den Ruinen". Diese und andere Sinnsprüche sind in roter und schwarzer Schrift an den Wänden zu bemerken.

Etwa eine Viertelstunde nach der festgesetzten Zeit eröffnet Genosse Schmidt-Meißen die Landeskonferenz. Er ruft den Delegierten ein herzliches Willkommen zu. Das alte Meißen, so sagt er, sieht viele Gäste in seinen Mauern, doch Sie sind uns ganz besonders liebe Gäste. Mit Euch fühlen wir uns verbunden durch gleiches Streben und gleiche Ideale. Darum heißen wir Sie ganz besonders herzlich willkommen. Ich hoffe, daß Sie den Eindruck von uns mit fortnehmen, daß in Meißen die Arbeiterbewegung eine Stätte gefunden hat. Befinden Sie sich auch nicht auf historischem Boden, so finden Sie doch das Streben nach unseren Zielen. Auch in Meißen hat das Sozialistengesetz, unter dem wohl die Meisten mitgefochten haben, seine Opfer gefordert. Die Meißener haben in der schweren Zeit ihren Mann gestellt und sind stets und mit Erfolg bestrebt gewesen, aus dem kleinen Häuflein der damaligen Zeit eine festgeschlossene kräftige Organisation zu schaffen. Mögen heute auch die Meinungen auseinanderplatzen, so werden doch aus den Auseinandersetzungen unsere Bestrebungen geläutert hervorgehen und die Verhandlungen der Partei Sachsens zum Heile gereichen.

Die Bureauwahl geht nicht so ganz glatt vor sich. Die Genossen Kaden und Motteler, die zuerst vorgeschlagen werden, lehnen ab. Danach wird, nachdem auch Genosse Riemann-Chemnitz verzichtet hat, Genosse Lorenz-Chemnitz zum Vorsitzenden gewählt, zweiter Vorsitzender wird Genosse Schmidt-Meißen und zu Schriftführern werden gewählt: Langer-Chemnitz, Riem-Dresden und Kressin-Leipzig.

Der Vorsitzende begrüßt den aus dem Exil zurückgekehrten Genossen Moteller und gedenkt der verstorbenen Genossen Müller-Reichenbach, Schoenlank und Jacob-Leipzig. Die Delegierten ehren das Gedächtnis der toten Kämpfer durch Erheben von den Plätzen.

In die Wahlprüfungskommission werden die Genossen Langenstein, Otto, Riebel, Uehmann und Gerlach gewählt.

Bei Festsetzung der Tagesordnung weist Genosse Sindermann auf den Antrag der Chemnitzer Genossen hin, die Gemeinderatswahlen mit zum Gegenstand der Verhandlungen der Landeskonferenz zu machen. Dieser Antrag wird ohne Diskussion angenommen und Genosse Riemann-Chemnitz zum Referenten bestimmt. Im übrigen wird die Tagesordnung nach dem Vorschlage des Centralkomitees genehmigt.

Darauf wird in den ersten Punkt der Tagesordnung

Bericht des Centralkomitees

eingetreten.

Genosse **Sindermann** (Berichterstatter):

Parteigenossen! Obwohl die so viel besprochene Petitionsangelegenheit nicht zum Bericht des Centralkomitees gehört, so will ich sie doch hier zur Sprache bringen, weil man überall das Centralkomitee dafür verantwortlich gemacht hat. Aus den Erklärungen des Genossen Lebius ergiebt sich ja schon, daß das Centralkomitee nichts mit der Sache zu thun hat. Es ergiebt sich daraus ferner, daß in den Parteizeitungen ein Entwurf erschienen ist, dem auch der Genosse Thieme sowie meine Wenigkeit fernsteht. Das Zustandekommen der Petition ist folgendes: Eine Anzahl Parteigenossen von Dresden verlangten vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, daß eine Wahlrechtspetition an den Landtag gesandt würde, um den Landtag selbst zu einer Erklärung in Bezug auf das Dreiklassenwahlsystem zu veranlassen. Wir im Vereinsvorstand sagten uns, daß das geradezu notwendig ist; wenn man auf der einen Seite eine Agitation gegen das Dreiklassenwahlsystem betreiben will, muß man auf der anderen Seite bemüht sein, den Landtag selbst in dieser Frage zu einer Stellungnahme zu drängen. Das Votum des Landtages, welches für uns alle nicht zweifelhaft sein kann, würde mitbestimmend auf die Agitation wirken. Deshalb wurde eine Petition an den Landtag beschlossen. Ich beauftragte nun den Genossen Lebius, welcher damals als Berichterstatter im Landtag mit thätig war, mir die stenographischen Berichte von den Verhandlungen zu verschaffen, in denen das Dreiklassenwahlunrecht zum Gesetz erhoben wurde. Genosse Lebius verschaffte mir nicht nur diese Berichte, sondern er glaubte auch, mir einen großen Gefallen zu erweisen, wenn er gleich die ganze Petition fertig machte. Ich ließ daher, ohne sie im Manuskript gelesen zu haben, mehrere Abzüge herstellen, um sie der nächsten Vorstandssitzung vorzulegen, die endgültig darüber beschließen sollte. Nun bekam ich zum Unglück den Gelenkrheumatismus, der mich einige Tage an das Zimmer fesselte, und während dieser Zeit versendet Genosse Lebius den Petitionsentwurf an unsere Parteiblätter. Er war in dem guten Glauben, weil ich ihm den Auftrag über die Beschaffung der stenographischen Berichte gegeben, die Petition solle vom Centralkomitee ausgehen und deshalb hatte er die Namen Schulze und Sindermann darunter setzen lassen. Als ich den Entwurf durchlas, vermißte ich die strikte Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht. Ich änderte alsdann mit dem Genossen Thieme zusammen den Wortlaut der Petition und sendete sie am 5. März dem Landtage ein. Nun haben die Parteigenossen den unkorrigierten Entwurf gelesen und weil sie die strikte Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht nicht feststellen konnten, sind sie unberechtigterweise über das Centralkomitee hergefallen. Die Redaktionen der Volksstimme sowie des Sächsischen Volksblattes mußten wissen, daß das Centralkomitee erst die Zustimmung der vier Agitationskomitees eingeholt hätte, wenn die Petition von ihm ausgegangen wäre. Sie mußten auch ferner wissen, daß ich dann die Abzüge mit entsprechenden Begleitschreiben an sie eingesandt haben würde, genau wie bei allen Aufrufen, Bekanntmachungen und Berichten, die vom Centralkomitee ausgehen.

Nun zur eigentlichen Petition, die von dem Genossen Thieme und mir an den Landtag gesandt wurde. Der Wortlaut derselben, der vielleicht vielen nicht bekannt ist, ist folgender. Der Redner verliest die Petition und fährt fort: Betrachten wir nun die Petition von der taktischen Seite. Es ist klar, daß unsere Agitation darauf gerichtet sein muß, daß das bestehende Wahlunrecht beseitigt wird. Die Masse des sächsischen Volkes hat keinen Einfluß auf den Landtag mehr, das beweisen nicht nur die Zahlen bei den Wahlen innerhalb der letzten sechs Jahre, sondern das beweist die Thätigkeit des Landtags ganz besonders bei der Finanz- und Steuerreform. Ist es dann nicht vorteilhaft für uns, wenn wir in Wort und Schrift beim Volke selbst darauf hinweisen können: „Seht doch, die Lasten werden immer größer, Rechte giebt man Euch keine, unsere Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht ist uns vom Landtag abgeschlagen worden, damit ist dokumentiert, daß die Vertreter der Besitzenden unter sich sein wollen, um über die Steuergroschen des Volkes frei zu verfügen. Ihr sollt in der Rechtlosigkeit noch größere Pflichten gegenüber dem Vaterlande erfüllen!" Und wird uns das Votum des Landtags nicht ungeheure Dienste bei den nächsten Reichstagswahlen leisten? Schon jetzt, wo die Steuerzahler den 50prozentigen Zuschlag bezahlen müssen, wird man da nicht am besten das Wirken der Arbeitervertreter im Landtag vermissen? Und durch die Ablehnung der Forderung in der Petition wird die Masse des Volkes wiederum erkennen, wo man ihre Interessen vertritt und wo man ihre Rechte zertritt. Ich glaube, eine unangenehmere Petition ist noch nicht an die durch das Dreiklassenwahlsystem Erwählten herangetreten! Aber auch die reaktionäre Presse fällt über die Petition her und erklärt, dabei dem Landtage einen Wink gebend, daß niemals das Wahlrecht im Sinne des Herrn Sindermann und Genossen geändert werden dürfte. Und da sollten wir einen taktischen Fehler begangen haben durch die Absendung unserer Forderungen? Wir sind stets auf dem richtigen Wege, wenn unsere Gegner über uns schimpfen. Dabei kann ich auch die denunziatorischen Auslassungen unseres Centralorgans, des Vorwärts in Berlin, übergehen, welcher schrieb, daß man die Petition überhaupt nicht erörtern würde im Plenum des Landtags, weil sie Beleidigungen enthalte. Dieser Wink hätte jedenfalls einem sächsischen Amtsblattredakteur, der sich nach oben hin in empfehlende Erinnerung bringen will, alle Ehre gemacht, aber für unser Centralorgan bedeuten sie eine Schande! Jener Genosse, der diese Worte geschrieben hat, kann auch ein objektives Urteil über den Inhalt der Petition kaum besitzen nach einer solchen Gegenleistung! In principieller Hinsicht deckt sich die Forderung an den Landtag vollständig mit unserem Programm. Ich gebe zu, daß man das Verlangen nach dem Proportionalsystem hätte mehr betonen können. Aber wer objektiv, ohne Wortklauberei, die Petition beurteilt, wird nichts an ihr finden, was zu taktischen oder principiellen Ausstellungen veranlassen könnte. Man könnte noch einwenden, daß einzelne Parteigenossen oder Wahlkreis- und Lokalorganisationen gar nicht das Recht hätten, solche Petitionen abzusenden. Doch davon steht durchaus nichts in unserer Bibel, das Organisationsstatut läßt jedem hier freien Spielraum, und das halte ich auch für selbstverständlich. Vor einigen Jahren ist schon von anderen Genossen eine solche Petition an den Landtag gerichtet worden, kein Mensch hat behauptet, daß dies nicht zulässig sei. Das Centralkomitee als solches bitte ich bei der Besprechung dieses Punktes aus dem Spiel zu lassen, die Verantwortung für die Petition fällt mir zu, ich übernehme sie gern.

Zum Bericht des Centralkomitees habe ich noch zu bemerken, daß unser Arbeitspensum im verflossenen Jahre eine wesentliche Steigerung erfahren hat. Der Kampf gegen den Brotwucher, die Brotwucher-Petition an den Reichstag und endlich die Landtagswahlen haben dafür gesorgt, daß wir nicht einrosten konnten. Es waren allein an Korrespondenzen zu erledigen: 472 Eingänge und 568 Ausgänge! Das ist bedeutend mehr als selbst im Jahre 1898, wo die Reichstagswahlen stattfanden. Wir waren in der glücklichen Lage, diese Arbeit glatt auszuführen. Beschwerden sind über unsere Thätigkeit nicht eingegangen und wenn doch der eine oder andere von Euch mit unserer Thätigkeit nicht einverstanden sein sollte, so ist ja hier der rechte Platz, um uns aufs Dach zu steigen.

Beyer-Leipzig: Was die Petition anbetrifft, so liegt die Sache meiner Ansicht nach so: Die Petition war als solche entschieden ein Fehler. Ich halte sie auch für ungeeignet zur Verhandlung im Landtage und zur Agitation. Einige Teile mögen ja ganz gut sein, andere Punkte erwecken dagegen den Eindruck, wenn nicht den eines Liebesbriefes, so doch eines Bittgesuches. Solche Bittgesuche dürfen aber weder von einzelnen Parteigenossen noch von Parteiorganisationen abgesandt werden. Alle derartige Aktionen müssen vielmehr im Einverständnis mit der Gesamtpartei ins Werk gesetzt werden. Wenn es zu spät war, die Zustimmung der Landeskonferenz einzuholen, so hätte man sich doch wenigstens die Einwilligung der Agitationskomitees sichern müssen (Zustimmung), das muß in Zukunft unter allen Umständen geschehen. Wenn Sindermann darauf hingewiesen hat, daß früher von einzelnen Genossen Petitionen an den Landtag gerichtet worden seien, so ist zu erwidern, daß es sich in den früheren Fällen nicht um so wichtige Fragen handelte, die unsere Principien so eng berühren. Wenn aber einzelne dennoch auch in wichtigen Angelegenheiten petitioniert haben, so war das aber auch ein Fehler und wir müssen dafür sorgen, daß sie in Zukunft vermieden werden. Wir müssen heute aussprechen, daß solche Petitionen nur im Einverständnis mit den Agitationskomitees eingereicht werden dürfen. (Zustimmung.)

Reichstagsabg. **Hoffmann**: Wenn Sindermann gesagt hat, die Petition sei keine Angelegenheit der Partei und gehe das Centralkomitee nichts an, so ist das für mich von keinerlei Bedeutung. Mit dem Augenblick, wo der Name Sindermann unter der Petition stand, hatte wohl jeder das Gefühl, daß die Sache vom Centralkomitee ausgehe. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsangelegenheit ist eine hochpolitische bedeutsame Frage. Es gilt hier die größte Schmach abzuwehren, die dem sächsischen Volke je zugefügt worden ist. Den Kampf gegen die Wahlentrechtung werden wir aber wohl kaum durch Petitionen führen können. Wir müssen hier ganz anders eingreifen. Gerade jetzt, wo man im Landtage aus den Finanzwirren keinen Ausweg weiß, müßte man mit allen Kräften einsetzen mit einer Agitation gegen die konservative Wirtschaft, die alles verschuldet hat. Wir müssen aber festhalten, daß jede Aktion im Einverständnis mit den Parteigenossen erfolgen muß. Es würde schlimm werden, wenn die leitenden Genossen die Fühlung mit den Parteigenossen verlieren würden, wie es dem Genossen Sindermann in der Petitionsangelegenheit gegangen ist. Wenn ich mir die Petition betrachte, so muß ich sagen, daß man mit vielen Stellen gern einverstanden sein kann, das ändert aber daran nichts, daß sie ein Fehler war. Wenn sich nun Sindermann darüber beschwerte, daß scharfe Worte in der Presse über die Petition gefallen sind, so ist das keineswegs ein solcher Fehler, wie die Eigenmächtigkeiten Sindermanns. Als ich aus der Presse gesehen habe, wie man die Sache zuletzt zu schieben suchte, habe ich mir gesagt, daß ist das traurigste Affentheater, das jemals zu sehen war. (Heiterkeit.) Sindermann hätte die Sache auf seine Kappe nehmen müssen; er allein hat die Petition zu verantworten. Eine solche Schiebung aber hätte nicht stattfinden dürfen. (Bravo!)

Der Vorsitzende rügt den Ausdruck Affentheater.

Riemann-Chemnitz: Ich hätte gewünscht, Sindermann hätte die Sache kürzer gemacht. Die unglückselige Petition ist bereits durch die Agitationskomitees erledigt worden, und das weitere ist durch die Erklärung des Genossen Lebius geschehen. Es lag also gar keine Veranlassung vor, die Sache in der Weise anzuschneiden, wie Genosse Sindermann es gethan hat. Er hat es sich daher selbst zuzuschreiben, wenn es heute noch zu scharfen kritischen Erörterungen kommt. Die Presse, über die sich Sindermann beklagt, hat nichts weiter gethan, als ihr Recht der Kritik geübt. Die Schuld, das wissen wir, trägt allein Sindermann, er hat einen Bock geschossen, das erkläre ich nochmals. Die übrigen Mitglieder des Centralkomitees sind daran nicht beteiligt.

Höppner-Colta: Die Kritik in der Petitionsangelegenheit halte ich für berechtigt. Allein die Forderung in der Petition, daß jedem, der Pflichten gegen den Staat erfülle, das Wahlrecht gegeben werden solle, fordert zur Kritik heraus. Wir fordern in unserem Programm das Wahlrecht für jeden ohne Ansehung des Geschlechts und der Pflichten vom 21. Lebensjahre an, und demgemäß muß auch jede Wahlrechtspetition abgefaßt sein. Umschreibungen, wie sie Genosse Sindermann beliebt hat, sollten in einer Petition, die von Sozialdemokraten ausgeht, vermieden werden. Auch der Zeitpunkt, in der die Petition abging, ist verfehlt. Vollständig falsch ist aber, daß sie nur von einzelnen Personen ausgehen soll. Wir hätten sicher einen ganz anderen Eindruck erzielt, wenn die Petition von der Gesamtpartei ausgegangen wäre. Im übrigen bitte ich, die Sache als geschehen zu betrachten. Wir dürfen aber nicht unterlassen auszusprechen, daß wir das Vorgehen Sindermanns nicht billigen können.

Goldstein: Sindermann hat es als Pflicht der Presse erklärt, sich erst genau zu erkundigen, ehe sie mit der Kritik einsetzt. Nach der ganzen Lage der Dinge ist dieser Vorwurf unberechtigt. Da muß man vielmehr sagen, daß das Centralkomitee die Pflicht gehabt hätte, die Presse zu unterrichten, wie die Sache liegt. Bei einer so wichtigen, hochpolitischen Angelegenheit wie der Wahlrechtsfrage mußte die Presse sofort Stellung nehmen; es war ihre Pflicht. Sindermann beruft sich ferner darauf, daß schon vor zwei Jahren eine Wahlrechtspetition im Landtage eingereicht worden sei. Die damalige Petition des Genossen Fanghähnel war ein unbekanntes X und niemand fragte danach. Wenn aber Genosse Sindermann, der Vorsitzende des Centralkomitees, eine solche Petition einschickt, so ist das ganz etwas anderes. Der unbekannte Fanghähnel durfte eine solche Petition abschicken, aber Sindermann, Geyer, Fräßdorf und Goldstein dürfen das nicht. Unsere Losung muß sein, weg mit dem Landtage, was sollen wir da noch lange petitionieren.

Sindermann: Es ist gesagt worden, ich hätte betont, die Presse hätte kein Recht gehabt, die Petition unter das Seziermesser der Kritik zu nehmen. Ich habe jedoch nur gesagt, daß man sich hätte orientieren sollen, ehe man losschlug. Und das ist auch jetzt noch meine Ansicht. Ich beschwere mich auch nicht über die Art der Kritik, obwohl man mir übel mitgespielt hat. (Heiterkeit.) Nach meiner Meinung verstößt der Satz, daß jeder das Wahlrecht erhalte, der Pflichten gegen den Staat habe, nicht gegen das Programm. Ich hätte nur gewünscht, daß man auch auf die agitatorische Wirkung der Petition eingegangen wäre. Wir weisen so oft auf die Wahlentrechtung hin und das mit Recht. Ich glaube aber, daß unsere Agitation dagegen wirkungsvoller ist, wenn wir wieder einmal sagen können: Wir haben den Versuch gemacht, das Wahlrecht zu erhalten und sind zurückgewiesen worden.

Organisation und Agitation.

Vorerst werden die vorliegenden acht Anträge zu diesem Punkte der Tagesordnung zur Diskussion gestellt.

1. Parteigenossen des 22. Reichstagswahlkreises beantragen: Den Verbreitungsbezirk des Sächsischen Volksblattes auf den 17. oder 19. Reichstagswahlkreis auszudehnen.

2. Antrag der Parteigenossen des 18. Reichstagswahlkreises: Der 17. und 19. Reichstagswahlkreis sind dem Agitationsbezirk Zwickau zuzuweisen, ebenso soll sich der Verbreitungsbezirk des Sächsischen Volksblattes auf diese Kreise erstrecken.

Jäckel-Crimmitschau (zur Begründung der Anträge 1 und 2) weist darauf hin, daß das Sächsische Volksblatt nur in drei Wahlkreisen verbreitet sei, während die Chemnitzer Volksstimme einen Verbreitungsbezirk von acht Wahlkreisen besitze. Der 18. Wahlkreis bilde die Stütze für die Agitationsarbeit der Zwickauer Genossen. Ein einzelner Wahlkreis könne doch aber unmöglich alles leisten. Der 18. und 19. Wahlkreis gehörten schon wirtschaftlich zusammen. Es herrschten dort fast gleiche Arbeitsverhältnisse. Man solle den Antrag objektiv beurteilen und annehmen.

3. Parteigenossen in Leipzig: Der Verbreitungsbezirk der Leipziger Volkszeitung soll sich auf den 14. Reichstagswahlkreis ausdehnen, welcher schon jetzt dem Agitationsbezirk Leipzig zugeteilt ist.

Johannes-Leipzig meint, es sei eigentlich völlig zwecklos, den Antrag zu begründen, weil die Verhältnisse so überaus klar lägen. In dem 14. Wahlkreise besorgten die Leipziger Genossen bereits die Agitation. Es sei demnach nur logisch, daß dort auch die Leipziger Volkszeitung zur Verbreitung komme. Die zuständigen Agitationskomitees hätten sämtlich einstimmig den Antrag befürwortet.

4. Parteigenossen in Chemnitz: Die Landesversammlung möge beschließen: Es ist Pflicht der Parteigenossen, eine energische Versammlungsagitation zur Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems einzuleiten.

Riemann-Chemnitz: Wir haben die Meinung, daß die Zeit jetzt besser ist als früher, um einen agitatorischen Vorstoß gegen das Dreiklassenwahlrecht zu machen. Die Unzufriedenheit über dasselbe ist sogar in gegnerischen Kreisen groß. Sie haben wohl gehört, daß die sächsischen Hausbesitzervereine beim Landtag um bessere Vertretung der Städte in der Zweiten Kammer petitioniert haben. Die Petenten wandten sich auch an die Chemnitzer Stadtvertreter, und da sich diese als kompetent erklärten und sich der Petition anschlossen, so brachten unsere Genossen im Stadtparlament den Antrag ein, beim Landtage wegen Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts nach dem Proportionalsystem vorstellig zu werden. Bei dieser Gelegenheit gaben die Vertreter der bürgerlichen Kreise ihrer Entrüstung über das Wahlrecht Ausdruck. Ein mittelstandsparteilicher Stadtverordneter sagte sogar, das herrschende Wahlrecht führe zur Gesinnungslumperei und Entsittlichung der Bevölkerung. Diesen Worten widersprach niemand. In allen Kreisen der Bevölkerung wächst also der Unwillen über die Wahlrechtsänderung. Dieser Unwillen verschärft sich noch durch den Umstand, daß in diesem Jahre ein wohl 50 Prozent betragender Steuerzuschlag zu erwarten ist. Diese Lage müssen wir durch lebhafte Agitation ausnutzen. Die Frage, ob die Agitation in Form von Flugblättern oder Versammlungen betrieben werden solle, ist rein taktischer Natur. Ich bin für Versammlungen. Die Chemnitzer kaprizieren sich aber nicht auf eine bestimmte Agitationsart.

5. Parteigenossen von Dresden-Altstadt: Das Centralkomitee wird beauftragt, ein allgemeines Flugblatt herauszugeben, welches Aufklärung über die Thätigkeit des Landtages mit besonderer Berücksichtigung der Finanz- und Ministerkrise giebt.

Riem-Dresden: Mit Versammlungen können wir nicht in alle Volkskreise dringen. Das Flugblatt spricht aber auch zu jenen, die keine Versammlungen besuchen. Zu dem Antrag sind wir gekommen, weil die konservativen Wahlrechtsverschlechterer sich bei der Ministerkrise in die Toga der Volksrechtsverteidiger hüllten. Das Flugblatt soll zeigen, daß hier ein Theaterstreich gespielt wurde. Die jetzigen Landtagsabgeordneten haben kein Recht, sich für Verteidiger von Volksrechten auszugeben. Wie oft haben sie nicht die Rechte des Volkes mit Füßen getreten? (Sehr richtig.) Das Flugblatt dürfte eine ganz gute Einleitung für die nächsten Reichstagswahlen abgeben.

6. Parteigenossen des 4. Reichstagswahlkreises: Das Centralkomitee wird beauftragt, ein allgemeines Flugblatt herauszugeben, welches der sächsischen Bevölkerung darüber Aufklärung giebt, wer die Schuldigen sind an der Erhöhung der Einkommensteuer.

Haak-Dresden: Der jetzige Zeitpunkt ist für uns sehr günstig. Wenn es den Leuten an den Geldbeutel geht, hören sie uns eher an. Diese Situation haben wir auszunutzen.

7. Parteigenossen in Zschopau: Die Landesversammlung möge beschließen, für das Erzgebirge Flugblätter in Zeitungsformat herauszugeben als sogenannte Wahlzeitungen. Die ersten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Nummern sollen pro Stück für 5 Pfg. verkauft werden. Sobald eine Unterlage für das Bedürfnis vorhanden ist, sollen sie als Wochenblatt dauernd erscheinen.

Das Wort zur Begründung wünscht niemand.

8. Parteigenossen in Döbeln: Die Landesversammlung möge in Erwägung ziehen, ob es nicht besser sei, statt des Agitationskalenders alljährlich ein allgemeines Flugblatt herauszugeben, welches die jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse schildern soll.

Grünberg-Hartha bezeichnet diesen Antrag nur als einen lokalen Wunsch.

Es wird die Diskussion über die Anträge eröffnet.

Pinkau-Leipzig: In vielen Orten können wir keine Versammlungen abhalten. Deshalb muß eine gemischte Agitation stattfinden. Mündliche Agitation ist allerdings wirkungsvoller und nachhaltiger. (Sehr richtig!) Aber Kreise, wo wir mit Versammlungen nicht hinkommen, dürfen wir nicht ganz beiseite liegen lassen. Hier haben wir mit der Flugblattagitation einzusetzen. Wir machen unseren Vorstoß, wenn der Steuerzuschlagszettel kommt. Wir müssen zeigen, wie unrecht die Konservativen haben, den Finanzminister für die finanziellen Mißstände verantwortlich zu machen. Schon unsere Genossen der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage haben immer wieder vorausgesagt, wohin die Etatverschleierung führen müsse. Die Einstellung von Millionenposten in den außerordentlichen statt in den ordentlichen Etat hat den Krach nur hinausgeschoben. Die Ministerstürzerei war eitel Komödie, die die Herren nur aus parteitaktischen Gründen spielten. Für die Flotte und das Chinaabenteuer warfen sie das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster.

Sindermann-Dresden: Die Anträge 1 und 3 ersuche ich abzulehnen, weil inzwischen das Centralkomitee und die 4 Agitationskomitees einen Ausweg gefunden haben, um die Ländergier der Zwickauer ein wenig einzudämmen; dadurch werden auch die Chemnitzer in die angenehme Lage versetzt, sich ihre Festungen und Munition zu ersparen. (Heiterkeit.) Den Antrag 2 ersuche ich deshalb anzunehmen, weil der 14. Kreis zum Leipziger Agitationsbezirk gehört und durch die Einheitlichkeit der zukünftigen Agitation ein besseres Verhältnis für den Kreis selbst geschaffen wird. Die Anträge 5 und 6 ersuche ich zu Gunsten des Antrages 4 abzulehnen. Darüber sind sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Komitees dahin einig geworden, daß man unter der Zusammenfassung dieser drei Anträge die kräftigste Agitation in die Versammlungen verlegen soll. Empfindet noch der eine oder andere Kreis das Bedürfnis, Flugblätter in dieser Angelegenheit herauszugeben, so ist das seine eigene Sache. Den Antrag 7 der Zschopauer Genossen ersuche ich dem Agitationskomitee Chemnitz zu überweisen. Aber ich bitte Sie dringend, den Antrag 8 abzulehnen, denn es wäre wohl der größte Fehler, den die Landesversammlung machen könnte, wenn jetzt, ein Jahr vor der Reichstagswahl, der Kalender verschwinden sollte, der, wie von allen Seiten zugegeben wird, ein gutes Agitationsmittel für uns ist. Gerade im Döbelner Kreise hat es sich gezeigt, daß doch jedenfalls an dem Erfolg bei der letzten Wahl auch der Kalender einen Anteil hat. Im übrigen dürfen wir nicht vergessen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen der Kampf am heftigsten bei uns in Sachsen toben wird. Die Gegner werden alle Register ziehen und heftige Vorstöße gegen uns führen. Wir müssen unsere Organisationen ausbauen, um eine geschlossene Phalanx zu schaffen.

Fräßdorf-Dresden: Ich ziehe zwar die mündliche Agitation vor, aber halte es auch für gut, über ganz Sachsen ein Flugblatt zu verbreiten, in dem wir der herrschenden Klasse die Maske vom Gesichte reißen. Darin sind wir alle einig: es kann keinen geeigneteren Zeitpunkt zur Agitation als den gegenwärtigen geben, da der Geldbeutel der Steuerzahler geschröpft wird. Wer erst den zweiten Steuerzettel in Händen hat, wird bereiter sein, sich aufklären zu lassen. Aufklärung thut allen not. Man glaube nur nicht, daß die Leute in den Städten so gescheit sind, daß sie kein Flugblatt zu lesen brauchen. In den Städten sind die Leute gerade so dumm als auf dem Lande. (Große Heiterkeit.) Sindermann hat vor den Kosten der Flugblattagitation gewarnt und an die Ausgaben erinnert, die uns die Reichstagswahlen verursachen werden. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß wir um so weniger Geld haben, je weniger wir agitieren. Umgekehrt: je mehr wir agitieren, je mehr Geld haben wir. Durch lebhafte Agitation decken sich die Kosten von selbst, dann aber müssen wir an die Agitation geben mit der ganzen Wucht und dem Feuer, dessen wir fähig sind. Sollen wir uns in der Agitation an den Landtag oder an die Regierung wenden? Keines von beiden. Ich glaube, wir müßten in den Versammlungen Resolutionen annehmen, worin wir gegen die Wahlentrechtung protestieren und das herrschende Wahlrecht als eine Schande für Sachsen bezeichnen.

Grünberg-Hartha empfiehlt, das Flugblatt erst nach Schluß des Landtages zu verteilen.

Beyer-Leipzig empfiehlt individuelle Agitation für jeden Wahlkreis. Wenn man behaupte, die Arbeiter des Erzgebirges und der Lausitz könnten nicht mehr als 5 Pfg. den Monat zahlen, es sei ihnen unmöglich, mehr aufzubringen, so stimme das nicht. Die Leute glaubten es, weil es ihnen vorgeredet werde. Von maßgebender Seite sei ihm versichert worden, daß jene Arbeiter ein vielfaches für Vergnügungsvereine aufbrächten. Er behaupte, daß die Arbeiter erst dann richtig an unsere Fahne und Partei gekettet seien, wenn sie auch finanziell mehr leisteten.

Naden-Dresden beantragt, in der dritten Zeile des Antrages der Zschopauer Genossen das Wort „ersten" zu streichen und den letzten Satz wegzulassen.

Sindermann-Dresden: Aus der Debatte können Sie ersehen, wie zahlreiche Wünsche zu dem Flugblatt gestellt werden. Ein derart ausführliches Flugblatt wirkt aber nicht, weil es nicht gelesen wird. Es ist sehr schwer möglich, ein aktuelles Flugblatt für alle Wahlkreise zu schaffen. In einem Kreise kommen nationalliberale, im anderen konservative, im anderen antisemitische Gegner in Betracht. Deswegen mag jeder Kreis selbst sein Flugblatt abfassen. Fräßdorf hat den Kostenpunkt als unbeachtlich bezeichnet. Es handelt sich aber um praktische Agitation. Fräßdorf erinnere ich an die Nachwahl in Pirna. Hätten wir dort nicht so viel agitiert, dann hätten wir mehr Erfolg gehabt (Heiterkeit), dann hätten wir nicht die ganzen Bauern gegen uns auf die Beine gebracht. (Heiterkeit.)

Ein weiterer Antrag ist eingelaufen:

Die Landesversammlung möge beschließen: Die Genossen der noch nicht centralisiert organisierten Wahlkreise sind verpflichtet, für Gründung von centralisierten Wahlkreisvereinen in diesen Kreisen einzutreten.

Haak-Dresden bezeichnet das Flugblatt als die geeignetste Vorarbeit zu den Reichstagswahlen.

Niemann-Chemnitz weist auf den großen Erfolg der Protestbewegung gegen den Brotwucher hin und empfiehlt, in ähnlicher Weise gegen die Wahlentrechtung vorzugehen.

Grünberg-Hartha meint, das einheitliche Flugblatt für ganz Sachsen sei vorteilhafter, weil es billiger herzustellen sei. Man möge auch in dem Flugblatt den Fall Bösenecker ausschlachten. Bösenecker gebe es überall.

Demmler-Geyer erklärt, daß seine Organisation trotz des 5 Pfg.-Monatsbeitrages 800 Mk. Ueberschuß erzielte. Wenn man aus dem Erzgebirge komme und den gewaltigen Unterschied der Lebenslage der städtischen Arbeiter sehe, begreife man leicht, daß letztere 15, auch 20 Pfg. Parteibeitrag aufzubringen vermöchten. Aber auf solche Ziffern allein dürfe es nicht ankommen.

Meltzel-Crimmitschau und **Pinkau**-Leipzig betonen ihren Standpunkt.

Gerlach-Wittgensdorf: Für große Städte seien die Kreiswahlvereine zu empfehlen, für Wahlkreise jedoch, die aus mehreren Orten bestehen, sind lokale Organisationen zu empfehlen. Wenn Kreisvereine überall die vorzügliche Wirkung hätten, die ihnen nachgerühmt worden, müßte man doch in Kreisen mit Centralorganisationen verhältnismäßig mehr Mitglieder haben als in anderen. Ein Vergleich mit dem Mitgliederstand im 15. Reichstagswahlkreise mit dem in der Stadt Chemnitz zeige aber, daß dies nicht zutreffend sei.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachdem man wieder in die Verhandlungen eingetreten ist, erstattet zunächst Genosse **Otto** den

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Danach sind 52 Delegierte anwesend. Einwendungen waren nur gegen das Mandat des Delegierten aus dem 21. Reichstagswahlkreise zu erheben. Dort sind beide gewählte Delegierte am Erscheinen verhindert. Der Vertrauensmann des Kreises hat daher einen anderen Genossen mit der Vertretung beauftragt. Die Kommission hat in Anbetracht der Umstände das Mandat für gültig erklärt. Außerdem sind noch anwesend 2 Vertreter des Centralkomitees und je 3 bis 4 Vertreter der vier Agitationskomitees. Von den sächsischen Reichstagsabgeordneten sind anwesend Naden, Geyer, Grabnauer, Fischer, Hofmann, Seifert, Grünberg und Horn. Der Parteivorstand ist durch den Genossen Auer vertreten. Die Konferenz erhebt keine Einwendungen gegen die Gültigkeit des Mandats des Vertreters der Delegierten aus dem 21. Reichstagswahlkreise.

Darauf wird fortgefahren in der Verhandlung über

Agitation und Organisation.

Seyferth-Leipzig erklärt sich gegen den Antrag der Chemnitzer Genossen, in allen Wahlkreisen Centralvereine zu gründen. Das würde in verschiedenen Wahlkreisen Schwierigkeiten verursachen. Redner weist auf die Verhältnisse im 13. Reichstagswahlkreise (Leipzig-Land) hin, wo man mit den Lokalorganisationen gute Erfahrungen gemacht habe.

Höhle-Chemnitz: Man habe keine triftigen Gründe gegen den Antrag der Chemnitzer anführen können. Der Antrag bezwecke gar nicht, die Lokalorganisation zu beseitigen. Diese könne ruhig bestehen bleiben. Man sollte nur die Organisation einheitlich gestalten und innerhalb der Wahlkreise centralisieren. Die Lokalvereine könnten daneben bestehen bleiben. Durch die Centralisation würde die Organisation straffer werden und der finanzielle Erfolg würde ein besserer sein als bei dem jetzigen Zustande.

Grünberg tritt dafür ein, daß der jetzige Zustand bestehen bleibe. Die Lokalvereine haben den Zweck, die Mittel für Gemeinderatswahlen und sonstige lokale Angelegenheiten aufzubringen. Wollte man neben den Lokalvereinen noch Centralorganisationen gründen, würden die opferwilligen Parteigenossen doppelt belastet, während die übrigen nichts leisteten, denn wenn die Opfer doppelt würden, würde es noch schwerer als jetzt sein, die Indifferenten heranzuziehen. Er müsse auch darauf verweisen, daß ein Beschluß im Sinne des Chemnitzer Antrags im Widerspruch zu dem Organisationsstatut der Partei Deutschlands stehe. Denn dasselbe überlasse den einzelnen Kreisen, welche Organisationsform sie wählen wollten. Er gebe zu, daß in einigen Wahlkreisen die Centralisation sich am besten eigne, in anderen wieder spreche die geographische Lage dagegen. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen warne er ganz besonders davor, so eingreifende Aenderungen vorzunehmen. (Beifall.)

Riem-Dresden will noch eine Lanze für die Anträge der Genossen aus dem 4. und 5. Reichstagswahlkreise brechen. Die gegenwärtige politische Lage in Sachsen sei ganz besonders dazu geeignet, mit einem allgemeinen Flugblatte zu agitieren. Wenn man sagt, man müsse die lokalen Verhältnisse berücksichtigen, so erwidere er, man kann das eine thun und brauchte das andere nicht zu lassen. Notwendig sei auch, die niedrigen Parteibeiträge zu erhöhen. Es habe sich in dieser Beziehung eine unlautere Konkurrenz bemerkbar gemacht. In der Dresdener Gegend habe man beobachtet, daß Genossen sich vielfach den Kreisen anschließen, die die geringsten Beiträge haben, obwohl sie gar nicht in den Kreisen wohnten.

Leister-Johanngeorgenstadt: Man habe die Genossen des 21. Wahlkreises als diejenigen bezeichnet, die die wenigsten Beiträge zahlen. In Wirklichkeit hatten die Genossen in Johanngeorgenstadt erhebliche Mittel zu Reichstagswahlen und zu anderen Aktionen aufgebracht. Eine Erhöhung der Beiträge sei freilich angesichts der niedrigen Löhne schwierig. Wenn man habe sagen wollen, die Genossen des 21. Kreises vernachlässigen ihre Pflicht, so sei das hinfällig. Man habe eben in den ärmeren Distrikten mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen.

Beyer-Leipzig: Der Antrag der Chemnitzer habe etwas für sich. Man verstehe ihn nur nicht recht. Die Chemnitzer wollen keine Beseitigung der Lokalvereine, sondern nur eine einheitliche Leitung innerhalb des Kreises, der auch die finanziellen Angelegenheiten der Vereine zu überwachen hat. Man müsse wissen, wie oft Parteigelder zu Theatervorstellungen und sonstigen Veranstaltungen verwendet würden, um eine solche einheitliche Leitung für berechtigt zu halten.

Vom Genossen Sindermann ist der Antrag eingelaufen, die Anträge 2 und 4 den 5 Komitees zu überweisen.

Niemann-Chemnitz wendet sich gegen Grünberg und erläutert den Chemnitzer Antrag nochmals.

Schmidt-Lichtenstein: Die Anträge 2 und 4 solle man ablehnen. Was die Organisationsform anbelange, so solle man jedem Wahlkreise volle Freiheit lassen.

Seyferth-Leipzig wendet sich nochmals gegen den Antrag der Chemnitzer Genossen und stützt sich dabei auf die Verhältnisse im 13. Wahlkreise. Die Regelung der Angelegenheit, die die Anträge 2 und 4 betreffen, solle man den Komitees überlassen.

Müller-Zwickau: Die finanzielle Lage des Sächsischen Volksblattes mache eine Regelung des Verbreitungsgebietes für die Presse nötig. Man solle daher die Angelegenheit den einzelnen Komitees überweisen.

Schulze-Cossebaude: Der Chemnitzer Antrag sei keineswegs falsch verstanden worden. Aus dem Wortlaut des Antrags und der Begründung desselben gehe hervor, daß man überall Kreisvereine errichten solle. Eine solche Forderung widerspreche aber dem Organisationsstatut der Partei Deutschlands. Der Grundgedanke dieses Statuts sei, man solle den Parteigenossen allerwärts die Möglichkeit geben, ihre Organisationsform den wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen des Kreises anzupassen. Dieser Grundgedanke müsse auch heute noch aufrecht erhalten werden, deshalb sei er gegen den Antrag, der gewaltsam in die Organisationen eingreifen wolle. Dagegen könne er sich mit einem Antrage einverstanden erklären, die Komitees mit einer Untersuchung über die Organisationsform zu beauftragen.

Krüger-Dresden: Selbst wenn man den Antrag der Chemnitzer so auffasse wie der Genosse Schulze, sei die Beseitigung der Lokalvereine nicht nötig. Diese könnten vielmehr bestehen bleiben neben der Centralisation. Nach seiner Ansicht habe man zur Genüge erfahren, daß man mit den Lokalorganisationen nicht in der nötigen Weise agitieren könne. Gerade mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen sei es nötig, unsere Organisationen besser auszubauen. Eine Centralisation sei auf dem Lande ebenso durchführbar, wie in der Stadt, das gehe schon daraus hervor, daß verschiedene ländliche Kreise die Centralisation haben.

Witt-Dresden: Wir im 4. Reichstagswahlkreise haben die Erfahrung gemacht, daß die Centralisation nicht in allen Orten erfolgreich gewesen ist. Wir haben vereinzelt wieder Lokalvereine gegründet, daran ersehe man, daß es nicht an der Organisationsform liegen könne und die Centralorganisation kein Allheilmittel sei. Man solle neben der Centralorganisation die Lokalvereine fortbestehen lassen.

Darauf wird der Antrag Sindermann, die Anträge 2 und 4 den fünf Agitationskomitees zu überweisen, angenommen.

Angenommen werden ferner die Anträge 3, 4 und 5, der Antrag 6 dagegen wird abgelehnt, der Antrag 7 wird in folgender Fassung angenommen:

Die Landesversammlung möge beschließen, für das Erzgebirge Flugblätter in Zeitungsformat herauszugeben als sogenannte Wahlzeitungen. Die Nummern sollen pro Stück für 5 Pfg. verkauft werden.

In dieser Form soll der Antrag dem Centralkomitee überwiesen werden.

Der Antrag 8 der Döbelner Genossen wird abgelehnt.

Der Antrag der Chemnitzer Genossen, in allen Wahlkreisen centralisierte Kreisvereine zu errichten, wird gegen eine erhebliche Minorität abgelehnt.

Darauf wird noch beschlossen, dem Centralkomitee Decharge zu erteilen.

Thätigkeit des Landtags.

Goldstein (Berichterstatter): Wenn wir uns zum erstenmal, seitdem der letzte Sozialdemokrat den Landtag verlassen hat, zusammenfinden, so ist es unsere Pflicht, uns mit der Thätigkeit desselben Landtags zu befassen, der die Sozialdemokraten ausgeschlossen hat. Ein solches Beginnen würde nicht verstanden werden, wenn wir die Zusammensetzung des jetzigen Landtages als verfassungsmäßig ansehen würden. Das ist er aber nach unserer Ansicht entschieden nicht, denn der § 78 der Verfassung besagt, daß die Stände, das gesetzmäßige Organ der Gesamtheit der Staatsbürger sein soll. In Wirklichkeit haben von 1 557 420 Steuerzahlern 1 447 397 kein wirkliches Wahlrecht. Also nur 110 023 Personen sind bei uns in der glücklichen Lage, ein wirkliches Wahlrecht zu besitzen. Man hat die erste Klasse, die Reichen mit der zweiten Klasse, den Wohlhabenden, so zusammengeschweißt, daß sie in der Regel die Zweidrittelmehrheit bilden, während die dritte Klasse, die entgegengesetzte Interessen hat, immer zur Erfolglosigkeit verurteilt ist. Das ist doch kein wirkliches Wahlrecht! Wir sehen also, daß der § 78 der Verfassung in keiner Weise gedeckt ist. Diese Thatsache kann durch keine juristische Tiftelei aus der Welt geschafft werden. Man hat nun weiter gesagt, das Wahlrecht müsse der Leistung der Steuerzahler entsprechen. Wenn wir nun aber die Steuerleistungen zur Grundlage nehmen, haben wir auf Grund der Steuerstatistik die Thatsache zu konstatieren, daß von den 35 Millionen Einkommensteuer, 0,7 Millionen von dem Proletariat aufgebracht werden. Daher müßte die dritte Wählerklasse 22 bis 23 Sitze im Landtage als Gegenleistung haben. Man ersieht auch hier wieder, daß die Stände in jetziger Zusammensetzung die Gesamtheit des Volkes nicht repräsentieren. Wir erkennen also auch von diesem Gesichtspunkte aus eine dauernde Verletzung des mehrfach erwähnten § 78 der Verfassung.

Wenn ich nun zur Thätigkeit des Dreiklassenlandtages übergehe, sei zunächst die so oft genannte Finanzpolitik erwähnt. Hier sind wir so verfahren, daß es schlimmer kaum kommen kann. Die berühmten Ueberschüsse der früheren Jahre waren in Wirklichkeit nur möglich, weil man sie mit einem Pumpsystem kombinierte. Im ordentlichen Etat machte man „glänzende Ueberschüsse" und im außerordentlichen etablierte man das Pumpsystem. Der außerordentliche Etat ist eingerichtet für die Ausgaben für die größeren Bauten; diese sollen eigentlich durch die Ueberschüsse gedeckt werden. Da man diese aber nicht hatte, blieb nichts übrig als Anleihen. Mit den Eisenbahnen, die den größten Teil der Ueberschüsse bringen sollen, sieht es schon lange schlimm aus. Man hat uns immer nur von dem Bruttogewinn erzählt und dadurch die Thatsache verdunkelt, daß sich das in unseren Eisenbahnen angelegte Kapital mit weniger als 5 Prozent verzinst. Jetzt haben wir gar nur eine Verzinsung von 3,7 Prozent zu konstatieren. Wenn die Eisenbahnrente so weiter sinkt, ist die Zeit nicht mehr fern, wenn sich die 800 Millionen, die wir in unseren Eisenbahnen angelegt haben, überhaupt nicht mehr verzinsen und wir Ueberschüsse aus den Eisenbahnen nicht mehr haben. Was dann? Ueberschüsse hatten wir früher aus den Zollüberweisungen. Diese sind jetzt ebenfalls dahin. Das Reich hat nichts mehr übrig für die Einzelstaaten, ja, es verlangt mehr von ihnen. Die Matrikularbeiträge übersteigen jetzt die Ueberweisungen. In diesem Jahre müssen wir allein 8 Millionen an das Reich mehr abführen, als wir erhalten. Die Ueberschüsse sind also nach und nach geschwunden. Die Folge war, daß man zur Deckung der Ausgaben im außerordentlichen Etat immer mehr zu Anleihen greifen mußte. Und das in dem Maße mehr, als man Posten aus dem ordentlichen in den außerordentlichen abschob, um im ordentlichen Etat noch einen Ueberschuß oder wenigstens das Gleichgewicht zu retten. So sind wir immer mehr in eine Anleihewirtschaft geraten, ohne daß man für eine genügende Amortisation gesorgt hätte: 1894 hat man 49 Millionen aufgenommen, 1897 68 Millionen, 1899 118 Millionen und 1901 112 Millionen, und kürzlich hat man in der Zweiten Kammer des Landtages wieder von der Notwendigkeit einer neuen Anleihe gesprochen.

Jetzt steht man nun vor einem Deficit. 38½ Millionen fehlen uns momentan und 16⅔ Millionen an den dauernden Ausgaben. Dem Uebel soll die Steuerreform abhelfen, die neben einer Aenderung des Einkommensteuergesetzes eine Vermögenssteuer unter Wegfall der Grundsteuer bringen soll. Die Einkommensteuer hat man bereits im Geschwindschritt erledigt, sich aber damit begnügt, die Progression von 4 auf 5 Prozent zu erhöhen. Die Sozialdemokraten haben früher bereits eine Progression von 7 Prozent beantragt. Hätte man zugestimmt, hätte man sicher jetzt die Finanznot nicht in dem Maße. Die reichen Leute ziehen noch lange nicht fort, wenn sie mehr Steuern zahlen müssen; das sind bequeme und übertriebene Befürchtungen. Jetzt hat die Erste Kammer die Einkommensteuer so verzogert, daß doch noch Steuerzuschläge nötig sind, die den Armen hart belasten und verhältnismäßig härter treffen als den Reichen. Um die Vermögenssteuer tobt schon seit Jahren ein Kampf im Landtage. Die beiden Kammern wollten nichts davon wissen und lehnten sie 1897 ab. Es gab heftige Kämpfe mit Herrn v. Watzdorf. Als aber dieser Finanzminister an der Vermögenssteuer festhielt, scheint man im Lager der Hofratspartei beschlossen zu haben, den unbequemen Herrn zu beseitigen. In der Zweiten Kammer hat man jetzt die Vermögenssteuer zwar erledigt, es besteht aber keine Hoffnung, sie aus der Ersten Kammer zu retten.

Eine Gelegenheit, gegen Herrn v. Watzdorf vorzugehen, boten die Ueberschreitungen bei der Chemnitzthalbahn. Es ist wahr, diese Ueberschreitungen sind groß, sehr groß, und es ist merkwürdig zugegangen bei dem Bau dieser Bahn. Die Nachforderung betrug beinahe 50 Prozent der bewilligten Summe. Hier war es Pflicht, zu protestieren, ja man konnte auch von einer Verfassungsverletzung sprechen. Wie bei dem Bau dieser Bahn gewirtschaftet worden ist, das beweisen die Vorgänge in Markersdorf, wo man einem Bauer einen Teil seines Gutes für 90 000 Mark abkaufte und der Bauer nach dem Kaufe der Meinung war, das ganze Gut sei gemeint, während man die 90 000 Mk. nur für einen Teil des Gutes ausgeworfen hat. Das schönste aber ist, daß man den erworbenen Teil des Gutes nicht einmal zum Bahnbau gebraucht hat. (Heiterkeit.) Es ist also ziemlich merkwürdig zugegangen. Da sagten auch die Konservativen, die Sache sei verfassungswidrig. Da antwortete aber die Regierung mit Recht: Ihr habt früher Nachpostulate von noch größerem Umfange ohne Murren bewilligt. Das ist auch so. Wie Sie wissen, kam es zum Konflikt. Die Konservativen trieben die Sache soweit und Herr von Watzdorf mußte um Indemnität nachsuchen. Nun aber sprang Herr von Metzsch in die Schranken mit seiner Erklärung, daß kein Verfassungsbruch vorliege. Das war ein Widerspruch, denn wenn die Regierung die Sache nicht selbst als einen Verfassungsbruch angesehen hätte, hätte sie nicht um Indemnität nachsuchen dürfen. Herr v. Metzsch blieb aber Sieger; die Konservativen ließen den Verfassungskonflikt eintrocknen. Sie erreichten indes auch was sie wollten, denn Herr von Watzdorf ging, nachdem er von den Konservativen durch den klotzigen Ausfall Stöckels nach allen Regeln der Kunst hinausgeworfen worden war. Hier hätten Sozialdemokraten in der Kammer sitzen müssen. Da wären die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes und der Stände rücksichtslos gewahrt worden. Anscheinend hat man aber mit der Austragung des Konflikts gewartet, bis der letzte Sozialdemokrat die Kammer verlassen hatte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Früher hat man im Landtage Nachpostulate in viel größerem Umfange bewilligt. Beim Bau des Dresdener Bahnhofes wurde die bewilligte Summe um 30 Millionen überschritten. Damals hat man verschwenderisch gebaut. So hat man für Herrn von Watzdorf in dem Verwaltungsgebäude eine Wohnung errichtet, die eine Verzinsung von 15 000 Mk. erforderte, während der Wohnungszuschuß für diesen Herrn nur 4000 Mk. betrug. Und dann die Ueberschreitungen früherer Jahre: Beim Bau des Kunstgewerbemuseums in Dresden wurden 800 000 Mk. nachgefordert und es stellte sich heraus, daß man 15 000 Mk. Gehalt für den Baurat vergessen hatte einzustellen. Wenn solche Sachen passieren, kann man sich freilich auf allerhand gefaßt machen. Die Sache ist aber gegangen, bis die Vermögenssteuer kam, da ging es nicht mehr.

Der Redner streift darauf die auf eine Reichsreform gerichteten Bemühungen und die Zusammensetzung des Landtags. Die 85 Prozent unserer sächsischen Bevölkerung, so führt er aus, die von Handel und Industrie abhängen, haben nur ganz wenige industrielle Vertreter, und die 15 Prozent, die der Landwirtschaft angehören, haben mindestens 53 Vertreter. Das ist ein ungesundes Verhältnis, das wir in keinem anderen Lande haben. Dabei hat Sachsen ein ganz besonderes Interesse an billigem Getreide, denn das Getreide, das in Sachsen erbaut wird, reicht höchstens bis Juli. Trotzdem sehen wir die Mehrheit im Landtage bemüht, die Regierung dem Brotwucher geneigt zu machen. Nachdem der Redner kurz die Umsatzsteuer gestreift hat, kommt er auf die Arbeitsloseninterpellation zu sprechen. Dem Dreiklassenlandtag, so führt er aus, war es nicht gleichgültig, daß er keinen Vertreter unter sich hatte, der sich auch nur mit einigem Recht als Arbeitervertreter bezeichnen konnte. Um nun dennoch populär zu erscheinen, setzte man die Komödie mit der Arbeitsloseninterpellation in Scene. Was man dabei sagte, waren leere Phrasen; versprochen hat man einiges, eingehalten ist aber nichts worden. In der ganzen Debatte wurde auch nicht mit einem Worte die wirkliche Ursache der Arbeitslosigkeit, unsere anarchische Produktionsweise, gestreift. Nun, wir haben auch nicht erwartet, daß die Herren Verständnis für die Not der Arbeiterschaft haben und den guten Willen besitzen, der Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Hier hat man die sozialdemokratische Kritik vermißt. Wir hätten den Herren die Wahrheit gesagt und die Ursachen der Arbeitslosigkeit klargelegt, daß ihnen die Schönrednerei vergangen wäre.

Andere wichtige Stoffe hat der Landtag glatt erledigt. An den Volksschulen übte er keine Kritik. Wohl brachten die Herren ihre Wünsche bezüglich der Gymnasien vor. Bei den Volksschulen sprachen sie weder von der Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, noch von der Unentgeltlichkeit der Schulbücher, noch von der Vernachlässigung des Unterrichts infolge Lehrermangels. Herr Minister v. Seydewitz führte aus, alles sei in Ordnung; es herrsche „nur" Lehrermangel. Statt 800 Lehrern wären bloß 600 vorhanden. Man habe deswegen 200 Seminaristen, d. h. halbfertige Lehrer, einstellen müssen. Da manche derselben wohl selbst noch der Erziehung bedürfen, kann man sich nicht wundern, wenn man hört, daß der Stock dann öfters in der Schule gebraucht wird. Der Minister that sich etwas darauf zu gute, daß Sachsen vor 20 Jahren 1 400 000 Mk. für seine Volksschulen ausgab und heute 8 400 000 Mk. aufwendet. Eine große staatliche Fürsorge für die Volksschulen geht daraus aber nicht hervor. Man muß bedenken, daß die Zahl der sächsischen Schulkinder jährlich um 16—18 000 wächst. Wenn früher von uns die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts gefordert wurde und man uns entgegnete, es sei eine sittliche Pflicht, für seine Schulkinder Schulgeld zu zahlen — dann pflegten wir zu antworten: wenn es eine sittliche Pflicht ist, sich vom Staat nichts schenken zu lassen, so bezahlt doch das Schulgeld und das Kollegiengeld, das eigentlich Eure Söhne auf den Gymnasien und Universitäten zahlen sollten. (Beifall.)

Auch beim Justizetat erfolgten keine Beschwerden. Der neue Finanzminister erklärte sogar, der alte Ruhm Sachsens bezüglich seiner Rechtsprechung habe sich erneut gezeigt. Der Dreiklassenlandtag nahm die Erklärung mit Beifall auf. Wir haben eine andere Auffassung von der sächsischen Rechtsprechung. Hätten wir Vertreter im Landtag, so hätten diese die auffallenden Erkenntnisse von Zwickau und Crimmitschau gegenübergestellt. Die rüpelhaften Kraceeler von Crimmitschau erhielten aus Schonung für ihre Zukunft und weil ihre Eltern aus den sogen. besseren Kreisen waren, eine sehr milde Strafe. Der Genosse Jäckel, der hier anwesend ist, mußte auf 14 Tage ins Gefängnis, weil er einem Fabrikanten nur die Wahrheit sagte und nicht so gute Erziehung genossen hatte wie die Rüpel aus Crimmitschau. (Heiterkeit.) Für die Gewerbeinspektion setzt die sächsische Regierung nur 129 000 Mk. aus. Die zehnfache Summe wäre für einen Industriestaat wie Sachsen angebrachter. 2000 Mk. für die fünf weiblichen Hilfsinspektorinnen erschienen selbst dem Abg. Preßisch zu wenig. Herr v. Metzsch verteidigte die geringe Summe mit der Motivierung, daß es sich nur ein Experiment handle. Sozialdemokratische Abgeordnete hätten die Regierung aufmerksam gemacht, daß zu so einem Experiment, wenn es etwas beweisen solle, 15—20 000 Mk. gehören. Bei den Titeln: Journal und Leipziger Zeitung, die früher große Debatten hervorriefen, gab es diesmal keine Erörterung. Nur vom Sachsenspiegel war die Rede.

Der Antrag Schill über den Mandatsverlust nicht verurteilter Stadtverordneter erregte keinen wesentlichen Meinungsaustausch. Niemand entrüstete sich, daß Genosse Jäckel wegen seiner erwähnten Strafe von 14 Tagen Gefängnis aus dem Stadtverordnetenkollegium ausschied. Dagegen sprachen über die ausländischen Ziegel- und Kalklieferungen neun Redner. Es amüsierte mich, daß in dieser Debatte sogar Schlesien als Ausland galt. (Heiterkeit.) Ich habe mir beim Lesen des Berichts gesagt, wenn das so weiter geht, wird im Lauf der nächsten Jahre der letzte politische Gedanke aus dem Parlament verschwinden und der Grundton der Debatten wird werden: „Höre mal Vater Staat, wie verdiene ich am besten an Dir?" Draußen im Volke sagt man nach solchen Debatten: „Im Froschteich zu Dresden ist es wieder mal schön zugegangen." (Heiterkeit.)

Das wird aber noch schlimmer werden. Die Interessenpolitik wird immer nackter zum Vorschein kommen. Daneben erledigt der Landtag so wichtige Dinge wie die Einrichtung eines Adelsbuches. Die Regierung hält es für wichtig, daß festgestellt werde, ob in den Wappen u. a. der Storch das rechte oder linke Bein aufhebt, ob der Löwe den Schwanz hoch oder tief hält. (Heiterkeit.)

Im Mai dürfte der Landtag nach Hause gehen. Er hat uns sein wahres Gesicht gezeigt. Dieser Landtag, der nicht einmal den Mut findet, eine verfassungsmäßige Frage, wie die der Ministeranklage, durchzufechten, kann niemand imponieren. Von der Regierung gilt, daß eine Regierung, welche keine freimütige Kritik verträgt, unter der Kritik steht. Der englische Minister Pitt war ein größerer Staatsmann als Herr v. Metzsch. Er sagte: Ich muß eine Opposition haben; andernfalls muß ich mir eine kaufen. Die Sozialdemokraten sind wiederholt als das Gewissen des Landtags bezeichnet worden. Dieses Gewissen ist aus dem Landtage entfernt worden. Es ist aber nicht beseitigt. Es lebt außerhalb des Landtages, so hier auf unserer Landeskonferenz, die nicht übel als sächsisches Nebenparlament bezeichnet wurde. Am nächsten Reichstagswahltag werden die sächsischen Arbeiter ihr Urteil über Regierung und Landtag mit dem Stimmzettel in der Hand abgeben.

Genosse **Lebius** antwortet noch auf einen persönlichen Angriff des Genossen **Riemann**-Chemnitz, worauf dieser erwidert. Dann wurde die Verhandlung um 6 Uhr auf morgen 9 Uhr vertagt.

Abends fanden zwei Kommerse im Turnhaus und Weintraube statt, wo Motteler und Auer sprachen.

Sechster Kongreß der deutschen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen.

Th. **Kassel**, 31. März 1902.

Am Ostermontag begann der nach der Generalversammlung des Textilarbeiter-Verbandes folgende Kongreß. Er hat eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung zu erledigen: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Bericht der Preßkommission. 3. Die Zehnstunden-Bewegung. 4. Agitation und Organisation. 5. Der gesetzliche Mindestlohn. 6. Die Zollfrage mit besonderer Berücksichtigung der Textilarbeiter. 7. Stellungnahme zum internationalen Textilarbeiter- und zum internationalen Arbeiterkongreß. 8. Neuwahlen. Der Kongreß ist beschickt von 56 Delegierten aus 66 Ortschaften, sowie Vorstand und Ausschuß des Verbandes. Genosse Sabath-Hamburg wohnt den Verhandlungen als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Der bisherige Vertrauensmann, Wagener-Chemnitz, erstattet seinen Geschäftsbericht. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar 1900 218.12 Mk., dazu sonstige Einnahmen aus den Beiträgen der einzelnen Ortschaften 1244.88 Mk., insgesamt Einnahme 1463 Mk., denen eine Ausgabe von 918.54 Mk. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 544.46 Mk. am 16. März 1902 verbleibt. Es wird beschlossen, zur Stärkung der Kasse und regeren Agitation einen regelmäßigen Betrag von 5 Pfg. pro Jahr und Verbandsmitglied zu erheben. Im Laufe der Debatte wird folgende Resolution gestellt und einstimmig angenommen:

„Um der unerhörten Ausbeutung der Arbeitskraft in der Hausindustrie (Hausweberei) durch übermäßig lange Arbeitszeit zu begegnen, hält der Kongreß der deutschen Textilarbeiter es für geboten, daß durch Gesetz die Unternehmer verpflichtet werden, für die Heimarbeiter Werkstätten zu errichten. Um den wirtschaftlichen Kampf zur Erringung des Zehnstundentages für die Textilarbeiter Deutschlands zu einem erfolgreichen zu organisieren, beschließt der Kongreß, die Leitung des Textilarbeiterverbandes zu ersuchen, sofort eine Statistik aufzunehmen, was für Artikel in der Textilindustrie und von wieviel Arbeitern dieselben an einzelnen Orten gefertigt werden. Der Kongreß fordert die deutsche Textilarbeiterschaft auf, die Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, für Sonnabend auf 9 Stunden als ihre Hauptforderung zu erheben und alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um den reinen zehnstündigen Arbeitstag durch den wirtschaftlichen Kampf zu erreichen. Da, wo die zehnstündige Arbeitszeit bereits eingeführt ist, ist für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu sorgen. Gleichzeitig beschließt der Kongreß von der Gesetzgebung als das Mindeste dessen, was die Arbeiterschaft an gesetzlichen Schutz gegen vorzeitige Verwüstung ihrer Arbeitskraft zu beanspruchen berechtigt ist, den 10stündigen Maximalarbeitstag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen als Gesetz zu fordern."

Der Geschäftsgebarung des Vertrauensmannes wird Decharge erteilt.

Darauf erstattet die Preßkommission ihren Bericht, aus dem ersichtlich, daß der Textilarbeiter gegenwärtig in einer Auflage von 33 000 Exemplaren gedruckt wird.

Am zweiten Verhandlungstage wurde folgende Resolution angenommen: „Zwecks des Fachorgans ist die geistige Unterstützung des wirtschaftlichen Kampfes der Textilarbeiter. Diesem Zweck sind alle dem Fachorgan zu Gebote stehenden Mittel nutzbar zu machen."

Bezüglich der Organisation und Agitation wurden folgende

An Asthma

Bronchialkatarrh Lungenbluten Lungenleiden Magenleiden

Erkrankte wollen sich die Zeit nehmen, endstehende Heilungsberichte zu prüfen. Es ist dies nur ein **verschwindend kleiner Teil** der fortgesetzt Eingehenden. Sie werden ohne jeden Kommentar veröffentlicht, weil man die Ueberzeugung hat, daß das leidende Publikum sehr wohl im Stande ist, sich selbst ein Urtheil zu bilden. Die Briefauszüge sind, kleine stilistische Abänderungen abgerechnet, wortgetreu; weggelassen sind alle Ausdrücke der Dankbarkeit, sowie etwaige Kritiken über vorangegangene erfolglose Kuren. Die Originalbriefe liegen zur Einsicht aus und wird **dringend gebeten**, hiervon umfangreichen Gebrauch zu machen. **Behördlicherseits ist dies bereits geschehen.** Abweichungen von der Wahrheit, gleichviel ob sie in diesen einleitenden Worten oder in den nachfolgenden Heilungsberichten gefunden würden, zögen strenge Strafen nach sich. — Um den Laien die Möglichkeit an die Hand zu geben, nicht erst den Ausbruch der Krankheit abzuwarten, sondern bei Auftreten auch nur **eines einzigen** Symptomes sich rechtzeitig dem Arzte anzuvertrauen, folgen hier einige der am häufigsten vorkommenden

Symptome: **Husten, vielfach zum Erbrechen reizend. — Auswurf zähen Schleimes. — Stechen auf Brust und Rücken. — Druck in den Schulterblättern. — Nachtschweiße. — In der Regel kalte Hände und Füße. — Athemnot. — Das Athmen ist später von hörbarem pfeifenden und schnurrenden Geräusch begleitet. — Blutspucken. — Oft heftiger, unregelmäßiger Herzschlag, verbunden mit starkem Angstgefühl. — Mangelhafter Schlaf. — Schlechte Verdauung.**

Zur **Kur-Einleitung** sind **nötig** die **genaue Leidensbeschreibung**, die **Angabe der Beschäftigung** und ob **kalte Füße vorhanden** sind. Man adressire:

Kur-Institut „Spiro spero" (Paul Weidhaas), Dresden-Niederlössnitz, Hohestrasse Nr. 121a.

Aerztliche Anerkennungen über die **„Weidhaas'sche Kur:**

Dr. med. **Wolf in L.:**

„Ich habe Ihre Anordnungen eingehend studirt, dieselben fachmännisch und auf die neuesten Forschungen basirt gefunden."

Dr. med. **K. in S.** (80 Jahre alt):

„Mein Asthma hat sich nach Gebrauch Ihrer Kur wesentlich gebessert, hoffentlich werden Sie mir Ihre weiteren Rathschläge nicht versagen, denn ich habe dazu noch das meiste Vertrauen."

Dr. med. **M. in H.:**

„Ich habe durch einen Patienten von Ihrer vorzüglichen Kur gehört und stehe nicht an, Sie um nähere Details hierüber zu ersuchen, da es mir im Interesse der armen Leidenden werthvoll erscheint, auch Ihre Erfahrungen kennen zu lernen —" ꝛc.

Später schrieb dieser Arzt:

„Ich finde Ihren Kurplan ganz vortrefflich und einzig richtig, bin durchaus von dem Vortheile Ihrer Anordnungen überzeugt und stimme Ihnen vollkommen bei."

Herr **Otto Fr. in D.** schreibt: „Mein Hausarzt, Herr Dr. B., empfahl mir angelegentlichst Ihre Kur."

Louise, Prinzessin zu W., Schloß T., schreibt: „Infolge Ihrer Kur sind die Asthmaanfälle ganz vergangen."

Herz-Asthma.

Seit 5 Jahren litt ich an Herzkrankheit und Athemnoth, einem schrecklichen Husten, zähem schleimigen Auswurf, kalten Händen und Füßen, Kopfweh mit Schwindelanfällen bis zum Taumeln, Schlaflosigkeit mit Herzklopfen und träger Verdauung. Wenn ich im Bett war, überlief mich kalter Schweiß und vor Bangigkeit konnte ich keine Ruhe finden. — So habe ich mich Jahre lang hingeschleppt, bis ich in der Zeitung von dem Kurinstitut „Spiro spero" (Paul Weidhaas) las, wendete mich auch dorthin und schilderte mein Leiden. Die Antwort, die ich erhielt, lautete: wenn ich Vertrauen hätte und alle Verordnungen pünktlich befolgen wollte, würde mir auch geholfen werden. — So fing ich die Kur am 10. Juni dieses Jahres nach brieflicher Verordnung an, mit Gottes Hilfe.

In 14 Tagen konnte ich schon Besserung berichten, von Tag zu Tag wurde es besser. — Nach viermonatlicher Kur war ich von meiner schrecklichen Pein vollständig geheilt. Bin nun wieder gesund, wie der Fisch im Wasser, es fehlt nicht mehr an Athem; Berge und Treppen kann ich ohne Beschwerde auf- und abgehen, habe einen gesunden Appetit zum Essen, einen gesunden Schlaf und freue mich meines Lebens wieder in einem Alter von 62 Jahren. Solches verdanke ich nur Ihrem Institute und kann ich jedem ähnlich Leidenden Patienten empfehlen, sich vertrauensvoll dorthin zu wenden, so wird ihm geholfen werden.

Hochachtungsvoll **Wilh. Buhl**, Berginvalide.

Die Echtheit der vorstehenden Unterschrift beglaubigt

Wilkau b. Zwickau i. S., am 26. November 1901.

Der Gemeindevorstand. Kleinhempel.

Lungenbluten.

Im Jahre 1898 wurde ich von Blutungen befallen. Abwechselnd bin ich da von 8 Aerzten als an Brustkatarrh leidend und zuletzt wegen Lungenkatarrh behandelt worden, jedoch ohne Erfolg. Durch Auswurf, Appetitlosigkeit, schlaflose Nächte usw. verschlimmerte sich mein Zustand derartig, daß mich jeder, der mich sah, für verloren hielt und ich selbst hatte alle Hoffnung aufgegeben. Da las ich in der Zeitung von der Kurmethode des Institutes „Spiro spero" und setzte mich mit ihm in Verbindung. Drei Tage später hatte ich schon die nöthigsten Kurvorschriften ꝛc. Wenn ich nun anfangs auch manchmal wankelmüthig wurde, so kann ich doch jetzt dem Institut „Spiro spero" nicht genug dafür danken, daß es mich immer wieder zur Ausdauer ermahnte. Durch die Kur bin ich nun wieder völlig gesund geworden, spreche dafür meinen herzlichen Dank aus und kann dieselbe allen ähnlich Leidenden nur aufs Wärmste empfehlen.

Philipp Heltzenröder, Langendiebach.

Die vorstehende eigenhändige Unterschrift wird hiermit amtlich beglaubigt.

Langendiebach, 22. Oktober 1901.

Der Bürgermeister. Rüger.

Lungen- und Kehlkopfkatarrh.

Ich litt 6 Jahre an chronischem Lungen- und Kehlkopfkatarrh und sonstigen Beschwerden und bin nun durch die Kur des Instituts „Spiro spero" wieder vollständig hergestellt. Diese ist mir in allen Theilen sehr gut bekommen und von bestem Erfolg gewesen. Nebst Gott danke ich dem Institut meine Gesundheit. Es ist kein Rückfall mehr eingetreten, alles ist sehr regelmäßig, und spreche ich hierdurch nochmals meinen verbindlichsten Dank aus.

Christian Budeker, Maleck b. Emmendingen.

Obiges Schreiben beglaubigt **Gutjahr**, Bürgermeister.

Maleck, den 26. August 1901.

Bronchialkatarrh.

Es macht mir große Freude, Ihnen meine andauernde Genesung mittheilen zu können. Der schlimme Bronchialkatarrh, verbunden mit heftigem Husten, Auswurf und starker Athemnoth, ist durch die Kur des Instituts „Spiro spero" gewichen. Ueber 2 Jahre lang brauchte ich viele Aerzte erfolglos und deshalb sah ich mich veranlaßt, an das obenerwähnte Institut um Rath und Hilfe zu schreiben. Für die Bemühung des Kur-Instituts „Spiro spero" spreche ich hierdurch meinen aufrichtigsten Dank aus und wünsche allen Patienten dieses Instituts einen gleich guten Kurerfolg.

Charlotte Wolf, Recknitz.

Daß vorstehende Unterschrift von Frl. Wolf hier eigenhändig vollzogen ist, wird hierdurch beglaubigt.

Recknitz, den 15. Juli 1901. **H. Westendorf**, Schulze.

(Polizeistempel.)

Magen-, Brust- und Herzleiden.

Aufmerksam gemacht durch Ihre Inserate in den verschiedensten Zeitungen möchte ich meine Zuflucht zu Ihnen nehmen und hoffe, über meinen Krankheitszustand von Ihnen Aufklärung zu erhalten. Ich bin ziemlich abgemagert und verspüre öfter große Mattigkeit und Schmerzen in der Brust und Rücken. Habe in letzter Zeit einen ziemlich gelben Auswurf und ein starkes trockenes und beißendes Gefühl in der Nase. Nach dieser Schilderung erhielt ich nun von dem Institut „Spiro spero" die Anleitungs-Verordnungen zugesandt. Nachdem ich diese kurze Zeit strikte befolgt hatte, machte sich eine weitere genaue Krankheitsbeschreibung an der Hand eines Fragebogens nötig, worauf mir dann weitere ergänzende Verordnungen zugingen. Ich wandte alles genau nach Vorschrift an und kann zu meiner größten Freude bekannt geben, daß ich nach 6wöchentlicher Anwendung dieser Kur geheilt worden bin, wofür ich hierdurch noch meinen herzlichsten Dank ausspreche. Auch ich kann allen ähnlichen Leidenden nur empfehlen, sich an das genannte Institut zu wenden.

Joß b. Wiggensbach, den 25. Dezember 1901.

Max Haggenmüller, Käser.

Lungenleiden.

Ich litt an schlechter Zirkulation des Blutes, welche die Folge meines Lungenleidens war. Hatte heftige Schmerzen in der linken Seite, Angstgefühl, starkes Herzklopfen, kalte Hände und Füße, schlechten Appetit und war immer müde und matt. Alle vom Arzte angewandten Mittel blieben erfolglos, und glaubte ich daher im höchsten Grade an Schwindsucht zu leiden. Da wandte ich mich in meinem Elend an das Kur-Institut „Spiro spero" und wahrhaftig, ich habe mich nicht getäuscht. Durch die mir gegebenen Verordnungen, welche ich einigermaßen, wenn auch nicht ganz strikte befolgte, trat am 5. Tage schon Besserung ein und sieht mir heute Niemand mehr an, daß ich je krank gewesen. Ich bin deshalb dem Kur-Institut „Spiro spero" vieltausend Dank schuldig und werde nie unterlassen, die so einfache und billige Kur allen ähnlich Leidenden zu empfehlen; denn hätte ich diese Kur nicht angewendet, würde ich nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Sinsheim, den 21. Dezember 1901. **Marie Häußler.**

Die Kur ist brieflich und ohne jede Berufsstörung durchführbar. [3954

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Resolutionen angenommen: „Der Kongreß verurteilt entschieden die Sonderbestrebungen, welche in einigen Orten für die Gründung einer Sonderorganisation der Schiffchensticker sowie aller in der Textilindustrie vorkommenden Berufe zu Tage treten und erwartet von denselben, daß sie sich allerorts, wo sie noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande anschließen werden."

„Der Landesvertrauensmann wird ersucht, das Reich in Agitationsbezirke der geographischen Lage entsprechend einzuteilen. Wenn ein Agitationskomitee zur Bestreitung der nötigen Ausgaben die Kosten nicht selbst aufbringen kann und Zuschuß erforderlich ist, so hat sich dasselbe mit einem begründeten Antrag an den Landesvertrauensmann zu wenden."

„Der Kongreß beschließt: Die Agitation ist, wie bisher, von den Agitationskomitees zu betreiben. Dieselben haben, wo es möglich ist, vornehmlich Werkstätten-Versammlungen durch die örtlichen Organisationen abhalten zu lassen."

Die Frage bezüglich des gesetzlichen Mindestlohnes wird vom Landesvertrauensmann im Sinne eines Zetterbaumschen Artikels in der Neuen Zeit behandelt und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Textilarbeiter-Kongreß (Kassel 1902) fordert vom Reiche die Errichtung von Arbeiterkammern, die, auf Anrufen der in Frage kommenden Arbeiter keine industrielle oder solcher Betriebe, die nachweislich weder eine fremdörtliche noch fremdländische Konkurrenz infolge erhöhter Arbeitslöhne und Warenpreise zu befürchten haben, berechtigt sind, den ihnen gewährten Stück und Zeitlohn soweit zu erhöhen, daß der Arbeiter bei den in Großbetrieben des in Frage kommenden Gewerbes üblichen mittleren Arbeitszeit zu demselben Tages- oder Wochenverdienst gelangt, den die Arbeiter dieser Großbetriebe erreichen."

Zum internationalen Textilarbeiterkongreß in Zürich sollen seitens der deutschen Textilarbeiter zwölf Delegierte entsendet werden. Die Wahl derselben wird durch den Landes-Vertrauensmann in Gemeinschaft mit den Agitationskomitees veranstaltet werden. Auch soll dort im internationalen Rahmen über den gesetzlichen Mindestlohn gesprochen werden, wie die vorstehende Resolution das von der Landesgesetzgebung verlangt.

Zum internationalen Arbeiterkongreß wird vom Textilarbeiterkongresse der Kollege Hübsch-Berlin entsandt.

Die nunmehr erfolgenden Neuwahlen ergeben die Wiederwahl der in Betracht kommenden Personen, soweit sie zur Zeit amtierten.

Landes-Textilarbeiterkongresse sollen in Zukunft nur in dringenden Notfällen einberufen werden, so daß der Verband dadurch größeren Spielraum erhält. Die Verhandlung über die Zollfrage wird von der Tagesordnung abgesetzt. Das Protokoll wird auf Kosten des Textilarbeiter fertiggestellt. Nach schwungvollem Schlußwort des Vorsitzenden Reichel-Chemnitz wird der Kongreß mit einem dreifachen Hoch auf die Textilarbeiterorganisationen aller Länder geschlossen. Die Delegierten singen stehend die Marseillaise.

Der Krieg in Südafrika.

Friedenspessimismus.

Die Buren haben aus der überquellenden Freude der Engländer über die Friedensnachrichten auf deren Friedensbedürfnis geschlossen. Sie halten es jetzt für angebracht, die Engländer etwas abzukühlen. Aus Pretoria wird vom ersten Feiertag depeschiert, daß die Bemühungen Schalk Burghers, Verhandlungen mit Steijn zu eröffnen, bisher erfolglos gewesen seien. Aus Amsterdam wird noch Krüger-offiziös berichtet: Gegenüber den optimistischen englischen Meldungen, die von einem unmittelbar bevorstehenden Friedensschlusse reden, bewahrt die Umgebung Krügers eine auffallend kühle und reservierte Haltung. Zuverlässig verlautet, daß England gewillt sei, eine allgemeine Amnestie zu gewähren, ferner die Aufhebung der Proklamation Kitcheners bezüglich der Verbannung der Burenführer unmittelbar bevorstehe, indessen sei in der Frage der Unabhängigkeit Englands Haltung noch unverändert. Hierin herrscht jedoch völlige Uebereinstimmung zwischen allen Burenführern, sowie der europäischen Burenregierung, daß, wenn England keine Zugeständnisse macht, der Krieg unverändert fortdauert. Alles kommt also darauf an, ob Wolseley nach dieser Richtung im Auftrage des Königs Eröffnungen macht; geschieht dies nicht, so könnte von weiteren Verhandlungen mit Burgher gar keine Rede mehr sein.

Die Buren rechnen nicht auf Kitchener. Sie warten auf Wolseleys Vorschläge und stellen ihrerseits die Bedingungen. Sie wissen, daß England den Frieden ebenso notwendig braucht, wie sie selbst.

Arbeiterinnen bringen ihre Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse an bei
Fräulein **Marie Sedelmeyer**
amtl. Vertrauensperson f. die Fabrikarbeiterinnen der Kreishauptmannsch. Leipzig
Leipzig, Quaistraße 1, I.
Sprechstunden: Sonntags vormittags 11—12 Uhr, Montags abends 6—8 Uhr.

Rechnungs-Abschluß
der
Ortskrankenkasse für Leipzig u. Umgeg.
auf das Jahr 1901.

Einnahme	Betrag ℳ	₰
Zinsen von Kapitalien	79 054	85
Eintrittsgelder	567	25
Durch Arbeitgeber für versicherungspflichtige Mitglieder eingezahlte Beiträge (1/3 Arbeitgeber, 2/3 Arbeitnehmer)	3 466 546	71
Durch freiwillige Mitglieder eingez. Beiträge	219 861	68
Ersatzleistungen Dritter für gewährte Krankenunterstützung	46 234	38
Sonstige Einnahmen	42 221	99
Summa der Einnahme	3 854 486	86

Ausgabe	Betrag ℳ	₰
Für ärztliche Behandlung	757 716	41
Für Arznei und sonstige Heilmittel	461 655	27
Krankengelder an Mitglieder	1 545 079	91
Krankengelder an Angehörige der Mitglieder	51 640	85
Unterstützungen an Wöchnerinnen	66 925	77
Sterbegelder	115 076	50
Kur- und Verpflegkosten an Krankenanstalten	822 929	29
Ersatzleistungen an Dritte für gewährte Krankenunterstützung	62 061	54
Zurückgezahlte Beiträge	2 306	09
Kursverlust von ausgelosten Wertpapieren	160	—
Verwaltungskosten	318 204	98
Sonstige Ausgaben	55 080	88
Summa der Ausgabe	3 758 877	58
Ueberschuß pro 1901	95 609	28
	3 854 486	86

Vermögens-Ausweis.

	Betrag ℳ	₰
Vermögen am 1. Januar 1901 laut vorjährigem Abschluß	2 586 302	27
Ueberschuß des Jahres 1901 wie oben	95 609	28
Summa	2 681 911	55

		Betrag ℳ	₰
Stammvermögen am 1. Januar 1901		147 101	61
Reservefonds am 1. Januar 1901	ℳ 2 416 638.15		
des Jahres 1901	ℳ 95 609.28	2 512 242	43
Betriebsfonds		22 567	51
Summa		2 681 911	55

Robert Rost, Vorsitzender des Finanz-Ausschusses.

Die Richtigkeit und Uebereinstimmung des vorstehenden Rechnungs-Abschlusses mit den Büchern der Ortskrankenkasse wird hiermit bestätigt. [3055

Leipzig, am 18. März 1902.

Der Rechnungs-Ausschuß.
D. Magnus. Paul Ehrlich. Chr. Leinhos.

Gemäß § 61 des Statuts wird vorstehender Rechnungs-Abschluß hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Leipzig, am 1. April 1902.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.
Dr. Willmar Schwabe, Vorsitzender.

Kinderwagen „Brennabor":

Hier ist die billigste Bezugsquelle.
Prüft und wählt beim
Barth, Kurprinzstraße 24
Ecke Windmühlenstr.

Sonnen- und Regenschirme

empfiehlt das Neueste in groß. Auswahl zu billigem Preis
Max Milker
Leipzig-Neuschönefeld
Eisenbahnstraße 36.
Alle Reparatur u. Ueberzüge werden gut u. billig gefertigt

Speisekartoffeln, hochfein, à Centner 2 Mk., 10 Pfund 25 Pfg., bei größeren Posten billiger. **Rob. Höppner, Lind.**, Aurelienstr. 37.

Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchst. 67

Haben Sie nicht den kleinen Kohn gesehn?
Sah'n Sie 'n nicht vorübergehn?
Ja, ich hab den kleinen Kohn entdeckt:
Er hat die ganze Zeit beim **Wurm** gesteckt!
Verlangen Sie gefl. in den Restaurationen ausdrücklich „Wurm".
Vertreter **Chr. Müller**, Eisenbahnstr. 100.

Bericht über den Schlachtviehmarkt
auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 1. April 1902.

a) Auftrieb:
240 **Rinder** und zwar 106 Ochsen, 3 Kalben, 90 Kühe, 39 Bullen;
138 **Kälber**;
237 **Stück Schafvieh**;
927 **Schweine** und zwar 927 deutsche, — aus
1542 **Tiere**.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tiergattung	Bezeichnung	Lebend-Gewicht	Schlacht-Gewicht
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	67
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	—	60
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	54
	4. gering genährte jeden Alters	—	48
Kalben und Kühe:	1. vollfleisch., ausgemäst. Kalben höchsten Schlachtwertes	—	68
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	60
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	55
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	50
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	45
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	60
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	55
	3. gering genährte	—	50
Kälber:	1. feinste Mast- (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber	46	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	44	—
	3. geringe Saugkälber	37	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	32	—
	2. ältere Masthammel	30	—
	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	—	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/4 Jahren	—	64
	2. fleischige	—	61
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	55
	4. ausländische (aus)	—	—

c) Verkauf:
280 **Rinder** u. zwar 98 Ochsen, 3 Kalben, 90 Kühe, 39 Bullen
138 **Kälber**
236 **Schafe**
791 **Schweine**

d) Geschäftsgang:
gut
langsam

Pneumatik-Specialgeschäft H. E. Max Schmidt, Leipzig, Zeitzerstr. 13, I.

Geschäftseröffnung.
Einem hochgeehrten Publikum sowie meiner werten Nachbarschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich am heutigen Tage das
Fleisch-, Wurstwaren- und Aufschnittgeschäft
des Herrn Clemens Hauke, Südplatz 5, übernehme. [3057
Indem ich verspreche, nur gute Ware zu liefern, bitte ich höflichst, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne Hochachtungsvoll
B. Worbs.

Billig! Billig!
25 Kinderwagen
sind einzeln mit 5 ℳ Anzahlung u. wöchentlich 1 ℳ Abzahlung abzugeben.
S. Osswald
Königsplatz 7, I.
gegenüber der Markthalle.

Cigarren, Cigaretten Kautabak (Genossenschaft)
empfiehlt **E. Poppe, Lindenau**
220] Merseburger Str., a. d. Ratswache.

Die besten
Maurer-Jacken u. **Engl. Lederhosen** für alle Gewerke kauft man nach wie vor bei **E. Neumann, Leipzig, Mühlgasse 14, II. l.** Lieferant f. Militär und Behörden. — Solide Arbeit. Gute Qualitäten. Billige Preise. [2397

Vogelfutter
Märck, Samenhandl., Lind., Markt 5.

Billards, neue u. gebrauchte Bäll, Queues, Tuche u. Leder
A. Immisch. Humboldtstr. 7.

Neugebauer, akad. gebild., staatl. nicht geprüft. Praktikant b. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwabes Poliklinik, behdlt. n. langj. Erf. Geschlechtskrankh. d. M. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-Leiden, Krampfadergeschwüre 2c. mit nachweislich vorzügl. Erfolgen. Fr. Reichsstr. 33/35
jetzt Königsplatz 1
Sprechst. 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1; n. auswärts briefl.

Käufe und Verkäufe.

Schreibwaren, Hektographenbl., Copier- u. autogr. Pressen, Schreibarbeit.
Weltspielkarte,
deutsche u. franz. Spielkarten, Contobücher, Brief- und Zeitungsordner.

Postkarten- und Photogr.-Alb., Radfahrerkarten, Reiseführer u. Pläne empfiehlt
Arth. Gasch, Burgstr. 25 (neb. d. Thür.-Hof).

Eleg. Damen- u. Kinderhüte, ungarn., v. 40 ₰ an, vorj. Hüte w. n. neuest. Modell bill. umgearb. C. Rosenzweig, Zschoch. Str. 19.

Prachtv. Ober-, Unterb. u. Kissen, sowie Bettst. m. Matr., zus. für 27 ℳ, sofort zu verkaufen Sidonienstraße 35, pt. l.

Gebr. Bettstelle m. Matr. billig zu verk. L.-Neustadt, Marktstr. 41, III. l.
Schreibsekr., Bettst., Mtr., Sofa, Küchenschrank zu verk. Kl. Fleischerg. 25, I. links.
Vertik., Spiegelschr. vk. Alleestr. 5b, II. l.
Ein Reißbrett, Bibel u. Gesangbuch bill. zu verkaufen L.-Thonberg, Schulgasse 8, I.
1 Brockhaus-Lexikon, 17 Bände, Jubil.-Ausg., sowie andere Bücher billig zu verkaufen. Gef. Offert. unt. P. B. an die Exp. d. Bl.
Neue Lagerkasten billig zu verkaufen L.-Plagwitz, Weißenfelser Str. 30. G. Otto.
Prima Laufdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an **Fahrrädern** schnell u. bill. 3074] **Kurprinzstrasse 16.**
Gebrauchte Touren- u. Halbrenner billigst zu verkaufen **Leipzig, Tauchaer Str. 28**, pt. r.
Ein noch guterh. Kinderwagen billig z. vk. Kleinzschocher, Schleuß. Weg 22 B, I.
Guterh. Kinderwagen billig zu verk. Lindenau, Hohe Straße 15, IV. rechts.
Produktengesch. m. Schlächt. f. jed. annehmb. Pr. z. vk. Off. u. O. 38 a. d. Exp. d. Bl.
Gartenlaube, Rosen u. Stachelbeersträucher, Div. b. z. vk. Schleußig, Blümnerstr. 20, pt.
Junge Brieftauben verkauft Schindler, L.-Gohlis, Menckestraße 27.
Einkauf v. Papierabfällen, Hadern, Knochen, altem Eisen und Metallen. **R. Röder, Gerberstr. 9.** Telephon 7387.
Gebr. Möbel kauft **Medrat, Burgstr. 9, I.**

Vermischte Anzeigen.

Tüchtigen Ofensetzer sucht sofort **R. Fließbach, Böhlitz-Ehrenberg.**
1 bis 2 tücht. Cigarrenmacher finden sof. Stellung. Pl., Zschochersche Str. 50.
Jg. verh. Mann s. Stelle a. Kassenbote o. irgend. Beschäft. Off. u. F. 15 postl. Neustadt.
Sechszehnjähriges Arbeitsmädchen stellt sofort ein [3068
W. A. Huke, Merseburger Straße 45.
Jung. Mädchen während der Messe zu 3 Kindern ges. Möbius, Sternwartenstr. 11.
Aeltere Frau zu 1 Kinde am Tage gesucht. Möckern, Hallesche Straße 30, I. r.
3 Schlüssel m. Futteral v. Dittrichb. Str. 5. Bismarckst. verl. Abz. Li., Bismarckst. Barbier.
Schkeuditz.
Meine Wohnung befindet sich jetzt **Bismarckstraße 8. Wilh. Böhm.**

Wohnungsanzeigen.

Stötteritz. Schöne Wohnungen u. Werkstellen sofort zu vermieten. Holzhausener Str. 19, pt. l.
Freundl. Logis 1. Juli zu vermieten. Näheres Leutzsch, Grenzstr. 6, pt. r. [3076
Gr. leere 2fstr. Stube zu verm. Mon. 10 Mk. Schleußig, Blümnerstr. 5, III. r.
Bessere Schlafstelle für 1 Herrn. Alter Amtshof 7, I. l.
Freundliche Schlafstelle offen. Kleinzschocher, Albertstr. 13, III. l.
J. Leute such. z. 1. Juli frdl. Logis bis zu 300 Mk. Plagw., Weißenfelser Str. 33, III. l.

Familienanzeigen.

M. l. Pflegeeltern herzl. Glückwünsche z. Silb. Hochzeit. Elsa Löbner gen. Heine.
Wir gratulieren unserem Trutchen zum Geburtstage. B., M., K., H., G.
Elsa Bendix zu Ihrem 19. Geburtstage herzl. Gratulation sendet Ernst R.
Gratul. m. lieb. Frau H. Schütze zum gestr. Wiegenf. Ihr lieb. Mann u. Kinder.

Die Beerdigung meines lieben guten Sohnes [3072
Richard Schmidt
findet nicht Freitag nachm. 1/2 3 Uhr, sondern **Freitag nachm. 3 Uhr** vom Trauerh. Alexanderstr. 41 u. 1/4 4 Uhr vom Patholog. Institut, Liebigstr. aus statt. **Auguste Schmidt.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020402/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG